



40. Sitzung

Mittwoch, 18. November 2009

Vorsitzende: Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsidentin Nebahat Güclü und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Aktuelle Stunde

2477

Fraktion DIE LINKE:

Kein Mensch ist illegal! Den unter uns lebenden Menschen ohne Papiere dürfen ihre Rechte nicht länger verweigert werden

Mehmet Yildiz DIE LINKE
Egbert von Frankenberg CDU
Dr. Andreas Dressel SPD
Antje Möller GAL
Dietrich Wersich, Senator
Christiane Schneider DIE LINKE

2477
2478
2479
2479
2480
2482

Wersichs Streichliste – neue Hürden und Sperren in der Sozialpolitik

(Fortführung am 19.11.2009)

Fraktion der CDU:

20 Jahre Mauerfall – Anlass zu Freude und Nachdenklichkeit

(Fortführung am 19.11.2009)

Bericht des Haushaltsausschusses zum Thema:

Fraktion der GAL:

Die Schulreform bewegt Hamburg – Für eine gerechtere und leistungsstärkere Schule

Jens Kerstan GAL
Frank Schira CDU
Michael Neumann SPD
Dora Heyenn DIE LINKE
Christa Goetsch, Zweite Bürgermeisterin
Michael Gwosdz GAL
Marino Freistedt CDU
Britta Ernst SPD

2483
2484
2485
2486, 2491
2487
2488
2489
2490

Bericht des Senats zu: Garantievertrag HSH Nordbank AG (vergleiche Drs. 19/2693) (Selbstbefassungsangelegenheit)

– Drs 19/4328 –

2492

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Sonderprüfung der HSH Nordbank AG nach dem Aktiengesetz

– Drs 19/4621 –

2492

Fraktion der SPD:

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE
Thies Goldberg CDU
Dr. Peter Tschentscher SPD

2492, 2501
2494
2495

Jens Kerstan GAL	2497	Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE	2515
Dr. Michael Freytag, Senator	2499		
Thomas Völsch SPD	2502		
Andreas Waldowsky GAL	2502		
		Beschluss	2516
Beschlüsse	2502		
		Antrag der Fraktion der SPD:	
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3923:		Verbesserungen beim Angebot an Park-and-ride-Stellplätzen	
		– Drs 19/4518 –	2516
Haushaltsplan 2009/2010 Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Nachforderung von Haushaltsmitteln zur		dazu	
– Erstellung der im Strategischen Lärmaktionsplan vorgeschlagenen Handlungskonzepte sowie zur			
– Durchführung der lärmbezogenen Maßnahmenplanung auf bezirklicher Ebene (Senatsantrag)		Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:	
– Drs 19/4489 –	2503	Green Capital 2011 – Qualitätssteigerung bei Park-and-ride	2517
		– Drs 19/4625 –	
Klaus-Peter Hesse CDU	2503	Klaus-Peter Hesse CDU	2517
Dr. Monika Schaal SPD	2504, 2508	Karin Timmermann SPD	2517
Jenny Weggen GAL	2506	Martina Gregersen GAL	2518
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	2507	Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	2519
Anja Hajduk, Senatorin	2507		
		Beschlüsse	2519
		Antrag der Fraktion der SPD:	
Beschlüsse	2509	Qualität der Pflege sichern – Pflegeheime in Hamburg wieder mit Heimärztinnen und Heimärzten ausstatten	
		– Drs 19/4276 –	2519
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		Dirk Kienscherf SPD	2520
Neuausrichtung der Arbeitsmarktinstrumente:		Egbert von Frankenberg CDU	2521
– Wie nutzt Hamburg den gestiegenen Gestaltungsspielraum		Christiane Blömeke GAL	2521
– Wie ist Hamburgs Arbeitsmarkt in der Krise gerüstet?		Kersten Artus DIE LINKE	2522
– Drs 19/4287 –	2509		
mit		Beschluss	2523
Antrag der Fraktion der SPD:		Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/4330:	
Arbeitsmarktpolitisches Programm und Bericht über die Jobcenter endlich vorlegen		Einführung einer Niederflurstadtbahn – Festlegung des Zielnetzes und eines ersten Bauabschnittes (Senatsantrag)	
– Drs 19/4277 –	2509	– Drs 19/4514 –	2523
Elke Badde SPD	2509, 2516	dazu	
Dr. Natalie Hochheim CDU	2510		
Antje Möller GAL	2511	Antrag der Fraktion der SPD:	
Elisabeth Baum DIE LINKE	2513		
Dietrich Wersich, Senator	2514		

Stadtbahn seriös planen und finanzieren

– Drs 19/4622 – 2524

Martina Gregersen GAL 2524, 2530

Hans Lafrenz CDU 2525

Andy Grote SPD 2525

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 2527

Anja Hajduk, Senatorin 2528, 2532

Klaus-Peter Hesse CDU 2531

Dirk Kienscherf SPD 2531

Karin Timmermann SPD 2532

Dr. Peter Tschentscher SPD 2533

Beschlüsse 2533

Beginn: 15.01 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Wir kommen dann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der Fraktion DIE LINKE

Kein Mensch ist illegal! Den unter uns lebenden Menschen ohne Papiere dürfen ihre Rechte nicht länger verweigert werden

von der CDU-Fraktion

20 Jahre Mauerfall – Anlass zu Freude und Nachdenklichkeit

von der SPD-Fraktion

Wersichs Streichliste – neue Hürden und Sperren in der Sozialpolitik

und von der GAL-Fraktion

Die Schulreform bewegt Hamburg – Für eine gerechtere und leistungsstärkere Schule

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Aussprachen über das zweite und das vierte Thema miteinander getauscht werden. Doch nun kommen wir zunächst zum ersten Thema. Wird das Wort gewünscht? – Herr Yildiz bitte.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Diakonische Werk Hamburg und ver.di haben eine umfassende Studie zur Lebenssituation von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere vorgelegt. Ich möchte mich bei dem Diakonischen Werk und der Gewerkschaft ver.di dafür bedanken, dass sie diese Studie in Auftrag gegeben und damit wichtige Aufklärungsarbeit geleistet haben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Mein Dank gilt selbstverständlich auch den Autorinnen und Autoren. Heute möchte ich diese Studie zum Anlass nehmen, um auf den dringenden Handlungsbedarf hinzuweisen. Die Studie verschafft wichtige Einblicke in die konkrete Lebenslage der Menschen ohne Papiere. Wir alle sind aufgefordert, die Probleme dieser Menschen aufzugreifen und in eine neue, integrative und auf Solidarität aufbauende Kommunalpolitik einfließen zu lassen. Insbesondere aber ist der Senat aufgefordert, in dieser Angelegenheit die notwendigen Schritte einzuleiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte die folgenden vier Punkte, die ich für wichtig halte, herausgreifen und darüber diskutie-

ren: Erstens die Probleme im Bereich der Bildung und Kita, zweitens im Bereich der Arbeit, drittens im Bereich der Gesundheit und viertens das Recht auf Aufenthalt.

Erstens: Bildung. Das Hauptproblem in diesem Bereich besteht darin, dass das Zentrale Schülerregister die Schulleitung verpflichtet, lückenlos alle Schülerinnen und Schüler an die Schulbehörde zu melden. Die Schulsenatorin hat zwar mit ihrem Schreiben dankenswerterweise ein Signal dafür gesendet, dass dies nicht erforderlich ist, damit ist aber keine Rechtssicherheit geschaffen. Es bleibt abzuwarten, wie dies in der Praxis umgesetzt wird. Es ist auch nicht geregelt, ob die Polizei in Zukunft Zugriff auf das Zentrale Schülerregister haben wird. Die Situation hat zur Folge, dass Kinder ohne Aufenthaltsstatus aus Angst, entdeckt zu werden, nicht in die Schule geschickt werden. Der Senat ist daher gefordert, hier eine dauerhafte Regelung zu schaffen, damit der Schulbesuch für Kinder ohne Papiere gesichert ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch das Kita-Gutscheinsystem muss verändert beziehungsweise müssen Kita-Ausnahmeregelungen geschaffen werden, damit auch Menschen ohne Papiere die Möglichkeit haben, ihre Kinder zum Kindergarten zu schicken.

Zweitens: Bereich Arbeit. Die arbeitsrechtlichen Mindestnormen gelten unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Menschen ohne Papiere haben Anspruch auf angemessene Entlohnung, Mindesturlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und auf eine Unfallversicherung. Allerdings können papierlose Arbeitnehmerinnen ihre Ansprüche kaum durchsetzen, weil sie vom Arbeitgeber abhängig und im höchsten Maße erpressbar sind. Der Senat sollte hier ein deutliches Signal in Richtung Arbeitsgerichte senden, dass keine Notwendigkeit besteht, dass Richter die Daten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Papiere an die Ausländerbehörde weitergeben. Eine Stadt wie Hamburg, die von der Mobilität der Güter und des Kapitals profitiert, sollte denen gegenüber Verantwortung zeigen, die mit dem Wunsch hierhin kommen, für sich und ihre Kinder eine materiell und sozial bessere Zukunft aufbauen zu wollen. Ich fordere daher den Senat auf, umgehende Maßnahmen zu ergreifen, damit Menschen ohne Papiere nicht mehr auf ihre Rechte und Ansprüche verzichten müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens: Gesundheit. In diesem Bereich ist der Senat aufgefordert, rasch zu handeln und anonymisierte Krankenscheine einzuführen, damit die Betroffenen ohne Angst ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen können, denn insbesondere bei Arbeitsunfällen und vorzeitigen Geburten kann diese Zurückhaltung lebensbedrohlich werden. Dazu wer-

(Mehmet Yildiz)

den wir morgen beim SPD-Antrag noch mehr sagen.

Viertens: Aufenthalt. Der Senat sollte Menschen ohne Papiere die Möglichkeit auf ein Bleiberecht in Aussicht stellen. Der Senat sollte unseren Amnestieantrag zum Anlass nehmen, um durch eine Bundesratsinitiative Menschen ohne Papiere ein Aufenthaltsrecht zu gewähren. Wir werden nicht zulassen, dass diese Problematik von der politischen Tagesordnung verschwindet, insbesondere, wo wir jetzt diese topaktuelle Studie haben. Wir verstehen diese Aktuelle Stunde als einen Anfang langer Diskussionen.

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Slogan lautet, wie bei den französischen Kollegen: Sie leben hier, sie arbeiten hier und sie gehören hierher. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zumindest ist festzustellen, was die LINKE angeht, dass sich in den letzten 20 Jahren ein erstaunlicher Wandel bei Ihnen vollzogen hat. Ich kann mich daran erinnern, dass man sich in dem Land, wo Sie einmal das Sagen hatten, ohne gültige Reisedokumente nicht besonders wohl gefühlt hat.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Zuruf von *Christiane Schneider* DIE LINKE)

Grundsätzlich gilt auf jeden Fall der Wille des Gesetzgebers. Das heißt, dass die Zuwanderung unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu gestalten ist – so Paragraph 1, Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes. Das ist der rechtliche Rahmen, in dem wir uns bewegen und insofern befürworten wir keine pauschale Legalisierung von Menschen ohne gültige Papiere.

(Beifall bei der CDU)

In der Tat ist der Diakonie für ihre Studie zu danken. Sie hat wichtige Resultate zutage gebracht und ist von uns erwartet worden. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir die Studie auswerten wollen. Wir, die Koalitionspartner, wollen uns gemeinsam Gedanken machen, wie wir zum Beispiel die gesundheitliche Versorgung der Menschen verbessern können. Daher ist diese Studie für uns ein wichtiges Arbeitsdokument. Was aber den Zeitablauf betrifft, so ist die Studie letzten Monat vorgelegt worden. Wir werden sie jetzt auswerten und dann schauen, wie wir damit umgehen.

Einige Punkte aus der Studie möchte ich aber schon einmal nennen. Zum einen ist die Zahl der Menschen ohne Papiere, die hier sind, sehr viel niedriger als angenommen. Laut Studie ist die Zahl 6000 bis 22 000, während vorher Schätzungen hingegen von deutlich über 100 000 ausgingen.

Es ist das Thema Schulbesuch angesprochen worden. Der Schulbesuch von Kindern ist sichergestellt, auch mit dem Melderegister gibt es keine Komplikationen. Senatorin Goetsch ist dafür zu danken, dass sie einen Brief an die Schulen geschrieben hat, der klarstellt, wie zu verfahren ist. Seit diesem Brief vom Sommer gibt es keinen Handlungsbedarf mehr.

Hinzu kommt, dass auch die medizinische Versorgung in Notfällen sichergestellt ist. Nur ist hier natürlich schon die Angabe der Identität notwendig und insofern kann ich nur sagen, gesundheitliche Versorgung ausdrücklich ja, aber es gibt keinen Anspruch auf Anonymität.

(Beifall bei der CDU)

Ansonsten werden wir im Detail noch morgen darüber reden.

Kita hatten Sie als weiteres Thema angesprochen. Mit dem derzeitigen Kita-Gutschein ist das nicht kompatibel und es wurde auch keine Lösung aufgezeigt, wie wir die Situation verbessern können. So wie das vorgeschlagen wird, ist das nicht machbar.

Wir müssen berücksichtigen, dass sich nicht alle Illegalen in einer permanenten Notlage befinden, sondern es auch welche gibt, die hier ganz gut klarkommen. Vielfach ist die Situation allerdings geprägt von prekären Beschäftigungsverhältnissen, aber auch hier gelten die normalen Arbeitnehmerrechte. Ich will nicht verhehlen, dass es bei uns im Lande ein Interesse daran gibt, günstige Arbeitskräfte zu bekommen. Es ist aber zu beachten, dass wir Schwarzarbeit nicht anerkennen und belohnen wollen. Das muss man in diesem Zusammenhang immer mit berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU)

Hinzu kommt, dass wir natürlich die Gesetze, die wir machen, auch ernst nehmen müssen. Folglich macht es wenig Sinn, wenn wir einerseits verbindliche Regelungen haben und dann auf der anderen Seite sagen, dass alles nicht so heiß gegessen wird wie es gekocht wird.

Abschließend möchte ich betonen, dass die Menschen- und Grundrechte für alle gelten. Dies gilt in diesem Zusammenhang insbesondere für den Bereich Gesundheit, aber auch für schulische Ausbildung und den Schutz vor Ausbeutung. Dennoch ist für den Staat Illegalität nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Artikel 1 Absatz 1 unseres Grundgesetzes heißt es, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Sie zu schützen und zu achten ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Artikel 1 unseres Grundgesetzes differenziert aus gutem Grund nicht nach Aufenthaltsstatus und Nationalität. Insofern müssen wir uns dieser Verpflichtung auch miteinander stellen.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Wir haben uns deshalb als SPD-Fraktion schon in der letzten und auch in dieser Wahlperiode, wie man an dem Antrag sieht, der morgen zur Diskussion und Abstimmung steht, sehr für humanitäre Lösungen gerade in diesem Bereich stark gemacht, doch wir müssen auch darauf achten, differenzierte Lösungen anzustreben. Es kann nicht sein – und das sage ich auch in Ihre Richtung, Herr Yildiz –, dass wir quasi das Ausländerrecht und unsere Rechtsordnung an der Stelle komplett über Bord werfen. Da ist eine Grenze erreicht, über die wir als Sozialdemokraten nicht gehen wollen. Wir wollen humanitäre und differenzierte Lösungen – Sie haben die Punkte angesprochen – im Bereich Bildung, bei der Frage, wie das Schülerregister umgesetzt wird, in der Frage der Gesundheitsversorgung; dazu haben wir morgen einen Antrag vorgelegt. Aber eine Lösung, wie sie Ihnen offenbar vorschwebt nach dem Motto, es bekommt dann jeder eine Aufenthaltserlaubnis, wird in der Form nicht hinlaufen, weil wir ein wirklich ausgereiftes System haben, was die Duldung und andere Aufenthaltserlaubnisse angeht. Das können wir nicht einfach über Bord werfen und das wirft dann auch Fragen auf, was das Staatsverständnis insgesamt angeht. Das geht zu weit, meine Damen und Herren – um das aus unserer Sicht einmal klarzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem geht es darum, an den Stellen – Sie haben sie angesprochen haben – die sozialen Mindeststandards sicherzustellen. Doch jenseits dieser Fragen müssen wir noch ein paar andere Kinken im Ausländerrecht anpacken und die haben direkt mit der Frage von Amnestieregelung zu tun, nämlich die Frage der Bleiberechtsregelung. Dank der CDU ist es nicht mehr gelungen, dies noch rechtzeitig vor dem Winter auf den Weg zu bringen. Jetzt muss die Bleiberechtsregelung kurzerhand bis Jahresende verlängert werden. Tausende sind in Unsicherheit, was die Frage der Fortdauer des Bleiberechts angeht. Das halten wir für einen unzumutbaren Zustand. Wir als SPD haben hier Vorschläge gemacht, die in der Bürgerschaft von Ihnen abgelehnt worden sind, und zwar auch von

den Grünen; das möchte ich an der Stelle deutlich sagen.

Dieser Punkt und die Frage des Staatsangehörigkeitsrechts, wo der Optionszwang immer noch enthalten ist, sind zwei zentrale Punkte, bei denen das deutsche Ausländerrecht nicht mehr den Anforderungen entspricht; das muss dringend beseitigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Eine vernünftige Bleiberechtsregelung führt auch dazu, dass Anreize gegeben werden, um nicht in Illegalität abzurutschen, sondern unter bestimmten, definierten Voraussetzungen zu sagen, dass es eine Perspektive für einen legalen, vernünftigen Aufenthaltsstatus gibt, der im Einklang mit unserer Rechtsordnung steht. Die Anforderungen dafür dürfen nicht so hoch sein, dass sie nicht erfüllt werden können, aber wir müssen Wege aus der Illegalität heraus in die Legalität finden. Das muss unser Ziel sein, dafür wollen wir Sozialdemokraten weiter kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden morgen anhand des Antrags zur Gesundheitsversorgung weiterdiskutieren. Das ist ein entscheidender Punkt und wir haben konkrete Vorschläge gemacht, wie das besser gestaltet werden kann als bisher. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie morgen unserem Antrag zustimmen würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das ist wieder einmal ein Thema, das man mit Scheuklappen diskutieren kann oder mit Blick auf die Realität.

(*Elke Badde SPD:* Wer hat hier Scheuklappen? – *Ingo Egloff SPD:* Die grünen Realpolitiker!)

Wenn man mit Blick auf die Realität diskutiert, dann ist uns allen klar, dass es irreguläre Migration weltweit gibt und nicht erst, seit es die LINKE gibt und nicht erst seit dem Mauerfall oder anderen, politisch auch wichtigen Events, sondern eigentlich schon immer.

Mindestens seit Ende der Neunzigerjahre beschäftigt sich auch die EU mit diesem Thema. Sie hat im Jahre 2000/2001 versucht, mit einem ersten Grünbuch auf europäischer Ebene ein Einvernehmen im Umgang mit den Menschen zu finden, die vor allem wegen der Arbeit durch die Länder wandern, sich dort temporär aufhalten – temporär heißt Monate, aber auch Jahre –, möglicherweise Familien gründen und dann noch länger bleiben und keine

(Antje Möller)

Papiere haben beziehungsweise sich nicht im legalen Aufenthalt befinden. Dieses Thema wird auf europäischer Ebene bewegt, von den Kirchen – nicht nur aus humanitären Aspekten, sondern schlicht, um eine Lösung zu finden – und von der Politik und die Debatte dabei ist interessant.

Wenn ich Herrn Dressel richtig verstanden habe, dann sagt die SPD, es sollten soziale Mindeststandards gewährleistet werden; das ist mir neu. Bisher haben wir immer über die Gewährung von Grundrechten geredet. Wenn wir jetzt anfangen, über soziale Mindeststandards zu reden, dann drehen wir die Debatte natürlich noch ein ganzes Stück weiter. EU-weit und auch in der Bundesrepublik wird über die Gewährung von Grundrechten geredet: das Grundrecht auf Bildung – Herr Yildiz hat das gesagt –, das Grundrecht auf den Arbeitslohn, wenn dann hier gearbeitet wird, und auf gesundheitliche Versorgung. Das sind die drei Grundrechte, die auch im Grünbuch der EU aufgezählt werden.

Wie sieht nun die Situation in Hamburg aus? Mit Hilfe der Studie können wir quantifizieren und auch ein bisschen qualifizieren. Wir haben das schon an mehreren Stellen im Detail besprochen. Zum Thema Bildung muss man schlicht und einfach sagen, dass der Schulbesuch in Hamburg für jeden möglich ist, ob mit oder ohne Papiere, ob mit oder ohne Aufenthaltstitel.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Das ist eine Entscheidung, die in diesem Jahr abschließend geklärt wurde. Das Recht auf Einklagen des Lohns ist auch in Hamburg möglich. Nachdem beim Arbeitsgericht durchaus Fehler passiert sind, ist jetzt klar, dass ein arbeitsgerichtliches Verfahren auch ohne Aufheben der Anonymität durchgeführt werden kann.

Das Thema Gesundheit bewegt die Koalition, darüber reden wir morgen noch einmal, da ist eine Lösung in Sicht.

Beim Thema Aufenthalt, Sie haben es als vierten Punkt genannt, muss man sich schlicht und einfach einmal anschauen, was sich eigentlich verändert hat. Die Zahl der Menschen im illegalen Aufenthalt, das wurde in der Studie deutlich, ist gesunken. Das hat auch etwas mit der veränderten Gesetzgebung im Ausländerrecht zu tun. Die Bleiberechtsregelung, auch wenn sie noch nicht das Gelbe vom Ei ist, ist schon ein guter Schritt dahin, Menschen mit einem langen Aufenthalt zu einem Bleiberecht zu verhelfen. Im Übrigen ist die Verlängerung der Frist auf dem Weg, das wissen Sie auch, Herr Dressel.

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

Ein Thema aber, das wir grundsätzlich diskutieren müssen und das noch nicht gelöst ist, ist, was

denn eigentlich Europa im Umgang mit diesen Menschen tut, die überwiegend hierherkommen, weil sie hier Arbeit finden und weil sie auch gebraucht werden. Wir dürfen uns da nichts vormachen. Wie die Hartz-Kommission schon im Jahre 2002 gesagt hat, werden 350 Milliarden Euro durch undokumentierte Arbeit erbracht, Schwarzarbeit, wie man auch so schön sagt. Ungefähr 5 Millionen Menschen arbeiteten 2002 bundesweit in diesem Bereich. Eine andere Zahl finde ich noch wichtiger. Von 3,5 Millionen Haushalten, die eine Haushalts- beziehungsweise Putzhilfe haben, gibt es nur 40 000 angemeldete Arbeitsverhältnisse. Das sind die Dimensionen von Arbeit, die nicht dokumentiert ist, mit denen wir uns beschäftigen müssen.

(Beifall bei Martina Gregersen und Dr. Eva Gümbel, beide GAL)

Es gibt viele Vorschläge von vielen Institutionen, wir brauchen da einen Lösungsweg. In Bezug auf die Umsetzung der drei Grundrechte sind wir in Hamburg auf einem guten Weg. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sich der Realität zu stellen heißt – Frau Möller, das ist ganz richtig gesagt – anzuerkennen, dass sich auch in Hamburg Menschen aufhalten, die über kein Aufenthaltsrecht verfügen. Diese Gruppen sind sehr unterschiedlich. Das können Touristen sein, die legal nach Deutschland eingereist sind, dann aber hier bleiben möchten. Das können EU-Bürger sein, die sich nur vorübergehend hier aufhalten, um zum Beispiel Schwarzarbeit zu machen, die aber durchaus Leistungsrechtsansprüche, wie zum Beispiel eine Krankenversicherung, in ihrem Heimatland haben. Es können aber auch Personen sein, deren Aufenthaltsrecht abgelehnt wurde oder die nie einen Antrag gestellt haben. Diese Menschen müssen befürchten, abgeschoben zu werden, wenn sie ihre Identität preisgeben. Sie tauchen deswegen unter und leben unerkannt, um das Land nicht verlassen zu müssen. Die Studie der Diakonie hat gezeigt, dass die Anzahl der Personen deutlich geringer ist, als wir bisher immer glaubten. Es war die Rede von bis zu 100 000 Menschen. Die jetzige Studie nennt eine geschätzte Zahl von 6000 bis 22 000.

Es muss aber auch gesagt werden, dass diese Menschen nicht in der sozialen Hängematte liegen, sondern sich durchschlagen mit Gelegenheitsjobs, mit illegaler Beschäftigung. Und, das wurde eben auch angesprochen, es gibt Arbeitgeber, die genau davon profitieren, indem sie nämlich niedrige

(Senator Dietrich Wersich)

Arbeitslöhne zahlen und nicht die notwendigen Sozialabgaben leisten.

Deshalb ist die Diskussion über den Umgang damit nicht möglich, ohne dass wir auf die Rechtslage in Deutschland schauen, denn wenn es um die Rechte von Illegalen geht, geht es natürlich auch darum, welche Rechte hier gelten. Es ist ganz klar, dass der illegale Aufenthalt im Bundesgebiet strafbar ist. Wer das unterstützt und zum illegalen Aufenthalt verhilft, macht sich ebenfalls strafbar.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2006 in einer Entscheidung dargestellt, dass eine Rechtsordnung, die sich ernst nimmt, nicht Prämien auf die Missachtung ihrer selbst setzen dürfe. Andernfalls würden Anreize zur Rechtsverletzung geschaffen, rechtstreu Verhalten diskriminiert und damit die Voraussetzung ihrer eigenen Wirksamkeit untergraben. Genau daran muss sich das staatliche Handeln orientieren.

(Beifall bei der CDU)

Das bedeutet auch, dass wir in den öffentlichen Stellen gemäß dem Aufenthaltsgesetz unverzüglich die zuständige Ausländerbehörde informieren müssen, wenn wir im Zusammenhang mit der Erfüllung unserer Aufgaben Kenntnis vom illegalen Aufenthalt eines Ausländers ohne erforderlichen Aufenthaltstitel erfahren. Einschränkungen dieser Meldepflicht für die öffentliche Hand gibt es nur für Angehörige ärztlicher und pflegerischer Berufe. Wir haben gerade im Bundesrat mit dafür gesorgt, dass der verlängerte Geheimnisschutz dahingehend gilt, dass Daten, die aus solchen Verfahren gewonnen worden sind, also zum Beispiel aus Krankenhausbehandlungen, auch von uns nicht an die Ausländerbehörde weitergegeben werden.

Wie sieht es nun aus mit den Rechten? Herr Yildiz, Sie haben es angesprochen. Eine staatliche Gesundheitsversorgung für illegal in Deutschland aufhältige Personen ist durch das Asylbewerberleistungsgesetz sichergestellt. Kein Mensch muss in Notfällen ohne medizinische Versorgung bleiben. Die Voraussetzung dafür ist natürlich, dass Angaben zur Identität und zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen gemacht werden. Es gibt ein Recht – Herr von Frankenberg hat es schon gesagt – auf Krankenbehandlung, aber kein Recht auf Anonymität oder Kostenübernahme durch die Solidargemeinschaft ohne Prüfung der Bedürftigkeit. Auch zum Unfallversicherungsschutz und zum Arbeitsentgelt hat Frau Möller schon das Richtige gesagt. Diese Rechte gelten unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Es ist erkennbar, dass die zivilgesellschaftlichen Helfer und zum Teil auch die politischen Vertreter die Lebenssituation dieser Menschen möglichst umfassend normalisieren und materiell absichern, jedoch dabei die Anonymität nicht aufgeben wollen. Das Dilemma des Staates und meiner Behör-

de besteht darin, dass wir einerseits humanitäre Grundsätze nicht verletzen wollen und dürfen, andererseits aber an Recht und Gesetz gebunden sind. Insofern muss ich in meiner Haltung gegenüber Menschen mit illegalem Aufenthaltsstatus zwischen Situationen differenzieren, wo es um die Gewährleistung elementarer Menschenrechte, zum Beispiel das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, geht und wo um Rechte und Leistungen, die in Anspruch genommen werden sollen und einen offiziellen bürgerlichen Status in der Stadt voraussetzen, wie beispielsweise ein Paragraph 5-Schein oder ein Kita-Gutschein.

In der Debatte morgen sollten wir uns einig sein, dass es unser vorrangiges Ziel ist, den Status der Anonymität und irregulären Aufenthalte zu vermeiden und wenn diese Situation eingetreten ist, dann auf eine Klärung hinzuwirken.

(Beifall bei der CDU)

Ein jahrzehntelanger illegaler Aufenthalt ist unter jedem erdenkbaren Blickwinkel kein erträglicher Zustand, weder für die unmittelbar noch die mittelbar Betroffenen. Das heißt dann in der Konsequenz, dass wir auch die Rückführung fördern. Das heißt aber auch, dass wir in anderen Fällen Wege in die Legalität suchen. Es kann nicht das Ziel sein, den Status der Anonymität zu normalisieren und diese Menschen mit geduldeten Menschen gleichzustellen. Diese scheinbare Solidarität mit den Betroffenen würde den Gerechtigkeitsgrundsatz eklatant verletzen.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* und *Dr. Eva Gümbel*, beide GAL)

Wir können auch aus Gerechtigkeitsgründen nicht hinnehmen, dass sich illegal in Deutschland lebende und arbeitende Menschen und deren Arbeitgeber nicht an der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme beteiligen, im Krankheitsfall dann aber davon profitieren wollen. Unser Sozialstaat baut auf Solidarität. In den Versicherungszweigen beruht die Solidarität darauf, dass man Mitglied ist, Beiträge zahlt und dann auch Leistungen bekommt.

(Zuruf von *Mehmet Yildiz* DIE LINKE)

Im staatlich finanzierten System kommt die Solidarität dadurch zum Ausdruck, dass man Steuern zahlt. Schwarzarbeit legt die Axt an diese Solidarität unseres Sozialstaates, sie untergräbt und schwächt die Solidarität.

(Beifall bei der CDU)

Mit der Anonymität wäre auch verbunden, dass wir den Bedarf und die Bedürftigkeit gar nicht prüfen können. Jeder normale Bürger in einer sozialen Notlage muss, wenn er Leistungen beanspruchen will, seinen Bedarf geltend machen, aber auch darlegen, dass er diesen nicht selbst finanzieren kann. Es wäre eine gravierende soziale Ungerech-

(Senator Dietrich Wersich)

tigkeit, wenn wir an Menschen mit illegalem Status geringere Anforderungen stellen würden als an jeden normalen Bürger in dieser Stadt. Deshalb kann ich nicht befürworten, dass wir Kita-Gutscheine an anonyme Antragsteller geben, weil wir gar nicht feststellen können, inwiefern die Anspruchsberechtigung besteht und ob die Bedarfe berechtigt sind.

Für mich ist aber klar, dass wir im Kinderschutz eingreifen müssen. Auch die Kinder Illegaler fallen unter die Regelung unseres SGB VIII, unter das staatliche Wächteramt, und das heißt, dass wir mit dem Jugendamt verpflichtet sind, darauf hinzuwirken, dass der Status der Illegalität aufgehoben wird, dass diese Kinder in die Legalität geführt werden und dass zum Beispiel Anträge auf Asyl gestellt werden, wenn die Rückführung nicht in Frage kommt. In einem Sozialstaat dürfen wir das zivilgesellschaftliche Engagement privater Initiativen für Menschen mit illegalem Aufenthalt nicht verhindern, sondern müssen tolerieren, dass dafür im Bereich der humanitären Grundhilfe auch öffentlich finanzierte Einrichtungen genutzt werden, wie zum Beispiel Krankenhäuser bei anonymen Geburten. Wie in den meisten anderen Großstädten findet auch in Hamburg die Versorgung primär durch private Initiativen und Beratungseinrichtungen statt, die bislang nicht staatlich gefördert werden.

Mein Fazit ist, dass es unabhängig vom Aufenthaltsstatus das Recht auf Gesundheitsversorgung, Bildung, Arbeitsentgelt und Unfallversicherungsschutz gibt. Da es allerdings weder das Recht auf illegalen Aufenthalt noch das Recht auf Anonymität gibt, übernimmt der Staat die Kosten nur im Rahmen der gültigen Gesetze, wenn sich ein Hilfesuchender an ihn wendet.

Wenn aber Anonymität und Illegalität aufrechterhalten werden sollen, dann bleibt uns nur, die humanitäre zivilgesellschaftliche Hilfe zu dulden, sie staatlicherseits mit viel Fingerspitzengefühl zu unterstützen und diese Institutionen von einer juristischen Verfolgung freizustellen. Andernfalls gefährden wir die Grundlagen des sozialen Friedens und der Rechtsstaatlichkeit.

(Beifall bei der CDU und bei *Andreas Waldowsky* und *Horst Becker*, beide GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Möller, Sie haben recht, das Problem der Illegalisierung von Menschen ist nicht neu. Aber es hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten Dimensionen angenommen, die alles Vorherige in den Schatten stellen. In den letzten zwei Jahrzehnten, insbesondere in den Neunzigerjahren, sind in erheblichem Umfang Menschen nach Deutschland gekommen, die keine

Aufenthaltspapiere haben oder ihre Aufenthaltsberechtigung verloren haben und hier geblieben sind. Es sind Menschen, die hier leben, arbeiten, vielleicht Freunde finden, Kinder kriegen und großziehen, krank werden, aber es sind Menschen, die es eigentlich gar nicht geben darf, schlimmer noch, die es eigentlich gar nicht gibt, weil sie keine Aufenthaltspapiere haben.

Natürlich ist die Zahl der illegalen Einwanderer zurückgegangen, und zwar einerseits wegen der EU-Erweiterung und andererseits aufgrund der extrem restriktiven Flüchtlingspolitik. Um das Thema Mauer aufzugreifen: Es gibt eine Mauer um Europa und vor dieser Mauer sterben jährlich unzählige Menschen.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Die ist auch weg!)

Ich will nichts beschönigen an der einen Mauer, aber diese andere Mauer gibt es auch und das ist einer der Gründe, weshalb in den letzten Jahren nicht mehr so viele Menschen nach Deutschland oder in ein anderes europäisches Land gekommen sind wie zuvor.

(*Robert Heinemann* CDU: In die DDR wollte aber keiner rein!)

Ich finde es hoch interessant, wie Sie mit diesem wichtigen Problem umgehen, und wir können gerne noch ein paar Worte darüber austauschen.

(Unmutsäußerungen bei der CDU)

Von unserer Seite gibt es eine grundsätzliche Kritik an der Flüchtlings- und Asylpolitik der EU und der Bundesrepublik Deutschland, die die hamburgische Politik allerdings keineswegs entlastet, auch wenn die CDU dieses Thema ziemlich schöngeredet hat. Hamburg hat nicht die geringste Anstrengung erkennen lassen, auf die Bundespolitik im Sinne einer verantwortungsvollen und offenen Asyl- und Flüchtlingspolitik einzuwirken. Ich frage Sie zum Beispiel, Herr Heinemann, ob Sie sich vorstellen können, was es heißt, als Schatten in einer Stadt zu leben, womöglich über Jahre und Jahrzehnte, inmitten der Gesellschaft und doch von ihr ausgestoßen, massiv ausgeschlossen von den öffentlichen Gütern, von denen ein menschenwürdiges Leben heute abhängiger ist denn je, was es heißt, beizutragen zum gesellschaftlichen Reichtum, ohne wirklich an ihm teilzuhaben?

Noch immer leben in Hamburg zwischen 6 000 und 22 000 Menschen unter diesen trostlosen, gefährlichen, unwürdigen Bedingungen, ständig in der Angst, abgeschoben zu werden, vielfach schlimmster Ausbeutung unterworfen oder von Schicksalsschlägen bedroht, die zwar jeden von uns treffen können, denen sie aber mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert sind – trotz Ihrer schönen Worte, Herr Senator Wersich.

Ich aber sage mit einem Zitat von Hannah Arendt, dass sie

(Christiane Schneider)

"das Recht haben, Rechte zu haben",

und Hamburg war und ist in der Verpflichtung, dieses Recht auf Rechte nach Kräften zu gewährleisten.

(Beifall bei der LINKEN – *Wolfgang Beuß*
CDU: Wie in der DDR damals!)

In diesem Punkt haben die Senate der vergangenen Legislaturperioden bitter versagt und auch der jetzige Senat hat noch nicht sehr viel bewegt. Frau Goetsch und die Schulbehörde möchte ich von diesem Vorwurf ausnehmen, aber in puncto Schülerregister sind zweifellos noch Fragen offen. Zwar gibt es in Hamburg auch Hilfsstrukturen, aber diese beruhen vollständig auf zivilgesellschaftlichem Engagement. Diesem gebührt allergrößte Anerkennung und Würdigung und ich finde es ungeheuerlich, dass es stattdessen von strafrechtlicher Verfolgung bedroht ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses zivilgesellschaftliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger blamiert den Senat und die Bürgerschaftsmehrheiten der letzten Jahre bis in die Knochen.

(*Karl-Heinz Warnholz* CDU: Zirkus! – *Olaf Ohlsen* CDU: Mach Schluss!)

Dieses private Engagement kann jedoch staatliche Aufgaben nicht übernehmen und zum Beispiel das Problem einer ausreichenden Gesundheitsversorgung für illegalisierte Menschen – ein Problem, über das wir morgen noch sprechen werden – nicht lösen. Eine Lösung auf Hamburg-Ebene wäre möglich gewesen, aber man hat es bisher nicht lösen wollen. Ich erinnere nur daran, dass 2005 die Altonaer Bezirksversammlung mit ihrer schwarz-grünen Mehrheit die Verbesserung der Situation der Menschen ohne Papiere beschlossen hatte und unter anderem das bezirkliche Gesundheitsamt mit der Konzeptionierung einer Flüchtlingsambulanz beauftragt hatte. Dieser Vorstoß scheiterte an der Sozialbehörde, Herr Wersich, und ist bis heute nicht umgesetzt worden. Spätestens seit 2005 war der Senat immer wieder mit Forderungen – bis in die Ärztekammer hinein – konfrontiert, konkrete Maßnahmen und Projekte zu entwickeln und in Zusammenarbeit mit freien Trägern, Institutionen und Beratungsstellen für Zugang zu medizinisch notwendigen Leistungen, nicht nur Notfallversorgung, zu sorgen – mit dem Ergebnis, dass der Senat bislang nichts als Absichtserklärungen abgab.

Jetzt liegt die Studie vor, die den Senat und die Bürgerschaft nicht nur auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung mit Handlungsanforderungen konfrontiert. Sie können sich Ihrer Verantwortung nicht mehr entziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr zum ersten Thema, sodass ich nun vereinbarungsgemäß das vierte, von der GAL angemeldete Thema aufrufe: Die Schulreform bewegt Hamburg für eine gerechtere und leistungsstärkere Schule.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Initiative "Wir wollen lernen" hat heute ihre Unterschriften eingereicht, die sie gegen die Schulreform gesammelt hat. Wir nehmen die große Zahl an Unterschriften sehr ernst; offenbar sind genügend für ein erfolgreiches Volksbegehren zusammengekommen. Dass dieses Thema so viele Menschen anspricht und bewegt, ist nicht überraschend, denn es waren immer schon die großen und kleinen Bildungsreformen, die diese Stadt bewegt haben. Kein Wunder, denn schließlich geht es dabei um die Bildungschancen unserer Kinder und somit auch um ihre Zukunftschancen in dieser Welt. Deshalb sollten bei der seit Jahrzehnten größten Schulreform, die nicht nur in Hamburg, sondern bundesweit auf den Weg gebracht wird, auch die Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort haben. Im Namen meiner Fraktion sage ich, dass wir das gut und richtig finden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Jetzt geht es um die Frage, wie wir bei diesem zentralen Thema weiter vorgehen wollen. In die Vorbereitung der Reform waren in einem beispiellosen Prozess für ein solches Gesetz alle davon Betroffenen, Eltern und Lehrer eingebunden und auch in den nächsten Monaten wollen wir für die Reform werben, weiter auf die Eltern zugehen und versuchen, die zweifellos bestehenden Sorgen auszuräumen. Im Kern geht es bei dieser Diskussion darum, ob die Bürgerinnen und Bürger ein neues, gerechteres und leistungsstärkeres Schulsystem haben wollen oder ob sie an dem alten Schulsystem mit seinem sehr hohen Grad an sozialer Auslese, einer sehr hohen Abbrecherquote und den oft ungenügenden Leistungen festhalten wollen.

Bei den vielen Debatten über die einzelnen Punkte dieser Reform wird häufig vergessen, dass der Ausgangspunkt für die Schulreform die PISA-Studie war, die uns gelehrt hat, dass Deutschland im internationalen Vergleich seine Kinder ungenügend bildet und sie somit eine schlechte Ausgangslage für ihre Zukunft haben. Dies gilt in besonderem Maße für Hamburg, denn obwohl kein anderes Bundesland so viel Geld in seine Schülerinnen und Schüler investiert, erzielen wir im Vergleich mit anderen Bundesländern bei den schulischen Leistungen nur unterdurchschnittliche Ergebnisse. Genau aus diesem Grund haben wir versucht, ein neues, leistungsstärkeres und gerechteres Schulsystem zu entwickeln, um das es auch in den nächsten Wochen gehen wird, und zwar ge-

(Jens Kerstan)

meinsam mit den Eltern und vielen anderen Interessierten, die Nichten, Neffen, Enkel- oder Patenkinder haben.

In unseren Gesprächen mit ihnen müssen wir deutlich machen, dass diese Reform zwar aus vielen Bausteinen besteht, dass aber keiner dieser Bausteine ungewöhnlich oder unerprobt ist. Alle diese Bausteine – zum Beispiel kein Sitzenbleiben, längeres gemeinsames Lernen, kein Abschulen ab Jahrgangsstufe 7 – gibt es in der einen oder anderen Form bereits in vielen deutschen Bundesländern mit großem Erfolg und ohne große Dramen, wie sie in Hamburg befürchtet werden. Auch in Hamburg praktizieren einige Schulen bereits längeres gemeinsames Lernen und erstaunlicherweise sind es genau diese Schulen, die immer wieder für herausragende Konzepte und sehr gute Ergebnisse ausgezeichnet werden

(Ingo Egloff SPD: Deshalb ist die Langform auch abgeschafft!)

und ihre Schülerinnen und Schüler hervorragend auf die Zukunft vorbereiten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir müssen eine gute und breite Debatte führen und die Mehrheit dieser Bevölkerung davon überzeugen, dass unsere Bildungsoffensive mit all den unterschiedlichen Elementen eine gute und richtige Sache ist, ein wichtiges Projekt, das unseren Kindern und Enkelkindern eine gute Bildung und somit auch gute Zukunftschancen bieten wird. Ich bin der festen Überzeugung, dass es uns gelingen wird, diese Debatte erfolgreich zu führen, und dass wir viele der Vorbehalte, die durch die Unterschrifteninitiative offenkundig geworden sind, entkräften können, um ein gutes, gerechtes und leistungsstarkes Schulsystem für unsere Kinder in dieser Stadt zu etablieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Schira.

Frank Schira CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Volksbegehren "Wir wollen lernen" hat ganz offensichtlich weitaus mehr Unterschriften gesammelt, als sie für die Einleitung eines Volksentscheides erforderlich sind. Meiner Meinung nach gibt es zwei Extreme, die sich angesichts dieser Vielzahl von Unterschriften verbieten, nämlich auf der einen Seite zu sagen weiter so, jetzt wollen wir es wissen, klare Kante, Entscheidung oder auf der anderen Seite zu sagen, ist das alles schrecklich, lasst uns das Thema endlich irgendwie vom Tisch bekommen. Beides geht nicht. Wir müssen verantwortlich Politik machen und die klare Meinungsäußerung einer großen Zahl von Hamburger Eltern können und dürfen wir nicht

ignorieren. Schulpolitik ist, wie Jens Kerstan gesagt hat, ein sensibles, hoch emotionales Thema.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei Michael Neumann SPD)

Wir streben ein längeres gemeinsames Lernen im Primarbereich an. Dies ist europäischer Standard, das können wir nicht wegdiskutieren und die Leistungsvergleiche der letzten zehn Jahre zeigen uns, dass wir etwas verändern müssen. Unser Ziel ist es auch, den Zusammenhang zwischen Schulerfolg und sozialer Herkunft aufzulösen. Offenbar gibt es in der Elternschaft Vorbehalte gegen Details dieser Reform und es geistern Schlagworte herum wie Elternwahlrecht, Beibehaltung der Langformschule, Schulorganisation, konkrete Situation vor Ort.

(Ingo Egloff SPD: Das sind keine Schlagworte, das sind Tatsachen!)

All das müssen wir aufnehmen und diskutieren. Diese Einwände lassen uns nicht kalt, wir ignorieren sie nicht und fühlen uns verpflichtet, dieses Ergebnis ernst zu nehmen und durch Gespräche mit den Eltern Lösungen in der Schulpolitik zu finden.

(Beifall bei der CDU und der CAL)

Lassen Sie mich Folgendes als Christdemokrat sagen: Wir hatten in der Partei eine sehr intensive Diskussion, die wir sicherlich auch weiterhin haben werden, mit so viel Transparenz und Offenheit, wie ich sie auf anderen CDU-Bildungsparteitagen noch nicht erlebt habe – ich bin seit 1980 Mitglied – und das bei einem für uns ganz besonders schwierigen Thema. Auch für Sie Sozialdemokraten ist es ein schwieriges Thema, wie Sie selbst wissen, darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Ich pflichte Jens Kerstan bei in dem Punkt, dass die Diskussion mit den Eltern und Schülern noch nicht abgeschlossen ist und wir diese Gespräche intensiv fortsetzen müssen. Wir jedenfalls sind zu diesem Dialog bereit und allein die Tatsache, dass wir dieses Thema in der Aktuellen Stunde behandeln, zeigt, dass wir es sehr ernst nehmen und nicht aktueller diskutieren können.

Was genau heißt es aber für uns, Antworten zu finden? Hier und heute kann Ihnen kein Verantwortungsbewusster Politiker für dieses Problem ein Patentrezept liefern. Wir haben seit Amtsantritt unseres schwarz-grünen Senats gesagt, was wir wollen. Die SPD hat bisher gesagt, was sie nicht will, und selbst bei dieser Aussage gibt es bei Ihnen innerparteiliche Widersprüche. Also von Ihnen, den Sozialdemokraten, können wir in dieser Frage keine Antwort erwarten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir brauchen sie auch nicht, wir werden sie selbst beantworten und unsere Regierungsverantwortung wahrnehmen.

(Frank Schira)

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Für uns als CDU-Bürgerschaftsfraktion und, wie ich denke, auch für die Koalition ist klar, dass weitere Gespräche mit den Eltern notwendig sind, um unsere Ziele, nämlich gute Bildung und Chancengerechtigkeit für alle Kinder in Hamburg zu erreichen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Neumann.

Michael Neumann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das waren zum Teil sehr unterschiedliche Reden. Während Jens Kerstan eine Rede nach dem Motto "weiter so, jetzt erst recht" gehalten hat, war bei Herrn Schira neben dem nach diesem Stimmenergebnis unangemessenen parteipolitischen Ausflug zumindest eine gewisse Bereitschaft da, mit denjenigen das Gespräch zu suchen, die offensichtlich nicht nur Probleme mit einzelnen Details haben, sondern sehr große Sorgen und Probleme hinsichtlich der Zukunft ihrer Kinder haben.

(Beifall bei der SPD)

Nicht weil heute Buß- und Betttag ist, den wir leider in diesem Parlament abgeschafft haben, glaube ich, dass die Zeit reif dafür ist, einmal innezuhalten und nicht schon wieder die parteipolitische Kiste aufzumachen. Wie Sie erwähnt haben, gibt es auch in meiner Partei eine sehr große Vielfalt an Meinungen und viele meiner grauen Haare sind diesem Umstand geschuldet, aber wir sind in der Verantwortung, eine Lösung für unsere Stadt zu finden. Es geht bei diesem Thema schließlich um mehr als darum, ob es erlaubt ist, am Wochenende Autos zu waschen oder kommerzielle Videos auszuleihen. Es geht um ein zentrales Thema, bei dem wir Sozialdemokraten immer für einen langfristigen breiten Konsens in der Stadt, aber auch im Parlament plädiert haben, um eine gute Lösung für die Kinder, die Eltern und auch für die Lehrerinnen und Lehrer zu finden.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt ist meiner Meinung nach der richtige Augenblick, um innezuhalten und diese parteipolitische Nummer hintanzustellen, denn darum geht es nicht. Vielmehr müssen wir für einen vitalen Bereich, von dem sich viele Menschen in Hamburg betroffen fühlen, eine wirklich tragfähige Lösung finden. Wir Sozialdemokraten haben vorgeschlagen, uns an Bremen zu orientieren. Auch wenn meines Wissens der Hamburger an sich nicht dazu neigt, sich an Bremen zu orientieren, sollten wir es bei diesem Thema tun. Dort ist es nämlich der FDP, der CDU, den Grünen und den Sozialdemokraten gemeinsam gelungen, einen auf zehn Jahre

festgeschriebenen bildungspolitischen Reformprozess zu initiieren. Das halte ich für einen guten Weg und etwas, worauf wir aufbauen könnten. Wir sollten uns das Bremer Konzept einmal gemeinsam anschauen und die Kraft haben, diesen Weg auch in Hamburg zu beschreiten.

Es ist mir unverständlich, wie Sie sagen können, dann solle die Lösung halt über einen Volksentscheid herbeigeführt werden, denn bei diesem wichtigen Thema geht es doch darum, dauerhafte, bestandsfähige Lösungen zu finden.

Ich weiß nicht, worauf ein Volksentscheid hinausliefe. Mir graut übrigens davor, dass er erfolgreich sein könnte, das sage ich ganz deutlich, aber er kann auch scheitern. Und wenn er scheitert, dann haben wir einen noch tieferen Graben in unserer Stadt und noch mehr Verbitterung bei diesem zentralen Thema und werden bei jedem Wahlkampf wieder – zum Teil aus billigem Opportunismus heraus – das zentrale Thema der Bildungspolitik auf die Hörner nehmen. Das halten wir Hamburger Sozialdemokraten für grundfalsch.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wäre es gut, wenn wir jetzt die Barrikaden einmal verlassen würden. Kirmesreden können Sie auf Ihren Parteitag halten, das funktioniert immer, ich kann so etwas auch, aber jetzt sollten wir gemeinsam ernsthafte Gespräche in der Sache führen. Olaf Scholz, unser Landesvorsitzender, und auch ich

(Zurufe von der CDU: Oh!)

und andere haben dem Bürgermeister Gespräche angeboten, der um die Brisanz dieses Themas weiß, denn er hat bemerkenswerterweise gesagt, er sei jetzt auch inhaltlich von dieser Reform überzeugt. Ich spare mir jetzt die billige Polemik zu fragen, wovon sonst als dem Inhalt er denn vorher überzeugt gewesen wäre. Es stellt sich auch die Frage, inwieweit der Bürgermeister persönlich durch diese fast 200 000 Unterschriften Schaden nimmt. Deshalb möchte ich für meine Fraktion und für meine Partei erklären, dass wir zu Gesprächen bereit sind und unsere Vorschläge auf dem Tisch liegen.

(Wolfgang Beuß CDU: Ist das auch mit Herrn Petersen abgesprochen? – Gegenruf von Viviane Spethmann CDU: Der sitzt da völlig frustriert!)

Man sollte nicht auf absolute Lösungen setzen, sondern dazu bereit sein, sich gegenseitig ernst zu nehmen und sich bei den inhaltlichen Fragen zu bewegen. Wir sind dazu bereit. Wir wollen nicht die reine Lehre durchsetzen, sondern einen Kompromiss,

(Olaf Ohlsen CDU: Sagen Sie mal was Konkretes und nicht so Wischiwaschi!)

(Michael Neumann)

einen Bildungskonsens für Hamburg erarbeiten, der auf Dauer trägt und den Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Kindern die Sicherheit gibt, dass nicht alle vier Jahre ein Wahlkampf über dieses Thema geführt wird. Unsere Hand ist ausgestreckt und es liegt nur an Ihnen, ob wir es schaffen, in dieser wichtigen Frage, die auch etwas mit der politischen Kultur unserer Stadt zu tun hat, einen Schritt voranzukommen, oder ob Sie auf Ihrem Niveau, auf den Barrikaden bleiben wollen. Es würde Sinn machen, auch sprachlich abzurüsten.

Uns ist Schulfrieden versprochen worden, aber ich fürchte, wenn es zur Abstimmung kommt, wird es statt eines Schulfriedens noch tiefere Gräben geben, und deshalb liegt das Angebot der Sozialdemokraten auf dem Tisch. Lassen Sie uns vernünftig darüber reden. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir haben festgestellt, dass das Volksbegehren "Wir wollen lernen" erfolgreich war und auch wir waren davon ausgegangen, dass genau dieses Ergebnis dabei herauskommt. Es überrascht uns nicht, dass das Ergebnis positiv ist, jedes andere Ergebnis wäre eine Sensation gewesen, das konnte man schon merken. Aber wir von der LINKEN sind sehr überrascht über die hohe Unterschriftenzahl, das müssen wir zugeben. Ich würde gerne im Gegensatz zu den anderen Rednern ein paar Dinge beleuchten, die etwas mit Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden zu tun haben.

Normalerweise prägen während solcher Plebiszite nicht nur Plakate, sondern auch eifrig agierende Unterschriftensammler das Stadtbild. Das konnten wir diesmal nicht feststellen, mein Umfeld nicht, ich nicht, vielleicht wohne ich im falschen Stadtteil, aber auch in der Innenstadt habe ich nur ein einziges Mal Sammler gesehen. Ich wurde vor einigen Tagen gefragt, ob dieses Volksbegehren gar keine Unterschriften auf der Straße sammelt, und das war für mich ganz symptomatisch. Gesammelt wurde nämlich in den Konsumtempeln dieser Stadt

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

und für uns wirft der Ablauf dieses Volksbegehrens eine Menge Fragen auf. Darüber können Sie sich gerne amüsieren,

(Elke Badde SPD: Wir amüsieren uns nicht, wir sind entsetzt!)

aber zuhören würde ich an Ihrer Stelle trotzdem.

Für uns ist die erste Frage und das erste Problem, dass die Familie Otto in ihren Einkaufszentren die Unterschriftensammlung für die Aktion "Wir wollen

lernen" ausdrücklich erlaubte, während bei vergleichbaren Verfahren die Sammler aus dem AEZ, aus dem EEZ, aus dem Phoenix-Center, aus dem Einkaufszentrum Hamburger Straße und auch aus einigen Edeka-Läden in hohem Bogen rausgeflogen sind und selbst auf den Vorplätzen durften sie ihre demokratischen Rechte nicht wahrnehmen. Darüber müssen wir in Hamburg einmal nachdenken und man muss es auch benennen, dass die Inhaber von Einzelhandelsgeschäften und Einkaufszentren entscheiden, wer die Kunden mit Information versorgen darf und wer nicht.

(Jörg Hamann CDU: Ganz neue Verschwörungstheorie!)

Das rüttelt an den Grundfesten unserer Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es kann doch nicht angehen, dass Einkommensmillionäre in Hamburg darüber entscheiden, welche politische Initiative mit den Besuchern von Konsumtempeln in Kontakt treten darf und welche nicht. Das Problem ist, dass der öffentliche Raum – das haben wir diesmal ganz deutlich von der anderen Seite aus gesehen – immer weiter zurückgedrängt wird. Indem die Möglichkeiten der Bevölkerung, ihre Anliegen, die vielleicht den Einkommensmillionären nicht gefallen, an die Öffentlichkeit zu bringen, immer mehr eingeschränkt werden, werden auch ihre Rechte beschnitten. Das ist für mich ein sehr ernst zu nehmendes Warnsignal, über das man reden muss. Es ist ein weiterer Schritt in Richtung Entdemokratisierung und genau das Gegenteil von dem, was man mit der Ausweitung der plebiszitären Maßnahmen erreichen wollte, nämlich mehr direkte Demokratie. Das kann nicht einfach so hingenommen werden und wirft auch die Frage nach der Vergleichbarkeit von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf.

Auch die Medien haben sich die inhaltlichen Anliegen der Initiative "Wir wollen lernen" mehr zu eigen gemacht, als es den journalistischen Grundsätzen entspricht. Auch wenn ich weiß, dass nach meiner Rede in den Gängen darüber gesprochen wird, möchte ich dieses Thema ganz deutlich ansprechen und Ihnen an einem Beispiel aufzeigen, dass es sich in diesem Fall um ein echtes Novum handelt.

Wir hatten eine kulturelle Veranstaltung mit Vertretern aller Parteien im Rathaus und mit über 200 Besuchern. Auch ein Vertreter eines Pressehauses war gekommen, der allerdings keinen Notizblock bei sich hatte und nicht über die Veranstaltung Bericht erstattete, während über die Initiative "Wir wollen lernen" jeden Tag in dieser Zeitung etwas zu lesen war. So etwas hatte es bei keinem anderen Plebiszit in dieser Hansestadt je gegeben.

(Dora Heyenn)

Auch das muss man offen ansprechen und darüber nachdenken.

Herr Scheuerl wird heute in der "Welt" mit folgenden Worten zitiert:

"Wie viel Geld die Initiative um den Rechtsanwalt Walter Scheuerl zur Verfügung hatte, will er nicht verraten."

Diese Aussage spricht für sich. Es ist offenkundig Geld in einem Ausmaß geflossen, das unsere Vorstellungskraft sprengt. Walter Scheuerl mag zwar der Anwalt der Schönen und der Reichen sein ...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Heyenn, Sie kennen die Bedeutung des roten Lichtes.

Dora Heyenn (fortfahrend): – Ich bin gleich fertig.
... die Gesetze muss er trotzdem befolgen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Heyenn, Ihre Redezeit ist bei Weitem überschritten.

Dora Heyenn (fortfahrend): Er muss das auch nach Paragraph 30 Volksabstimmungsgesetz

(Glocke)

offenlegen, auch wenn ...

(Das Rednermikrofon wird abgeschaltet – Beifall bei der LINKEN – *Stephan Müller* CDU: Das war eine Sternstunde!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

183 000 Menschen in Hamburg haben unterschrieben, dass sie über die Zukunft des Hamburger Schulsystems abstimmen wollen. Das bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt im nächsten Jahr an die Wahlurnen gerufen werden, um sich zwischen dem alten und dem neuen Schulsystem zu entscheiden. Der Hamburger Senat meint es ernst mit der direkten Demokratie und die Stadt hat die Wahl. Das heißt, jede und jeder ist aufgerufen, sich ein Urteil zu bilden, sich zu informieren und dann zu entscheiden. Die Befürworter des alten Schulsystems und die Befürworter des neuen Schulsystems sind aufgerufen, sicher-

lich auch in Konkurrenz, für die besseren schulpolitischen Ideen einzutreten.

An dieser Stelle gestatten Sie mir einen Einschub. Herr Neumann, Sie haben eben Bremen zitiert. Es ist immer schwierig, Bundesländer mit einer anderen Geschichte zu vergleichen. In Bremen gehen 80 Prozent auf eine Gemeinschaftsschule, 20 Prozent auf ein Gymnasium. Die Gymnasien sind ein sehr kleiner Bereich in Bremen. Es ist schwierig, dies auf Hamburg zu übertragen, weil in Hamburg die Hälfte eines Jahrgangs nach der vierten Klasse auf ein Gymnasium wechselt. Die Gymnasien sollen bestehen bleiben und werden sich weiter entwickeln.

Wir sind also alle aufgerufen, diesen Volksentscheid als eine Chance zu begreifen und es geht dann nicht mehr darum, wogegen man ist, sondern wofür man ist. Es geht auch darum, uns als Stadtgesellschaft zu begreifen, darüber zu diskutieren, wie alle Kinder und Jugendlichen in unseren Schulen am besten auf dem Weg zu einem selbstbestimmten Erwachsenenleben und beruflichen Leben gefördert und begleitet werden können. Es gehört zu einer Demokratie dazu, dass es keine Reform gibt, die auf 100 Prozent Zustimmung trifft. Es gibt Gegner und Befürworter des längeren gemeinsamen Lernens und, soweit ich weiß, ist der Parteitagsbeschluss der SPD eindeutig für längeres gemeinsames Lernen.

Der Hamburger Senat wird mit Sicherheit nicht alle harten Gegner von seinem schulpolitischen Weg überzeugen können. Der Leiter der Volksinitiative hat vor einigen Tagen im "Hamburger Abendblatt" erklärt, man sei nicht mehr unterwegs, um Argumente auszutauschen, sondern um Unterschriften zu sammeln. Jetzt sind die Unterschriften gesammelt und nun ist wieder Zeit für Gespräche und Argumente.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir begreifen diese Unterschriften als eine Aufforderung, die Argumente noch deutlicher und engagierter in die Stadt hinauszutragen. Wir werden gezielt das Gespräch mit denjenigen suchen, die einerseits die Grundidee der Schulreform unterstützen, sie gar nicht für so schlecht halten, aber andererseits doch große Skepsis, Bedenken und Verunsicherung bei der Umsetzung und der Beteiligung haben und ihre Sorgen mit einer Unterschrift zum Ausdruck gebracht haben.

Wir werden das Gespräch suchen mit denjenigen, die sich beispielsweise Sorgen machen, ob die Primarschulen das gewünschte Fremdsprachenangebot bereithalten, wir werden das Gespräch suchen mit denen, die sich fragen, ob ihr Kind auf der Primarschule ausreichend gefördert wird oder ob sie bei der Wahl der weiterführenden Schule mit einbezogen werden. CDU und GAL haben den Bürgerinnen und Bürgern gute Argumente zu bieten und

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

können sicherlich noch viele falsche Vorurteile ausräumen. Ich bin auch davon überzeugt, dass mit jedem konkreten Schritt hin zum neuen Hamburger Schulsystem bestehende Zweifel ausgeräumt und vor allen Dingen auch die positiven Veränderungen erst jetzt, wo wir in der Umsetzung sind, deutlich werden. Das ist zum Beispiel der individualisierte Unterricht, der jede Begabung fördert und gerade besonders begabten Kindern zugute kommt. Das ist das Zusammenwirken von Pädagogen aus den verschiedenen Schulformen mit unterschiedlichen Erfahrungswerten. Das ist die Einführung neuer fachlicher Inhalte wie Englisch ab Klasse 1 oder die Fachbereiche Naturwissenschaften, Technik und Gesellschaft ab Klasse 3. Das sind die niedrigeren Klassenfrequenzen, auch gerade in den sozial schwächeren Teilen unserer Stadt. Das ist die Stärkung der kulturellen Bildung, die meine Kollegin Frau von Welck und ich schon in den letzten eineinhalb Jahren intensiviert haben, aber auch die Stärkung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Inhalte. Das ist die individuelle Leistungsrückmeldung, das ist der Ausbau der Ganztagschulen und der Ganztagsbetreuung. Das sind die verbesserte Sprachförderung und die Integration der Kinder mit Behinderungen. Wir haben einen Paradigmenwechsel eingeläutet im Sinne der UN-Konvention, als wir das Schulgesetz hier beschlossen haben. Das ist auch die deutlich gestärkte Berufsberatung und Berufswegebegleitung, das ist die intensive Kooperation innerhalb der Bildungsregionen, die gerade durch die Regionalen Schulentwicklungskonferenzen erstmalig und einmalig begonnen haben.

Die Hamburger Schulreform besteht nicht nur aus der Struktur Primarschule, Stadtteilschule und Gymnasium, aber sie funktioniert nur mit dieser neuen Struktur, weil alle Ziele und Maßnahmen auf einem System beruhen, das die individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellt und den Weg zu höheren Bildungsabschlüssen lange offen hält. Aber diese Reform lebt, wächst und entwickelt sich nur aus starken, engagierten Schulgemeinschaften und im Bündnis mit diesen Schulen. Hamburg hat viele großartige Schulen; dies zeigt sich bei den verschiedenen Wettbewerben und den Auszeichnungen. Unsere Bildungsoffensive wird diese Schulen unterstützen, noch besser zu werden, und sie in ihrer Entwicklung unterstützen. Es geht aber nicht nur um diese Schulen, sondern wir müssen alle mitnehmen.

Sehen Sie dieses einmal unter dem demokratischen Aspekt. Professor Hans Brügelmann hat letztes gesagt, in einer Schule wachse eine Demokratie zusammen. Es tut deshalb der Demokratie und der Schule gut, wenn wir über die Zukunft unserer Schule in Hamburg weiter lebendig, intensiv, engagiert, aber auch kontrovers diskutieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Hamburger Schulen haben ein Anrecht darauf, dass ihre Senatorin sie sachgemäß, präzise und unaufgeregt informiert und genau das werde ich weiter tun.

Kaum eine Reform berührt so viele Menschen in ihrer direkten Lebenswirklichkeit. Ob das die Kolleginnen sind, die Schülerinnen, die Eltern, die Großeltern oder die Angestellten der Schulen. Ob eine Schulreform gelingt oder nicht, ist deshalb nicht nur eine Frage der guten Grundidee, es ist eine Frage der Beteiligung, der ordentlichen Umsetzung und der Kommunikation. Unsere Hamburger Schulreform wächst Schritt für Schritt und jahrgangsweise und meine Vorgabe lautet: Sobald etwas eindeutig und klar entschieden ist – so sind wir auch in den letzten Wochen und Monaten vorgegangen –, wird es auch klar und eindeutig an die Schulen und die Eltern kommuniziert. So entsteht mit jedem Monat ein deutlicheres Bild von dem, was sich in der eigenen Schule konkret verändert.

Senat, CDU und GAL sind überzeugt von der Reform und sehen die neue Primarschule als eine große Chance für Hamburg.

(Arno Münster SPD: Augen zu und durch!)

Die gymnasiale Bildung wird nicht geschwächt, sondern gestärkt und die Stadtteilschulen werden eine attraktive Alternative, die in 13 Jahren zum Abitur führt. Ich glaube, in diesem Sinne führen wir eine stolze reformpädagogische Tradition unserer Stadt fort und werden ein gerechteres und auch leistungsstärkeres Schulsystem etablieren. Für diesen Weg werden wir in den nächsten Monaten gemeinsam in Gesprächen um eine breite gesellschaftliche Mehrheit in unserer Stadt werben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Herr Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Erfolg des Volksbegehrens, der heute bekannt wurde, sorgt dafür, dass die Diskussion um die Zukunft unserer Schulen in Hamburg noch länger geführt wird und lebendig bleibt und das ist gut. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass die Reform der Schule bei vielen Menschen auch zu Verunsicherung führt.

(Ingo Egloff SPD: Man kann sich das immer so hindrehen, wie man es gerne hätte!)

Es ist ein Stück weit auch erklärlich, denn vieles, was vertraut ist in der Schule, was man aus eigener Erfahrung kennt oder kennengelernt hat, verändert sich durch die Schulreform. Die neue Schule, die neue Form des Lernens ist für viele Menschen in dieser Stadt aus der eigenen Erfah-

(Michael Gwosdz)

rung unbekannt. Deswegen müssen wir natürlich den Dialog mit den Menschen, mit den Eltern und den Schülern weiterführen und mit ihnen unter anderem auch eines diskutieren: Es stellt sich die Frage, ob das, was vielen Menschen vertraut ist und an dem sie festhalten möchten, deswegen automatisch gut ist. Hier müssen wir immer wieder feststellen, dass dies nicht der Fall ist. Wir brauchen eine bessere Schule, wir brauchen eine Schule, die es nicht zulässt, dass der schulische Erfolg so stark wie heute von der sozialen Herkunft abhängt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dieser Zusammenhang, das wissen Sie alle, ist in Hamburg heute noch größer als in allen anderen Bundesländern und Städten. Wir brauchen eine gerechtere Schule, die es nicht zulässt, dass ein Drittel aller Fünfzehnjährigen als Risikoschüler bezeichnet werden muss, weil sie in ihren sprachlichen und mathematischen Fähigkeiten auf dem Niveau von Viertklässlern stagnieren. Wir brauchen eine bessere und gerechtere Schule, die mehr Jugendliche als heute mit hohen und höchsten Bildungsabschlüssen ins Leben entlässt, damit wir auch als Stadt Hamburg bestehen können und den Bedarf an Fachkräften mehr als bisher durch unseren eigenen Nachwuchs decken können.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir müssen den Menschen in den Gesprächen immer wieder bewusst machen, dass es eben nicht genügt, dass es einzelne Schulen in Hamburg gibt, die gute Arbeit leisten, sondern dass wir ein Schulsystem brauchen, das insgesamt zum Erfolg führt und dass es nicht heißen kann, wir machen weiter so wie in der Vergangenheit, sondern dass es Probleme gibt, die wir analysieren und benennen müssen. Dafür gibt es auch Möglichkeiten und Lösungen, die Schulen zu verbessern, die lange bewährt und erprobt sind. Mit der Schulreform wird die Schule gerechter und leistungsstärker und die Bausteine dieser Reform, das wurde schon erwähnt, sind durchaus erprobt. Es gab Versuche in anderen Bundesländern, die bestimmte Dinge durchgeführt haben, die wir hier zusammensetzen. Das heißt, es ist nicht an der Zeit, jetzt wieder zu sagen, wir machen erst einmal einzelne Schulversuche, um alle diese Bausteine noch einmal im Einzelnen auszutesten. Sie sind bekannt, sie sind in der Praxis erprobt und sie werden hier zu einem Gesamtbild zusammengefügt, das es ermöglicht, die Schule in Hamburg zu verbessern.

Wir wissen aus anderen Bundesländern, dass längeres gemeinsames Lernen schwache Schülerinnen und Schüler fördert, ohne die leistungsfähigen Kinder zu bremsen; dazu liegen Studien vor. Wir wissen zum Beispiel aus Sachsen und Thüringen, dass eine Schulstruktur mit Gymnasien und einer zweiten Säule, die bei uns dann Stadtteilschule heißen wird, gute Ergebnisse hervorbringt. Wir wis-

sen auch, dass ein zweiter Weg zum Abitur ebenfalls bewährt ist und dazu führt, dass diese Jugendlichen die Schule nicht mit schlechteren Leistungen als die Schüler auf dem Gymnasium verlassen; es führen beide Wege zu vergleichbaren Ergebnissen. Wir kennen jahrgangsübergreifendes Lernen, wir kennen die individuelle Förderung, wir kennen den Verzicht auf das Sitzenbleiben. Das sind durchaus in Hamburg erprobte und angewandte Elemente der neuen Lernkultur. Die Reform ist also kein Sprung ins Unbekannte, sondern die Umsetzung längst erprobter und bewährter Instrumente. Darüber müssen wir natürlich auch weiterhin mit den Menschen in dieser Stadt reden. Wir müssen ihnen aufzeigen, wie es funktioniert, dass es funktioniert und dass wir keine Reihe von Schulversuchen benötigen, sondern die Erkenntnisse aus den Modellen aus anderen Bundesländern endlich in Hamburg zur allgemeinen, guten Praxis werden lassen.

Wenn die Gegner der Schulreform, wie häufig in den letzten Wochen, damit argumentieren, das Geld für die Reform solle lieber in kleinere Klassen und mehr Lehrer fließen, dann verkennen sie auch eines: Mit der Schulreform verkleinern wir die Klassen, kleinere Klassen bedeuten mehr Klassen, mehr Klassen in Hamburg bedeuten, wir brauchen mehr Lehrer und mehr Räume. Die wesentlichen Kosten für die Schulreform von CDU und GAL entstehen genau durch die kleineren Klassen. Wer kleinere Klassen, besser ausgebildete Lehrkräfte und guten Unterricht will, für den führt letzten Endes kein Weg an der Schulreform vorbei.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Freistedt.

Marino Freistedt CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dies ist ohne Zweifel eine aufregende und sehr emotionale schulpolitische Zeit, denn für uns alle in der Bürgerschaft muss deutlich sein, dass es hier nicht um Parteitaktik geht, dass es nicht um die Profilsucht Einzelner geht, sondern um die Bildungschancen unserer Jugendlichen. Ich habe eben Herrn Neumann zugehört – die Botschaft höre ich gern, allein, mir fehlt der Glaube –,

(Ingo Egloff SPD: Sie sind doch in der CDU, da müssen Sie doch gläubig sein!)

aber Sie müssen doch wissen, dass Ihr Parteiprogramm auf Bundesebene etwas ganz anderes sagt als das, was Sie eben vorgeschlagen haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Kinder im Vorschulalter, Schüler der bisherigen Grundschule, Jugendliche in Gesamtschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasiasten in Unter-, Mittel- und Oberstufen, Schüler der berufsbil-

(Marino Freistedt)

denden Schulen, aber auch der Förderschulen müssen stärker als bisher in schulischen Einrichtungen gefördert und gefordert werden. Das ist ein wichtiges Ziel dieser Koalition aus Christdemokraten und Grünen, ein Ziel, zu dem wir in den Regierungsfractionen auch heute und gerade heute gemeinsam stehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es ist richtig, wenn Ole von Beust als Erster Bürgermeister sagt, dass die heutigen Schülerinnen und Schüler mehr Chancen in Bildungsgängen verdient haben, als es das bisherige Schulsystem abbildet. Und es ist richtig, wenn die Schulsenatorin verkündet, dass alle Talente gefördert werden müssen. Deshalb ist es auch richtig, wenn in Zeiten schwieriger Haushaltsführung dieser Senat dem finanziellen Mehrbedarf im Bildungsbereich Rechnung trägt; mein Kollege hat das eben vorgebracht.

Dieses ist ein Erfolg des schwarz-grünen Senats und zeigt die sehr positive Zusammenarbeit der beteiligten Bürgermeister, Senatoren, Staatsräte und Abgeordneten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Kritik an der Schulreform hat sich in einem demokratischen Verfahren geäußert, ein Ergebnis, das sicherlich die Politik, aber auch die Verwaltung noch einmal darüber nachdenken lässt, wie Ziele aus dem Koalitionsvertrag hinsichtlich der Bildungswege und der schulischen Organisation bestmöglich zu gestalten sind. Wir jedenfalls hier im Hause wollen das Beste, das den vielen Schülerinnen und Schülern hilft, ihre Talente kognitiv und emotional zum Nutzen ihrer selbst zu entfalten. Wer sagt, dass Gespräche wegen des Volksbegehrens überflüssig werden, der hat den Auftrag dieser Koalition nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wer behauptet, dass das Gymnasium durch diese Reform überflüssig werde und die gymnasiale Profilbildung gegenstandslos geworden sei, der irrt gewaltig.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wer sagt, dass die Regierungsfractionen der Bildungslandschaft in Hamburg kein Interesse entgegenbringen, der hat nicht verstanden, dass Ole von Beust, Christa Goetsch, die Senatoren und Abgeordneten, Staatsräte und Mitarbeiter in den Behörden aus Überzeugung und Verantwortung für das Gemeinwohl handeln.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir betreiben eben keine Klientelpolitik, wir zerstören kein Gymnasium, wir ideologisieren nicht und wir jammern nicht, dass alles so schlecht und ungerecht ist. Nein, wir hören mit beiden Ohren, reden aber mit einer Stimme. Wir wollen kein Schul-

system gegen die Eltern aufbauen, wir wollen aber auch kein Schulsystem ohne Eltern haben. Deshalb wird auch hier der Weg gegangen, Eltern mit einzubeziehen, und ich freue mich über die Worte meiner Vorredner.

Scola semper est reformanda, in Abwandlung eines Kirchensatzes, ist der Leitsatz der CDU für die Fortentwicklung unseres Hamburger Schulwesens – ich bin mir sicher, auch der unseres Koalitionspartners – und ein zentrales Anliegen. Gehen wir gemeinsam den Weg, der übrigens nicht so steinig ist, wie er erscheint, ganz im Gegenteil. Es ist ein Weg, dem schnelle Antworten zu leicht fallen. Hier sind dagegen Geduld, Augenmaß, pädagogische Erfahrung und elterliche Fürsorge sowie gesellschaftlicher Anspruch und finanzielle Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Ich bin mir sicher, dieser Senat erreicht das Ziel, getragen von der Unterstützung beider Fraktionen und ich hoffe auch auf die Unterstützung vieler hier im Raum. Nach den Worten meiner Kollegin Heyenn jedoch, die sehr persönlich waren und wenig mit der Sache zu tun hatten, habe ich da allerdings meine Zweifel.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir wollen eine gerechtere und leistungstärkere Schule hier in Hamburg haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, dass in der Stadt eine große Einigung darüber besteht, dass nach der großen Zahl von Stimmen, die auf das Volksbegehren von "Wir wollen lernen" entfallen sind, wir alle nicht zur Tagesordnung übergehen dürfen. Mein Eindruck ist, dass das aus den Reden, die wir gerade gehört haben, noch nicht alle so verstanden haben. Deshalb möchte ich noch einmal dafür werben. Ich glaube in der Tat, dass diese hohe Zahl von Stimmen bedeutet, dass wir an einem Scheideweg stehen, und zwar entscheiden können, ob es in dieser Stadt eine Schulpolitik gibt, die breit getragen wird, oder ob es eine Schulpolitik gibt, die im Streit gegen eine breite Mehrheit durchgesetzt wird. Ich möchte dafür werben, dass dieses Parlament sich daran beteiligt, dass Schulpolitik von einer großen Mehrheit in dieser Stadt getragen wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Rednerinnen und Redner von CDU und GAL und auch Sie, Frau Senatorin Goetsch, haben auf den Beteiligungsprozess verwiesen, den Sie durchgeführt haben und ich gestehe Ihnen auch zu, dass daran vieles richtig war. Dennoch müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass Sie viele in dieser Stadt nicht erreicht haben oder auch nicht ange-

(Britta Ernst)

sprochen haben. Sie haben eben auch wiederholt die Argumente für Ihre Schulreform gebracht, die wir alle kennen. Ich glaube, auch diese sind in der Stadt durchaus gehört worden, sie werden von vielen aber nicht getragen. Das ist es, womit Sie sich auseinandersetzen müssen.

Ich habe es irritierend gefunden, dass dieser schwarz-grüne Senat die direkten Gespräche mit der Initiative verweigert hat und ich habe auch irritierend gefunden, Herr Bürgermeister, dass Sie sich sehr persönlich degradierend an die Eltern gerichtet haben, die diese Initiative unterstützt haben. Ich glaube, dass es nicht klug war, dass den Eltern entgegenzuhalten, die sich auch in Sorge um ihre Kinder in der Schulpolitik in den letzten Monaten eingesetzt haben.

Ich glaube, all dies zeigt, dass Sie in Ihren politischen Einschätzungen falsch lagen und dass jetzt ein Zeitpunkt ist, an dem Sie zur Besinnung kommen sollten, ob man vielleicht den vorgeplanten Weg nicht in dieser Art und Weise weitergehen sollte; dafür möchte ich ausdrücklich werben.

(Beifall bei der SPD)

Letztlich würde ich auch so weit gehen zu sagen, dass gerade die Politik, die die CDU in diesem Bereich gemacht hat, den Weg des Volksbegehrens erst geebnet hat; vielleicht wäre er vermeidbar gewesen. Das sind aber Dinge, die Sie intern diskutieren müssen.

Ich möchte aber noch einmal auch für unsere Volksgesetzgebung werben. Sie springen jetzt ins nächste Jahr und sagen, es sei gut, wenn die Bürgerinnen und Bürger endlich abstimmen könnten. Unsere Volksgesetzgebung besteht nicht nur aus dem Volksbegehren, das jetzt erfolgreich war, und aus einem Volksentscheid, der sich dann anschließt, sondern unsere Volksgesetzgebung hat im Kern die Möglichkeit einer Verhandlungsphase zwischen Volksbegehren und Volksentscheid. Ich finde es irritierend, dass dazu von Ihnen überhaupt nichts gesagt wurde. Ich weiß, dass diejenigen, die diese Volksgesetzgebung auf den Weg gebracht haben, das ausdrücklich begrüßt haben. Es waren auch Vertreter der Fraktionen von GAL und CDU, die gesagt haben, dass die Volksgesetzgebung nicht einen Automatismus zu einem Volksentscheid beinhalte, sondern dass es ausdrücklich die Möglichkeit gäbe, dass das Parlament oder die Regierungsmehrheit sich verständigt. Ich finde es fatal, wenn über diesen Punkt überhaupt nicht diskutiert wird,

(Beifall bei der SPD)

auch vor dem Hintergrund, dass wir in der Stadt mit diesem Bereich gute Erfahrungen gemacht haben.

Herr Bürgermeister, Sie selbst sind 2004 auf das erfolgreiche Kita-Volksbegehren eingegangen und

wir haben gemeinsam in diesem Parlament wesentliche Bestandteile der Kita-Reform beschlossen. Wir haben vor gar nicht langer Zeit über das Wahlrecht diskutiert, das in Hamburg nicht im Rahmen eines Volksentscheids diskutiert wurde, sondern alle Parteien in der Bürgerschaft haben sich sogar mit der Initiative verständigt. Ich sage deutlich, das, was uns für das Wahlrecht gut war, das kann für die Schulpolitik nicht falsch sein und deshalb muss dieser Weg auch hier gesucht werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal appellieren, dass es bei der Akzeptanz des Schulwesens nicht um irgendetwas geht. Wir haben in Deutschland die besondere Situation, dass wir nach wie vor eine hohe Akzeptanz des öffentlichen Schulsystems haben. Wir erfahren an vielen Stellen, dass dies bröckelt, aber es ist ein viel zu hohes Gut, mit dem nicht leichtfertig umgegangen werden darf. Ich denke, dass alle Parteien ein Interesse daran haben, dass sich die übergroße Mehrheit der Eltern für eine öffentliche Schule entscheidet als wichtigen Beitrag des Gemeinwesens auch unseres Landes. Deshalb wäre es richtig, dort das Gespräch zu suchen. Ich sage ausdrücklich, dass niemand in diese Gespräche gehen kann mit vorgefertigten Vorstellungen über die Ergebnisse. So etwas kann nicht sein, sondern jeder wird von ursprünglichen Ideen auch Abstand nehmen müssen; das finde ich selbstverständlich. Aber hier nicht einmal den Versuch zu unternehmen, zu einem breiteren Konsens zu kommen, würde ich für einen großen historischen Fehler halten und mein Appell ist, diesen Fehler nicht zu machen. Herr Bürgermeister, Sie sind herausgefordert, zum Wohle der Stadt einen breiten Konsens zu suchen und ich wiederhole es: Die SPD ist bereit, bei diesem Prozess zu helfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jede Veränderung in einem Schulsystem ruft Widerstand hervor; das haben wir seit Jahrzehnten erlebt und jetzt wieder. Wir von der LINKEN haben uns bei der Schulgesetznovelle enthalten, aber wir haben auch, allerdings mit Bauchschmerzen, der Einrichtung der Primarschule zugestimmt. Wir haben uns immer kritisch zur Schulreform geäußert und auch zum Schulsystem und das werden wir auch weiterhin tun. Nun hat die Volksinitiative viele Unterschriften gesammelt, damit es keine Änderung im Schulsystem gibt. Es soll alles so bleiben, wie es ist. In diesem Hause wurde schon sehr häufig bemängelt, was wir alles zu kritisieren haben. Es fängt damit an, dass der Zusammenhang zwischen Elternhaus

(Dora Heyenn)

und schulischem Erfolg oder Misserfolg auf der Hand liegt; das kann keiner mehr abstreiten. Es geht weiter, dass wir einen viel zu hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern ohne Schulabschluss haben. Ich möchte nur daran erinnern, als wir gerade wieder über Ausbildungsplätze gesprochen haben, dass wir unglaublich viele junge Leute haben, die aus der Schule mit einem Abschluss kommen und dann einsortiert werden als ausbildungsunwillig und ausbildungsunfähig. Das ist alles das Ergebnis von Schule. Es haben sich sehr viele Leute Gedanken gemacht über diese Probleme, die Elternkammer, die Schülerkammer und die Lehrerkammer. Die Gewerkschaften haben Konzepte entwickelt, bundesweit wird es diskutiert, europaweit wird es diskutiert. Auch die Senatorin, also die Regierung, hat Vorschläge gemacht. Wenn man sich das alles ansieht, dann besteht eigentlich Konsens in der Gesellschaft, dass wir um eines nicht herumkommen, nämlich um längeres gemeinsames Lernen. Genau das will diese Initiative nicht.

Es ist sicherlich sehr löblich zu sagen, man müsse sich zusammensetzen und man müsse miteinander reden. Das ist immer einen Versuch wert, das würde ich auch immer befürworten. Aber wenn Sie, Frau Ernst, jetzt davon sprechen, dass man einen Konsens finden müsse, dann muss man sich klar machen, wofür man einen Konsens finden will, einen Konsens, dass alles so bleibt wie es ist und dass es kein längeres gemeinsames Lernen geben soll und vielleicht längeres gemeinsames Lernen für etwa sechs, sieben, acht oder zehn Jahre. Das ist die Alternative. Wenn die Gespräche, die dann geführt werden sollen, letztendlich wieder genau diese Diskrepanz aufweisen, dann findet man doch gar keinen Kompromiss, dann muss schulpolitisch in Hamburg eine Entscheidung getroffen werden. Will man den Weg des längeren gemeinsamen Lernens gehen, was im Grunde bei allen Konsens ist, oder will man es nicht. Dann sollte man auch den Weg gehen, dass ein Volksentscheid durchgeführt wird, es wäre nicht das erste Mal in Hamburg. Aber es wäre das erste Mal in Hamburg, wenn er die Mehrheit bekäme, dass man ihn dann auch akzeptiert und dafür möchte ich einfach werben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Uns verbleiben weniger als 15 Minuten, um das dritte Thema aufzurufen. Es wird von der beantragenden Fraktion beantragt, dieses Thema auf morgen zu vertragen.

Wir sind damit am Ende der heutigen Aktuellen Stunde und werden sie morgen fortsetzen.

Ich rufe den Punkt 15 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/4328, Bericht des Haushaltsausschusses: Bericht des Senats zum Garantievertrag HSH Nordbank AG.

[Bericht des Haushaltsausschusses zum Thema:

Bericht des Senats zu: Garantievertrag HSH Nordbank AG (vergleiche Drs. 19/2693) (Selbstbefassungsangelegenheit)

– Drs 19/4328 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/4621 ein Antrag der SPD-Fraktion vor. Diesen Antrag möchte die GAL-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Sonderprüfung der HSH Nordbank AG nach dem Aktiengesetz

– Drs 19/4621 –]

Wird das Wort gewünscht? – Herr Dr. Bischoff, bitte.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte soll sich drehen um den Bericht des Haushaltsausschusses und einen Bericht des Senats zum Garantievertrag der HSH Nordbank. Beide Berichte – ich nehme an, das wird Konsens sein – sind ziemlich karg ausgefallen. Das liegt wohl nicht so sehr an den Beratungen, sondern daran, dass wir über ein sehr wichtiges Thema – leider unter der Rubrik des Verhandeln-Müssens, der Verschwiegenheit und des Ausschlusses der Öffentlichkeit – sprechen. Deshalb ist dieser Bericht so mager.

Das ist jetzt für uns Anlass, zwei oder drei kritische Punkte anzumerken, weil man diesen Bericht nicht einfach zur Kenntnis nehmen kann. Dieses Thema ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE dafür zu wichtig.

Zunächst einmal ganz kurz die generelle These: Wir reden hier nicht nur über einen Garantievertrag, sondern über ein Sondervermögen, den HSH Finanzfonds. Das ist ein Gesamtvermögen, berücksichtigt man den Beitrag Schleswig-Holsteins, von 13 Milliarden Euro. Das ist im Grunde das Volumen eines normalen Hamburger Haushaltsjahres.

Warum also müssen wir jetzt ein derartiges Sondervermögen zur Kenntnis nehmen? Ich werde nachher vier kritische Anmerkungen zu diesem Sondervermögen machen. Warum ist es aber überhaupt notwendig und wie ist die Perspektive dieses Sondervermögens?

Beides hat damit zu tun, dass die Landesbanken in den Jahren 2000 bis 2003 fusioniert und aus ihrer Gemeinwohlorientierung herausgeholt wurden.

(Dr. Joachim Bischoff)

Man wollte sie kapitalmarktfähig machen. Das war in der kurzen Phase des großen Casinotheaters auf dem Finanzmarkt relativ erfolgreich und ist dann bekanntlich 2008 gründlich gescheitert. Um dieser Bank, der HSH Nordbank, weiterhin die Existenz zu ermöglichen, ist jetzt dieser Finanzfonds eingerichtet worden, der eine Kapitalzufuhr von 3 Milliarden Euro ermöglicht und ein Garantievertrag ist.

Trotzdem ist das eine begrenzte Perspektive. Die HSH Nordbank hat, das ist jedenfalls immer unsere Auffassung gewesen, kein tragfähiges Geschäftsmodell. Wir sind nicht die einzigen, die diese Zweifel haben. Innerhalb der CDU gibt es sehr kritische Stimmen und auch die EU-Kommission ist, wie wir diese Woche hören werden, keineswegs von der Tragfähigkeit dieses Geschäftsmodells überzeugt.

Dieses Sondervermögen beinhaltet deswegen durchaus ein bestimmtes Risiko, das will ich ausdrücklich sagen. Eigentlich kann man nur dann mit so einem Sondervermögen arbeiten, wenn in der Bürgerschaft auch klar definiert wird, was denn das Ziel ist und wann man sich von ihm wieder verabschieden will. Das ist nicht geschehen, aber diese Aufgabe müssen wir angehen. Logischerweise ist unser Anteil als kleine Fraktion daran begrenzt. Wir können also nur an die Koalition appellieren, demnächst einmal etwas über die Zielsetzung zu sagen.

Lassen Sie mich vier Punkte in Bezug auf den Garantiefonds, also dieses Sondervermögen, ansprechen.

Erstens: Wir werden diese Woche noch hören, dass auch die EU-Kommission an der Rechtmäßigkeit der staatlichen Rettungsaktion große Zweifel hat. Das bezieht sich zunächst einmal auf den zugrunde gelegten Aktienkurs, der bekanntlich auf 19 Euro festgelegt worden ist. Die EU-Kommission hat dies zwar übergangsweise für 6 Monate bewilligt, zugleich aber eine genaue Prüfung angekündigt. Diese Prüfung, die ich nur begrüßen kann, wenn ich auch die Ergebnisse noch nicht kenne, stützt sich darauf, dass diese 19 Euro absolut überhöht waren. Wenn man sich die Bank und die in Auftrag gegebenen Gutachten, die übrigens ihr Honorar nicht wert waren, ein bisschen genauer angeschaut hätte, dann wäre man auf einen Aktienpreis von 10 Euro gekommen. Man hat sich aber auf 19 Euro geeinigt und das heißt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass man sich das Engagement der Freien und Hansestadt Hamburg für dieses Unternehmen viel zu teuer hat abkaufen lassen.

Es wird darauf hinauslaufen, das ist meine feste Überzeugung, dass man sich irgendwann von diesem Institut trennt. Dann hätte man auch gleich diese 10 Euro auf die Straße legen können. Hier ist in einem ziemlich großen Umfang enorm viel

Geld zum Fenster hinausgeworfen worden, was unverantwortlich ist.

Mein zweiter Kritikpunkt bezieht sich darauf, dass die Bank dem Fonds diese Garantieleistung mit 4 Prozent verzinst. 4 Prozent in dieser Situation – gestatten Sie, wenn ich das so einfach ausdrücke – sind absolut lächerlich. Zu Recht verweist nicht nur die EU-Kommission darauf, dass das mindestens 10 Prozent sein müssten. Die Rechtskonformität ist also auch hier recht kritisch zu sehen, und darüber hinaus hat Hamburg nicht nur aufgrund des Aktienpreises viel Geld zum Fenster hinausgeworfen, sondern verzichtet auch an diesem Punkt auf Einnahmen. Das ist völlig uneinsichtig. Diese Milliardenhilfe, um die es bei dem Fonds geht, wird also zu Recht von der EU-Kommission geprüft. Ich schätze, es wird eine herbe Quittung für die Koalition geben, wenn wir Ende der Woche die Auflagen zu hören bekommen.

Wir haben in dem Bericht – und das ist ein weiterer Kritikpunkt – zu Protokoll mitgeteilt bekommen, dass infolge dieses ganzen Verfahrens Vermögensgegenstände der Hansestadt in einer Größenordnung von 1,6 Milliarden Euro abgeschrieben werden mussten. Man könnte natürlich sagen: Es kommt nicht so darauf an, ob wir dieses Vermögen nun haben oder nicht, es sind jetzt eben 1,6 Milliarden Euro weniger. Es ist aber eine völlig absurde Diskussion, wenn man gleichzeitig von den Verantwortlichen in der Stadt gefragt wird, was man denn eigentlich wolle, bei der HSH Nordbank sei doch gar nichts passiert. Im Zusammenhang mit dem Finanzfonds ist aber einiges passiert. Aktien sind zu überhöhten Preisen angekauft worden, die Verzinsung ist zu gering und es mussten erhebliche Werte abgeschrieben werden.

Schauen Sie sich den Bericht einmal an. Da ist zwischen den Zeilen zu lesen, dass künftig keine weiteren Abschreibungen mehr notwendig seien. Ich nehme an, dass ein Großteil in diesem Hause sagen wird, dass diese Aussage das Papier nicht wert ist, auf dem sie geschrieben steht. Wir werden also weitere Wertverluste haben.

Mein dritter Kritikpunkt: Aus dem Bericht geht überhaupt nicht hervor, dass im Zuge des Finanzfonds Mittäter zu Beratern werden. Es heißt, so laufe dieses Geschäft eben. Man hat damals die HSH Nordbank zur Kapitalmarktfähigkeit bringen wollen, hatte aber in den Behörden keine Kompetenz, um ein entsprechendes Beteiligungsmanagement und Controlling sicherzustellen. Das hat man jetzt, wo man diese Bank mit dem Fonds retten will, auch nicht und was macht man? Man holt sich Leute aus dem Sachsen Asset Management, Leute, die in Sachsen eine Bank gegen die Wand gefahren haben und logischerweise über die gewünschte Kompetenz verfügen. Man sagt, man habe nach wie vor nicht die Fähigkeit für ein Controlling, das müsse man schon diesen Leuten überlassen. Das

(Dr. Joachim Bischoff)

ist die Fortsetzung der Politik, die zu diesem HSH-Nordbank-Desaster geführt hat. Es ist wirklich ein Trauerspiel, dass das in dem Umfang fortgesetzt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Mein letzter Punkt: Es waren auch Auflagen Bestandteil dieses Fonds, der Rettungs- oder Restrukturierungsaktion, beispielsweise in Bezug auf die Managergehälter. Das betrifft die Deckelung der Jahresgehälter auf 500 000 Euro und die Bonizahlungen, solange die Dividendenfähigkeit der Bank nicht wieder hergestellt ist. Ich habe erhebliche Zweifel, ob diese Zusagen eingehalten wurden. Es ist mir trotz hartnäckigen Argumentierens im Ausschuss nicht gelungen, das zu verifizieren. Wir haben uns damals den Umgang mit der Bank anders vorgestellt, aber wenn man sie schon rettet, dann sollte wenigstens diese Zusage eingehalten werden. Dass man das nicht mit Sicherheit sagen kann, ist wirklich ein Trauerspiel.– Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Andrea Rugbarth* und *Dr. Monika Schaal*, beide SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Goldberg.

Thies Goldberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Bischoff, Sie bezeichnen den Finanzfonds HSH als Sondervermögen und benennen sein Volumen auf 13 Milliarden Euro; das stimmt so nicht. Es sind 3 Milliarden Euro. Dazu kommt ein Garantieschirm über 10 Milliarden Euro. Da besteht ein Risiko, da haben Sie recht. Aber was wir in Bezug auf die Sanierung der Bank unternommen haben, ist darauf ausgerichtet, dass diese 10 Milliarden Euro nicht in Anspruch genommen werden. Sie dienen lediglich dazu, die Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank aufrechtzuerhalten. Es gibt zum heutigen Zeitpunkt kein Fremdkapital in dieser Höhe und deshalb ist Ihre Aussage an dieser Stelle falsch.

Außerdem behaupten Sie – und ich finde es wirklich traurig, dass Sie das immer noch tun –, es hätte im Credit Investment Portfolio eine große Zockerei gegeben. Ich gebe Ihnen recht, dass Investments getätigt wurden, die sich am Ende als wenig erfolgreich herausgestellt haben und ich gebe Ihnen auch recht, dass einige Investments vielleicht etwas zu leichtfüßig getätigt wurden. Es musste aber auf das gesamte Credit Investment Portfolio eine Wertberichtigung von weniger als 15 Prozent vorgenommen werden. Zeigen Sie mir einmal irgendeinen privaten Anleger, einen Pensionsfonds oder jemanden, der ein vernünftiges, gemischtes Depot hat, der in dieser Finanzkrise nur 15 Prozent verloren hat. Das müssen Sie mir einmal zeigen. Alles als Zockerei abzutun, ist schlichtweg falsch und auch fahrlässig, weil Sie wissen, dass das

nicht stimmt. Sie haben sich mittlerweile sehr intensiv damit auseinandergesetzt und sollten das nicht tun.

(Beifall bei der CDU)

Dann bezweifeln Sie, dass die Bank ein Geschäftsmodell habe; das ist interessant. Die Frage ist natürlich, ob Sie beurteilen können, was ein Banken-Geschäftsmodell ist. Wenn Sie sich einmal den Halbjahresbericht 2009 anschauen, dann werden Sie feststellen, dass, bereinigt um die Wertberichtigungen, das operative Geschäft deutlich ertragreicher geworden ist als noch vor einem Jahr und dem Jahr davor. Da können Sie doch nicht sagen, dass dieses Geschäftsmodell nicht erfolgreich sei, ganz im Gegenteil. Die klar definierte Kernbank verdient heute mehr Geld, als sie es in den Jahren zuvor getan hat. Sie können doch nicht sagen, es sei kein Geschäftsmodell, Geld zu verdienen. Bei Banken ist das eigentlich üblich, es ist ihre Aufgabe, Geld zu verdienen. Es ist übrigens auch ihre Aufgabe, Risiken zu übernehmen. Wenn sie keine Risiken übernehmen, haben sie kein Bankgeschäft, das ist leider so.

(Zuruf von *Thomas Böwer* SPD)

– Herr Böwer ist auch aufgewacht, das ist schön. Bei Risiko wacht er immer auf.

Als nächstes beklagen Sie das Ergebnis der EU-Kommission, sie würde die Rechtmäßigkeit des Kurses, zu dem die Kapitalerhöhung gezeichnet wurde, beanstanden. Bei allem Respekt, Sie sind doch immer dafür, dass auch die öffentliche Hand unternehmerisch tätig ist und nicht nur Privatpersonen. Warum sollte eine EU-Kommission am Ende das Recht haben zu entscheiden, zu welchem Kurs wir eine Kapitalerhöhung machen? Dieses Unternehmen gehört zu über 80 Prozent der öffentlichen Hand. Auf die paar Prozentpunkte kommt es am Ende nicht an. Es mag natürlich sein, dass Sie diese Beanstandung, von der noch gar nicht klar ist, ob sie überhaupt aufrechtzuerhalten ist, zum Monitum machen. Über die Entwicklung der Bank selber sagt das aber überhaupt nichts aus.

Was ist an dieser Stelle Ihr Kritikpunkt? Sie beanstanden das Modell, das bei Gefahr im Verzuge in relativ großer Eile in schwierigen Verhandlungen gefunden wurde. Das ist nett, aber damit sagen Sie überhaupt nichts darüber aus, ob das besser oder schlechter hätte sein können. Im Übrigen hat das Monitum der EU-Kommission – bisher zumindest – jedenfalls keine vernünftige Grundlage.

Das Gleiche gilt für die Frage der Angemessenheit der Garantieprovision. 4 Prozent sind weit jenseits aller Sätze, die Sie in jeder nur denkbaren Situation als Avalprovision für eine Bankgarantie bezahlen müssen. Wenn Sie sich den Geschäftsplan der HSH Nordbank ansehen, dann wissen Sie, dass die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme die-

(Thies Goldberg)

ser Garantie vergleichsweise gering ist. Aus unserer Sicht ist diese 4-prozentige Garantieprovision außerordentlich hoch und auskömmlich.

Sie beklagen, dass der HSH Garantiefonds auf Einnahmen verzichten würde. Über 85 Prozent der Bank gehören der öffentlichen Hand. Das ist doch linke Tasche, rechte Tasche und das beanstanden Sie. Herr Dr. Bischoff, diese Kritik ist wirklich albern, Sie sollten so etwas lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sie monieren, dass die HGV in ihrem Bericht aufgeführt habe, dass die Wahrscheinlichkeit weiterer Abschreibungen auf den Wert der HSH Nordbank äußerst gering sei. Warum ist das so? Weil bereits eine Abschreibung von ungefähr 70 Prozent vorgenommen worden ist.

Sie kennen den Geschäftsplan der HSH und die Zwischenergebnisse. Sie wissen, dass die Bank hinsichtlich ihrer Sanierung besser dasteht als der Plan. Weil Sie sich täglich damit beschäftigen, wissen Sie, dass es bereits in diesem Jahr bei vielen Wertberichtigungspositionen Wertaufholungen in größerem Maße gegeben hat, da sich die Finanzmärkte deutlich schneller erholen als erwartet. Das alles wissen Sie und trotzdem glauben Sie nicht an die Aussage der HGV, dass weitere Abschreibungen eher unwahrscheinlich seien. Was nehmen Sie eigentlich zur Kenntnis, nur Ihre Phantasie oder beschäftigen Sie sich auch mit der Realität?

(Thomas Böwer SPD: Die Phantasie erzählen Sie doch gerade!)

Am Ende toppen Sie das noch mit einer Beraterbeschimpfung. Das sind Leute, von denen Sie mittlerweile genau wissen, dass das nicht diejenigen waren, die in den Sachsen LB die Geschäfte getätigt haben, die letztendlich zu deren Insolvenz geführt hat. Sie wissen das und trotzdem müssen Sie diese Leute beschimpfen. Warum machen Sie das? Das haben Sie gar nicht nötig; beschäftigen Sie sich doch lieber ein bisschen mehr mit den Inhalten.

Ich finde es toll, dass wir heute wieder einmal einen Zusatzantrag der SPD zum Thema Sonderprüfung haben; vielen Dank, Herr Tschentscher. Besonders nett finde ich, dass Sie diesmal sogar versucht haben, einen Prüfungsauftrag hineinzutun. Damit kommen Sie dem eigentlichen Sinn einer Sonderprüfung deutlich näher, als man das von Ihnen überhaupt erwartet hat. Nicht gut finde ich aber, dass Sie, obwohl Sie selber im parlamentarischen Untersuchungsausschuss tätig sind, wieder mit einem Sonderprüfungsauftrag daherkommen, bevor Sie sich mit den bereits vorliegenden Prüfungsergebnissen überhaupt beschäftigen haben. Warum wollen Sie wieder die Bank beschäftigen, bevor Sie selber Ihre Arbeit machen, bevor Sie selber den Fleiß aufbringen und sich beispielsweise mit den Freshfields-Gutachten auseinander-

setzen und erst einmal schauen, was da überhaupt drin steht? Sie haben dieses Gutachten im PUA vorliegen, haben sich noch nicht einmal damit beschäftigt und fangen hier schon wieder an mit Sonderprüfung.

Aber vielleicht kommen wir der Sache ein bisschen näher, wenn wir all die vielen Prüfungshandlungen, die schon vorgenommen wurden, in Erinnerung rufen. Die Jahresabschlussprüfung 2008 hat bereits das Credit Investment Portfolio und insbesondere das Risikomanagement der Bank durchleuchtet. Diesen Bericht kennen Sie, er liegt dem PUA vor. Sie wissen auch, welcher Aufwand betrieben wurde, nämlich ein Prüfaufwand in Höhe von 9 Millionen Euro im Vergleich zu 2 Millionen Euro im Vorjahr. Alleine daran können Sie erkennen, wie viel Aufwand betrieben wurde. Sie haben dieses Gutachten, diesen Wirtschaftsprüferbericht, noch nicht einmal zu Ende ausgewertet und wollen schon wieder eine Sonderprüfung. Das ist einfach Taktik. Sie wollen sich damit wieder ins Gespräch bringen; das ist pseudorichtig und pseudowichtig.

Ich schlage vor, diesen Antrag an den Ausschuss zu überweisen, um ihn dort noch einmal im Detail zu beraten, und zwar insbesondere im Zusammenhang mit den bereits vorliegenden Prüfungsberichten. Wenn dann noch etwas übrig bleibt, bin ich gespannt, wie Sie dazu Stellung nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Herr Präsident, Herr Goldberg! Wir haben hier den dritten Antrag zur Sonderprüfung vorgelegt. Mein Fraktionskollege wird das gleich noch einmal ausführen. Wir haben Ihnen nun schon drei Prüfungsaufträge angeboten. Sie sollten Ihre Ausführungen dazu mit Ihrem Koalitionspartner besprechen. Dann wollen wir einmal sehen, wie das am Ende in der Gesamtbewertung Schwarz-Grün ausfällt. Darauf gehen wir aber gleich noch in einem zweiten Teil ein.

Wir haben das alles schon ausgeführt, Herr Goldberg, und Ihnen die Plausibilität und Bedeutung eines aktienrechtlichen Sonderprüfungsverfahrens schon zweimal dargelegt. Wir machen das gerne ein drittes Mal, meinestwegen auch im Haushaltsausschuss.

Herr Bischoff hat diesen Tagesordnungspunkt angemeldet, weil es um den Ausschussbericht und einen Garantievertrag mit einem Volumen von 13 Milliarden Euro geht. Herr Goldberg, Ihre Belehrungen gegenüber Herrn Bischoff sind völlig unangemessen. Wir haben hier eine Anstalt öffentlichen Rechts und es geht um 13 Milliarden Euro Steuer-

(Dr. Peter Tschentscher)

gelder: 3 Milliarden Euro frisches Kapital, das schon in die Bank geflossen ist, und weitere 10 Milliarden Euro, für die das Risiko hoch ist, dass wir sie auch noch aus Steuergeldern aufbringen müssen. Da nützen auch Ihre rosa Aussichten, was die Geschäfte der Bank angeht, nichts. Das Risiko ist da, es ist hoch und es beträgt 10 Milliarden Euro.

(Thies Goldberg CDU: Sie ignorieren die Wirklichkeit!)

Herr Bischoff hat kritische Anmerkungen zu diesem Bericht gemacht und da will ich mich gern anschließen, indem ich zunächst noch einmal die Frage stelle, welche Bedeutung eigentlich der Garantievertrag hat. Die Bürgerschaft hat die HSH Nordbank ja nicht freiwillig mit 1,5 Milliarden Euro frischem Geld und 5 Milliarden Euro Garantien unterstützt. Wir haben dies angesichts der Drohung einer zweistelligen Milliardenhaftung getan. Deshalb hat die Bürgerschaft Bedingungen formuliert. Wir haben Auflagen erteilt, die bei der Fortführung der Bankgeschäfte zu beachten sind. Diese Bedingungen, die uns auch von unabhängigen Sachverständigen empfohlen wurden, sollten durch den Garantievertrag rechtlich abgesichert werden. Warum haben wir das verlangt? Eigentlich ist das gar nicht nötig, denn die Stadt ist Eigentümerin der Bank und kann ihre Belange durchsetzen. Normalerweise achten die Vertreter Hamburgs in den Aufsichtsräten unserer Beteiligungen darauf, dass die Interessen der Stadt gewahrt bleiben. Diese Selbstverständlichkeit gilt aber unter Schwarz-Grün nicht mehr. Erst haben die Senatoren Freytag und Peiner die HSH Nordbank mit ihren Forderungen zum Börsengang und nach Renditen von 18 Prozent in die Insolvenz geritten und dann haben Sie sich aus dem Aufsichtsrat zurückgezogen. Seitdem antwortet der Senat auf Anfragen der Abgeordneten, er wisse gar nicht, was in der Bank so vor sich gehe, die HSH würde dazu keine Auskünfte erteilen. Das nenne ich verantwortungslos. Die HSH Nordbank jongliert mit Milliardenrisiken der Steuerzahler und der Senat setzt sich auf die Zuschauersbank und tut so, als ginge ihn das alles nichts mehr an.

(Beifall bei der SPD und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Erst die Sache mit politischen Vorgaben zum Börsengang gegen die Wand fahren und sich dann aus der Verantwortung stehlen – so sieht es aus im schwarz-grünen Hamburg.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Die Bedingungen für die 6,5 Milliarden Euro sollten deshalb nach unserem Bürgerschaftsbeschluss in einem Garantievertrag abgesichert werden. Wenn ich sage, unser Beschluss, muss ich leider einschränken: das, was CDU und GAL davon übrig

gelassen haben. Obwohl wir unseren Beschluss am 1. April gemeinsam – SPD, CDU und GAL – und einvernehmlich beschlossen haben, kam am 26. Mai das böse Erwachen. An diesem Tag teilte der Senat mit, dass er entscheidende Punkte im Garantievertrag anders regeln würde, als wir es beschlossen hatten. Infolgedessen fließen Zahlungen aus der Garantie auch in die Taschen der privaten Investoren und mit dem Festlegen eines überbewerteten Aktienpreises werden Flowers und seine amerikanischen Trusts ebenfalls bevorzugt.

Herr Bischoff hat schon ausgeführt, dass der Aktienpreis von 19 Euro deutlich zu hoch war. Wir haben Ihnen das auch in mehreren Sitzungen auf Grundlage von Plausibilitätsüberlegungen gesagt. Sie haben uns damals belehrt, das sei nicht so und es gäbe darüber auch Gutachten. Die Gutachten – da brauche ich gar nicht die Gutachter zu beschimpfen, Herr Goldberg – sagen das aber nicht aus, was Sie uns erklärt haben, dass nämlich ein Aktienpreis von 19 Euro angemessen sei.

Wenn Sie jetzt der EU-Kommission Vorträge halten wollen, dann wird das die EU-Kommission nicht interessieren, und zwar zu Recht. Warum? Weil es gar nicht darum geht, dass eine öffentliche Hand eine öffentliche Bank unterstützt. Es geht uns und auch der EU-Kommission darum, welchen Nutzen der private Investor Flowers und seine amerikanischen Trusts von diesem Deal haben. Darauf haben wir von Anfang an hingewiesen. Sie haben sich hier über den Tisch ziehen lassen von den privaten Anteilseignern und uns dann noch erklärt, dass das ein gutes Ergebnis sei.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff und Norbert Hackbusch, beide DIE LINKE)

Dieser Deal zulasten der Steuerzahler wird jetzt zu Recht von der EU-Kommission kritisiert und überprüft. Die EU-Kommission verteidigt die Interessen der Hamburger Steuerzahler gegen die Willkür des eigenen Senats; so weit ist es gekommen im schwarz-grünen Hamburg.

(Beifall bei der SPD und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Dann ist da noch diese Gehaltsobergrenze für den Vorstand von 500 000 Euro pro Jahr – im Übrigen pro Person. CDU und GAL bekommen auf einmal ein Herz für unterbezahlte Bankvorstände,

(Dirk Kienscherf SPD: So sind sie!)

die nicht jede Hoffnung auf ein gutes Leben verlieren dürfen. Und der Senat findet es in Ordnung, wenn man den angeblich so erfolgreichen Managern einer insolventen Bank – drei von ihnen sind mittlerweile vor die Tür gesetzt worden wegen schwerer Verfehlungen – Millionen Bonuszahlungen zusagt, die lediglich im Nachhinein ausgezahlt werden sollen. Wenige Tage vor Inkrafttreten des

(Dr. Peter Tschentscher)

Garantievertrages zahlt der Senat dann auch noch dem Vorstandsvorsitzenden einen Sonderbonus von 2,9 Millionen Euro. Das ist ein klarer Verstoß gegen den Beschluss des Parlaments, der auch durch die wirre Erklärung, man habe eine Auflösungs- in eine Halteprämie umgewandelt, nicht plausibel wird.

Anfang der Woche lese ich in der "Hamburger Morgenpost" auch noch diese Sätze von Herrn von Beust:

"Nonnenmacher beherrscht sein Geschäft"

und:

"...handelt es sich um eine Prämie, die vertraglich aus Zeiten stammt, als es der Bank noch besser ging."

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Nee, das stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren von der CDU! Herr Nonnenmacher beherrscht also sein Geschäft, wie wir es aus den Omega-Transaktionen gelernt haben: Millionenverluste, Täuschung der Bankenaufsicht und undurchsichtige Bilanzierungen – das ist das Geschäft, das Herr Nonnenmacher beherrscht.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Die Sonderzahlung von 2,9 Millionen Euro durch den Ersten Bürgermeister stammt aus Zeiten, in denen es der Bank noch besser ging? Die vertragliche Zusicherung der Prämie an Herrn Nonnenmacher datiert vom November 2008, dem Jahr, in dem die Bank 2,8 Milliarden Euro Verlust gemacht hat, dem Geschäftsjahr, das die HSH in die Zahlungsunfähigkeit und Insolvenz geführt hat und für das die Hamburgerinnen und Hamburger jetzt teurer bezahlen müssen. Herr von Beust ist schon gegangen, aber ich frage mich, für wie dumm er uns und die Öffentlichkeit eigentlich hält, wenn er solche falschen Sätze sagt.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff und Norbert Hackbusch, beide DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

(Wolfgang Rose SPD: Der sagt uns das jetzt!)

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema HSH Nordbank ist immer für eine emotionale Debatte gut. Insofern hat mich die Rede von Herrn Tschentscher nicht sonderlich verwundert. Ich habe mich allerdings vor dieser Debatte schon gefragt, was Herr Bischoff und die LINKE mit ihr bezwecken wollen, denn so wahnsinnig viel Spannendes, da gebe ich Herrn Bischoff recht, steht in diesem relativ kurzen

Bericht nicht drin. Auch dass Herr Tschentscher jetzt, wo das Wort HSH fällt, die Gelegenheit nutzt, noch einmal all diese Punkte abzuspuhlen, über die wir hier seit mehr als einen Jahr gezwungenermaßen reden müssen,

(Wolfgang Rose SPD: Nee, nee, das war ganz aktuell!)

finde ich nicht weiter überraschend und auch nicht, dass absolut nichts Neues dabei war und sachliche Argumente oder Gegenargumente bei Ihnen immer keine Rolle spielen.

Vielleicht erst einmal zu den inhaltlichen Punkten, die Herr Bischoff angesprochen hat. Das ist in der Tat eine Debatte, die man führen kann, wo man auch inhaltlich darauf eingehen kann. In dieser Anstalt öffentlichen Rechts, dem HSH Fonds, sind natürlich 3 Milliarden Euro und nicht 13 Milliarden Euro, wie Sie immer so schön sagen. Das gehört auch dazu, wenn man als haushalts- und finanzpolitischer Sprecher über diese schwierige Situation redet, die zu der Gründung des Fonds geführt hat. Es wurden also 3 Milliarden Euro an Eigenkapital eingezahlt und eine Garantie über 10 Milliarden Euro ausgesprochen. Von dieser Garantie wurde bisher noch kein Cent in Anspruch genommen und die Bank zahlt uns dafür in diesem Jahr 200 Millionen Euro Gebühr; das ist so. Das ist erst einmal noch kein Verbrennen von Steuergeldern, auch wenn Sie das natürlich hier immer gerne in den Raum werfen. Ich bin Haushaltspolitiker und darum lege ich auf solche fachlichen Punkte Wert. In diesem Fonds über 3 Milliarden Euro ist kein Cent aus Steuergeldern, das sind Kredite. Wenn es nicht gelingt, diese Kredite mit Einnahmen gegenzurechnen, dann werden irgendwann einmal Steuergelder fließen müssen. Wir reden allerdings über einen Zeitraum von zehn bis 15 Jahren, denn so lange ist die Laufzeit der Wertpapiere, die wir mit dieser Garantie absichern. Wir haben also eine lange Perspektive und was in 15 Jahren dabei herauskommt, das weiß heute noch kein Mensch.

Wenn man sich ansieht, warum die HSH Nordbank immer noch auf dem Sanierungspfad ist, obwohl sie wesentlich mehr Verluste im Schiffahrtsbereich, in ihrem Kerngeschäft, macht als Anfang des Jahres geplant, dann liegt das an einer recht erstaunlichen Situation. Auf einmal gibt es einen Markt für die Spekulationsobjekte, die einzelnen Positionen im Portfolio der Bank, von denen wir am Anfang des Jahres dachten, sie seien nichts wert. Jetzt werden sie mit Gewinn verkauft.

Wie also diese Wette – und ich gebe ehrlich zu, dass das eine Wette ist – ausgeht, wenn nach 15 Jahren ein Strich unter diesen Fonds gezogen wird, das ist durchaus offen. Es kann so kommen, wie Herr Tschentscher sagt, dass viele Risiken auf uns zurückfallen, es kann aber auch sein, dass nach Ablauf dieser langen Zeit die Summe, die wir

(Jens Kerstan)

zur Verfügung stellen müssen, nicht so dramatisch ist, wie Herr Tschentscher befürchtet. Aber zum heutigen Zeitpunkt kann man darüber einfach nichts sagen.

Wozu ich aber wirklich noch einmal etwas sagen möchte, ist im Grunde genommen zur Frage, wie dieses Institut jetzt von den Mehrheitseignern beaufsichtigt werden soll. Am Anfang der Krise war die öffentliche Meinung ganz eindeutig. Da ist eine Bank, die gegen die Wand gefahren worden ist, und da saßen jede Menge Politiker im Aufsichtsrat. Und wie wir wissen, haben die Politiker alle überhaupt keine Ahnung von Wirtschaft, das waren alles nur gut dotierte Abnickposten. Und das war jetzt eines der großen Probleme, die dazu geführt haben, dass es in diesem Bereich Fehlentwicklungen gab, die nicht rechtzeitig entdeckt wurden.

Jetzt haben wir eine Konsequenz gezogen und gesagt, wir möchten, dass in diesem Bereich keine Politiker mehr sitzen. Aber es gibt dort weiterhin noch einen Vertreter Hamburgs und das ist der Chef der Hamburgereteiligungsverwaltung, Herr Klemm-Nissen, ein Profi, der sich in der Wirtschaft auskennt und dessen tägliches Geschäft Bilanzierungen und Unternehmensführung sind.

(Arno Münster SPD: Ach, hör auf!)

Jetzt, wo wir diese Entscheidung getroffen haben, sagen Sie, der Senat ziehe sich aus seiner Verantwortung zurück. Egal, wie wir uns entschieden hätten, auch wenn Herr Freytag oder jemand anderes weiterhin in diesem Aufsichtsrat gesessen hätten, hätten Sie weiter das Lied gesungen,

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Politiker sind ungeeignet für Aufsichtsräte. Nun haben wir uns andersherum entschieden und, schwups, ändern Sie Ihre Argumentation um 180 Grad und jetzt ist dies auf einmal das Problem. Wirklich glaubwürdig und konsistent ist Ihre Linie in diesem Punkt nun wirklich nicht, diese Aufregung ist sie noch lange nicht wert.

Kommen wir vielleicht einmal zum Zusatzantrag der SPD, der Sonderprüfung. Ich muss Ihnen zugestehen, dass ein Lerneffekt in Ihren Anträgen erkennbar ist, und das finde ich auch gut.

(Zurufe von der SPD)

– Ja, ist ja so.

(Karin Timmermann SPD: Oberlehrerhaft!)

Der erste Antrag wäre, so wie Sie ihn gestellt haben, nicht sonderprüfungsfähig geworden. In Ihrem Antrag vom September haben Sie immerhin schon drei Punkte benannt, die man untersuchen sollte. Aber diese ganzen Geschäfte, die im Moment in der Presse für Aufregung sorgen, wären bei Ihrem Petition alle nicht dabei gewesen. Nachdem Sie nun die Akten im PUA studiert haben, haben Sie

ein paar Punkte gefunden und das ist durchaus ein konkreter Ansatz, über den man auch reden kann. Da wir mit unserem Koalitionspartner sowie so darüber reden werden, wie eine Sonderprüfung aussehen kann, ist es richtig, das im Ausschuss zu machen. Darum werden wir diesen Antrag an den Haushaltsausschuss überweisen und dort können wir in Ruhe darüber reden.

Aber eines muss man am Schluss noch einmal ganz deutlich sagen: Ich kann die Aufregung über Herrn Nonnenmacher gut verstehen. Das Auftreten und auch die Argumentation von Herrn Nonnenmacher in der Öffentlichkeit treiben mir regelmäßig die Wutröte ins Gesicht. Aber wenn man dort in die Auseinandersetzung geht, muss man schon bei der Wahrheit bleiben, auch wenn das natürlich ein Thema ist, das in der Öffentlichkeit für Emotionen sorgt und bei dem man, je heftiger man zuschlägt, natürlich die Öffentlichkeit auf seiner Seite hat. Aber nehmen Sie einfach ein paar Dinge zur Kenntnis, auch wenn Sie hier immer das Gegenteil verkünden. Die Vorstände der HSH Nordbank, und zwar Herr Nonnenmacher und alle anderen, haben ein Festgehalt von 500 000 Euro und keinen Cent mehr. Es gibt zurzeit in der HSH Nordbank keine Boni-Regelung, die diesen Managern Boni verspricht.

(Thomas Böwer SPD: Aha!)

Der Aufsichtsratsvorsitzende hat den Anteilseignern jetzt vorgeschlagen, eine Boni-Regelung zu verabschieden für die neuen Vorstandsmitglieder, die jetzt gerade angestellt worden sind, und nicht für die alten, die, wie Sie sagen, den Karren in den Dreck gefahren haben,

(Wolfgang Rose SPD: Dann ist ja alles gut! – Thomas Böwer SPD: Das ist ja eine besondere Logik!)

sondern für die neuen, die dafür sorgen sollen, dass die 10 Milliarden Euro an Garantiesumme nicht gezogen werden. Es muss auch gesagt werden, dass die Anteilseigner diesen Vorschlag des Aufsichtsratsvorsitzenden bis heute nicht akzeptiert haben und die beiden Vorstände eingestellt wurden, ohne dass diese Boni-Regelung in Kraft ist.

(Wolfgang Rose SPD: Wer hat denn diesen Aufsichtsratsvorsitzenden eingestellt?)

Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der GAL)

Jetzt ist es in der Tat so, dass diese neuen Vorstände ein Kündigungsrecht zum Ende dieses Monats haben, wenn es keine Boni-Regelung gibt. Und ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, was unsere oder meine Linie dabei ist. Ich finde es nicht in Ordnung, dass Manager in Banken einem immer ganz schnell vorrechnen, wie hoch eine Gewinnbeteiligung sein muss, wenn sie ihre Ziele erreichen.

(Jens Kerstan)

Es ist verständlich, das machen viele Mitarbeiter bei einer Erfolgsbeteiligung auch. Ich habe aber überhaupt kein Verständnis dafür, dass die andere Frage, was machen wir eigentlich, wenn sie die Ziele nicht erreichen oder wenn sie sogar die Ziele dramatisch verfehlen, dann auf einmal nicht mehr quantifizierbar sein soll. Genau das ist ein Punkt, über den wir jetzt mit dem Miteigentümer Schleswig-Holstein reden. Eine Boni-Regelung für neue Vorstände ist nur dann vertretbar, wenn es dort auch ganz klare Regelungen gibt für den Fall, dass diese Vorstände ihre Ziele nicht erreichen oder sogar dramatisch unterschreiten.

Auch das ist verantwortbare Politik, denn letztendlich müssen wir eines feststellen: Die HSH Nordbank ist im Moment in schwierigen Gewässern. Große Hauptkunden der HSH Nordbank, Schiffsfonds, große Reedereien, kämpfen zurzeit ums Überleben. Es kann gut sein, dass in der gesamten maritimen Wirtschaft ein Dominoeffekt einsetzt, der zu großen Belastungen der HSH Nordbank führen wird. Damit das nicht zu unzumutbaren Lasten der Steuerzahler führt, brauchen wir einen funktionsfähigen Vorstand. Wir hatten eine Situation, in der von sieben Vorstandspositionen vier nicht besetzt waren. Wenn man in einer solchen Situation neue Vorstände einstellt und dann ein verantwortbares Boni-System vereinbart, dann ist das nicht nur verantwortbar, sondern auch notwendig, um Schaden von den Steuerzahlern abzuwenden.

(Thomas Böwer SPD: Ach!)

Ich weiß, dass das sehr leicht diffamierbar ist, so einfach, wie Herr Tschentscher es gemacht hat. Aber letztendlich haben wir damals die Entscheidung getroffen, dass diese Bank gerettet werden muss, um Schaden von den Steuerzahlern und von Hamburg abzuwenden. Das bedeutet aber, dass man einen handlungsfähigen Vorstand braucht, der diese Bank auch umbaut, denn sie ist noch lange nicht gerettet. Das Horrorszenario, das wir im April debattiert haben, kann noch jeden Tag eintreten. Deshalb braucht man einen Vorstand und kann es sich nicht so einfach machen wie Sie hier. Ich verstehe, dass Sie Emotionen schüren wollen. Verantwortungsvolle Politik ist das nicht. Wir machen es uns nicht einfach mit den Entscheidungen, die wir dort zu treffen haben, aber die, die wir bisher getroffen haben, sind verantwortbar und werden Schaden von den Steuerzahlern abwenden. Das werden wir auch in Zukunft so halten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Senator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Stabilisierung der

HSH Nordbank ist ohne Alternative. Sie ist im Interesse Hamburgs, der Steuerzahler und der Wirtschaft der gesamten Metropolregion Hamburg. Die Stabilisierung dient insbesondere auch den Interessen unseres Haushalts. Sie dient der Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft, sie dient Zehntausenden von Arbeitsplätzen und sie dient auch dem Werterholungspotenzial insbesondere zugunsten der staatlichen Eigentümer, und das sind wir.

Die Stabilisierung hilft vor allem, eine massive Gefahr abzuwenden, die uns aus der sogenannten Gewährträgerhaftung droht. Diese Gewährträgerhaftung gibt es für die Geschäfte bis zum Jahr 2005 und die ist sehr massiv. Die Gewährträgerhaftung beträgt 65 Milliarden Euro per 31. Dezember 2008. Sie reduziert sich per Ende dieses Jahres auf 56 Milliarden Euro, aber von diesen 56 Milliarden Euro per Ende des Jahres 2009 müsste Hamburg 35 Prozent übernehmen und das würde unseren Haushalt in die Knie zwingen. Deshalb ist es unser ureigenstes Interesse, die Bank nicht kaputt zu machen, sondern wieder auf Kurs zu bringen und damit letztlich auch unseren eigenen Haushalt dauerhaft vor gefährlichen Risiken aus diesen Bankgeschäften der letzten Jahre zu bewahren, die übrigens in massivem Umfang von Senaten begonnen worden sind, die von anderen Parteien getragen wurden. Deshalb ist unser Weg, den wir eingeschlagen haben, der richtige und wir werden ihn genauso beschreiten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Es war auch richtig, dass Senat und Bürgerschaft nach Wegen gesucht haben, hier gemeinsam Verantwortung zu zeigen. Im April dieses Jahres ist mit einer breiten Mehrheit eine Beschlussfassung auf den Weg gebracht worden, die Hamburg und der Bank wirklich hilft. Ich finde es sehr gut, dass akzeptiert wird – vielleicht sollte man in der allgemeinen Debatte darauf auch ein bisschen mehr Wert legen –, dass sehr viel externer Sachverstand herangezogen worden ist. Wir haben die renommiertesten Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfer herangezogen, die ihre Expertisen – und die sind anerkannt und politikfrei – eingebracht haben, damit unser Restrukturierungsmodell auch den Anforderungen der Bankenaufsicht und des SoFFin entspricht.

Das Modell der Bürgerschaft, das letztlich von allen hier mitgetragen worden ist, hat bestimmte Bedingungen aufgeführt und die sind in den Kernbereichen auch alle erfüllt worden. Zum einen ist eine Berichterstattung verlangt worden und ich denke, dass die Berichterstattung sehr intensiv stattfindet, insbesondere im Haushaltsausschuss, aber auch im Unterausschuss für öffentliche Unternehmen. Natürlich ist ein am Markt tätiges Geschäftsunternehmen darauf angewiesen, dass Geschäftsge-

(Senator Dr. Michael Freytag)

heimnisse nicht auf dem offenen Markt ausgetragen werden, denn es schädigt die Interessen des Unternehmens, wenn die Wettbewerber diese Geschäftsgeheimnisse kennen. Deshalb gibt es natürlich eine Kollision von Interessen der Parlamentarier, die jedes Detail gerne öffentlich machen wollen, und den Rechten Dritter, von Unternehmen und Kunden der Bank, die natürlich genau das aufgrund ihrer eigenen Schutzinteressen nicht wollen. Hier müssen wir nach Wegen suchen, das miteinander in Einklang zu bringen. Ich denke, dass wir da auch sehr gut vorangekommen sind.

Es ist eine Verwässerung zulasten der privaten Anteilseigner verlangt worden; das ist geschehen. Über 85 Prozent der HSH Nordbank gehören jetzt, wie von der Bürgerschaft gewollt, der öffentlichen Hand, im Wesentlichen Hamburg und Schleswig-Holstein. Die Trennung in eine Kernbank und eine Abbaubank ist ein wesentlicher Bestandteil des Bürgerschaftsbeschlusses gewesen und genau das wird jetzt gemacht. Die Ausrichtung des Geschäftsmodells mit einer Fokussierung auf das regionale Geschäft und die Sicherung von Kernkompetenzen in bestimmten ausgewählten internationalen Geschäftsbereichen wird auch gemacht. Wie die HSH Nordbank künftig aussehen wird, welche Konstellationen es geben wird, wird natürlich auch sehr wichtig sein für die Frage, wie wir sie in Zukunft gestalten werden.

Der letzte Punkt betrifft den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. Das war auch ein Wunsch, den die Bürgerschaft explizit gestellt hat. Auch dieser Wunsch ist Gegenstand von Beratungen der Bank und dem Betriebsrat. Das Verfahren ist im Moment davon geprägt, dass wir das Rettungsmodell auf den Weg gebracht und alle erforderlichen Genehmigungen eingeholt haben. Die Europäische Union hat das Restrukturisierungskonzept Ende Mai vorläufig genehmigt und wir sind im Moment mit der EU intensiv in Gesprächen, um die kritischen Fragen, die dort aufgeworfen werden, zu beantworten. Wir werden alles tun, um diese Fragen zu beantworten, und wir sind in einem sehr intensiven Verhandlungsprozess, der sich auf einem guten, fortgeschrittenen Weg befindet.

Für unseren Haushalt muss man natürlich festhalten, dass das Gesamtrettungspaket immer ein Gesamtrisiko darstellt, das ist schlichtweg so. Ein Garantierahmen in Höhe von 10 Milliarden Euro ist ein Risiko, aber das Modell ist so ausgerichtet, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit dieser Rahmen nicht in Anspruch genommen wird. Auch die 3 Milliarden Euro, die als Eigenkapital der Gesellschafter Hamburg und Schleswig-Holstein in die Bank geflossen sind, sind nicht aus Mitteln des Haushalts geflossen, sondern es wurde eigens ein Finanzfonds als Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet, der diese 3 Milliarden Euro am Kapitalmarkt aufgenommen hat. Das kostet zurzeit etwa 100 Millionen Euro Zinsen im Jahr, das ist ei-

ne Belastung für den Fonds, aber wir haben jährlich 400 Millionen Euro Einnahmen aus der Provision für die Garantie in Höhe von 10 Milliarden Euro, die die beiden Länder geben. Dieses betrachten wir natürlich nicht als Einnahme, weil es sich um eine Risikoprämie handelt, aber in der Liquidität bekommen die Länder im Moment mehr Geld von der HSH Nordbank, als sie dort über die 100 Millionen Euro Zinsen, über den Fonds, einschießen müssen.

Die bilanzielle Wirkung liegt auf der Hand. Wir haben natürlich massive Abschreibungen in unserer Bilanz und das Ausbleiben von Dividenden. Auch das ist eine Belastung des Haushalts, die uns in den kommenden Jahren begleiten wird, übrigens wegen der Wirtschaftskrise nicht nur bei der HSH Nordbank. Wir werden natürlich auch ausbleibende Dividenden bei Hapag-Lloyd haben und geringere Dividenden bei einer Reihe öffentlicher Unternehmen, die in der Wirtschaft, die für unsere Stadt so wichtig ist, tätig sind; ich denke an die HHLA. Auch hier wird es geringere Dividenden für den Haushalt geben, als ursprünglich einmal vorgesehen. Das heißt, die Wirtschaftskrise kommt natürlich auch in unserem Etat an.

Die aktuelle Lage der HSH Nordbank ist so zu kennzeichnen: Sie befindet sich im Rahmen der Planungen, was das Ergebnis angeht. Es waren Verluste eingeplant, die werden so eingehalten, wie in der Planung angekündigt. Es ist erfreulich, dass die Erträge in den Kundenbereichen deutlich gestiegen sind. Dem steht auf der anderen Seite ein deutliches Ansteigen der sogenannten Risikovorsorge gegenüber, denn das Problem der HSH Nordbank ist – wie bei allen anderen Banken, die Geschäftsbanken sind, jetzt auch – nicht mehr primär das sogenannte Kreditsatzgeschäft, sondern es ist zusätzlich durch die Wirtschaftskrise das ganz klassische Firmenkundengeschäft zu einem großen Problem geworden mit entsprechenden Abschreibungen und entsprechender Risikovorsorge, das heißt, mit Bilanzpositionen, die das Ergebnis insgesamt verschlechtern.

Dennoch ist das, was wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, aus meiner Überzeugung richtig. Alle, die das nicht wollen, was die HSH Nordbank und die Gesellschafter jetzt machen, müssen eine Alternative benennen. Wer einen falschen Weg geht, der dazu führt, dass die Gewährträgerhaftung in Anspruch genommen wird, der versündigt sich mit Sicherheit an den Interessen der Steuerzahler der Stadt. Und da wir genau das nicht wollen, haben wir mit breiter Expertise und mit Zustimmung aller Beteiligten dieses Modell gemeinsam mit der Bürgerschaft auf den Weg gebracht. Dieser Weg ist steinig, er ist nicht ohne Risiken, aber wir müssen und wir werden ihn mit aller Konsequenz weitergehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Freytag, Herr Kerstan, ich habe jetzt ein Déjà-vu-Erlebnis, denn diese Aussage, dass mit der Bank alles in Ordnung sei, hören wir in immer kürzeren Abständen. Ich denke gerade an Juni/Juli 2008, als diese Stadt schon einmal ordentlich für die Kapitalzufuhr gesorgt hat. Da hieß es auch, es sei alles in Ordnung. Aber wir werden auf diese Punkte noch einmal zurückkommen, denn zum einen diskutieren wir jetzt über ein neues Sondervermögen und über Berichtspflichten und zum anderen geht es im Untersuchungsausschuss darum, festzustellen, wer welche Verantwortlichkeiten hat.

Ich finde es ziemlich daneben, um das einmal so drastisch zu sagen, Herr Kerstan, dass Sie sagen, wir würden Emotionen schüren und eine Bank kaputt reden. Gerade in der letzten Woche ist doch vom Aufsichtsrat zu hören gewesen, dass zwei amtierende Vorstände sofort des Amtes enthoben und zwei ehemalige Vorstände mit dem Vorwurf schwerer Pflichtverletzung konfrontiert wurden und das ganze Verfahren an die Staatsanwaltschaft abgegeben worden ist. Außerdem diskutieren wir über Regressansprüche und das nach der ganzen Geschichte, die hinter uns liegt. Da kann man sich doch nicht mehr hinstellen und sagen, es würden Emotionen geschürt.

Wir können immer wieder nur eines machen – es ist schwierig genug, da haben Sie recht, weil man durch die Verschwiegenheit und den Ausschluss der Öffentlichkeit ziemlich stark eingegrenzt ist –, nämlich den Finger darauf legen und sagen, in dieser Bank ist nichts in Ordnung. Sie haben damals im April keinen Schnitt gemacht und nicht neu angefangen und jetzt kommt die Wahrheit scheinbar ans Licht und das trägt ganz gewiss nicht zur Förderung der neuen Geschäftsidee bei. Dafür ist nicht die Opposition verantwortlich; das möchte ich noch einmal eindeutig feststellen.

Herr Goldberg, jetzt zur Frage des Geschäftsmodells. Auch das hat mit Emotionen nichts zu tun. Man muss doch in aller Deutlichkeit sagen, dass dieser Versuch, der auch in Hamburg und in Kiel gemacht worden ist, aus einer stark gemeinwohlorientierten Landesbank für den regionalen Raum und für den Mittelstand eine Kapitalmarktbank zu machen, gescheitert ist wie an vielen anderen Punkten bei den Landesbanken auch. Es gibt nach wie vor keine Perspektive für diese Landesbanken.

Und auf eines lege ich jetzt großen Wert: Die HSH Nordbank hat vielleicht noch keine genauen Zahlen auf den Tisch gelegt, aber alle anderen Landesbanken, über die wir in dem Zusammenhang reden, haben gleichzeitig ihre Verluste nach oben geschrieben und weitere Kapitalzufuhr beantragt; das ist doch Fakt. Wenn Sie schon so in die

Debatte einsteigen, dann müssten Sie mir sagen, warum das wieder einmal ausgerechnet bei der HSH Nordbank nicht der Fall sein sollte. Da überzeugen Sie mich überhaupt nicht. Am Ende dieses Weges wird es darum gehen, die Bank so oder so zu verkaufen oder zu liquidieren oder in irgendeiner anderen Weise abzuwickeln.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Verzeihen Sie, Herr Dr. Bischoff, es ist definitiv zu laut im Plenarsaal. Ich bitte, die Gespräche draußen fortzusetzen, damit der Redner in Ruhe seine Worte sprechen kann.

Fahren Sie fort, Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): Auf jeden Fall ist das als Gegenargument wenig überzeugend.

Am Schluss Ihrer Rede, Herr Kerstan, verweisen Sie darauf, wie es um die maritime Wirtschaft steht.

(Jens Kerstan GAL: Schlecht!)

– Ja, ziemlich schlecht.

Und das war auch immer ein Punkt der Auseinandersetzung. Sie haben natürlich mit Herrn Nonnenmacher und Herrn Rieck mit Engelszungen darüber geredet, wie wunderbar das alles sei. Aber die Opposition hat beständig darauf hingewiesen, dass die Risiken massiv unterschätzt worden seien. Und es ist ziemlich herbe, dass Sie sich jedes Mal hier hinstellen und sagen, die Opposition emotionalisiere, und im Grunde auf keines der Argumente eingehen, die wir im Verlauf dieses Jahres gebracht haben. Sie sehen auch gar nicht, dass Sie beständig auf Ihre Verteidigungsposition zurückgreifen.

Insofern ist die Bank enorm gefährdet, das haben Sie gerade in Bezug auf die maritime Wirtschaft gesagt, und es gibt gar keinen Grund, sich hier irgendetwas vorzumachen.

Letzter Punkt.

(Olaf Ohlsen CDU: Das soll auch der letzte sein!)

– Ja, Herr Ohlsen.

Wir reden hier über Bilanzverschönerung oder anders gesagt Bilanzfälschung, die noch nicht rigoros aufgeklärt ist. Sie kommen dann mit dem Ausschluss der Öffentlichkeit, der Verschwiegenheit und der Notwendigkeit, das Geschäftsgeheimnis zu wahren. Das ist das Problem, Sie schirmen hier kriminelle Aktivitäten ab und das geht bis hin zu Herrn Nonnenmacher.

(Beifall bei der LINKEN und bei Thomas Böwer SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Völsch.

Thomas Völsch SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Kollege Bischoff hat es eben gesagt, das Problem dieser Bank ist im Moment nicht, dass wir in Sitzungen, die in der Regel öffentlich und verschwiegen sind, etwas erfahren, sondern dass die Wahrheit scheinbarweise ans Licht kommt und die Bank nach wie vor versucht, alles zu tun, damit alles nach Möglichkeit unter dem Deckel bleibt. Das ist das Problem dieser Bank und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich möchte aber kurz noch zwei, drei Sätze zum Thema Sonderprüfung sagen. Es muss schon Besorgnis erregen, dass die Koalition auf einmal anfängt, unseren Antrag zu loben, und ihn dann an den Ausschuss überweisen will. Das ist schon eine regelrechte Adellung.

(Jens Kerstan GAL: Das ist Ihnen jetzt auch wieder nicht recht!)

Herr Kerstan, Ihr Problem ist, dass Sie sich bei diesem wichtigen Thema nur noch auf den kleinsten gemeinsamen Nenner Ausschussüberweisung einigen können und inhaltlich selber nichts Eigenes zustande bringen.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Eine Sonderprüfung ist sinnvoll, notwendig und inzwischen mehr als überfällig. Sie hätten seit der Mitgliederversammlung der GAL, wenn ich das richtig im Kopf habe, etwa anderthalb Wochen Zeit gehabt, sich mit Ihrem Koalitionspartner zusammenzusetzen und etwas zustande zu bringen. Sie sind nicht in der Lage dazu, Sie schaffen es einfach nicht.

Selbst die HSH Nordbank lässt mittlerweile öffentlich mitteilen, dass sie an einer Sonderprüfung konstruktiv mitwirken würde. Sie würde sich nicht einmal mehr dagegen wehren,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das will schon was heißen!)

aber Sie machen nichts. Eine große Hamburger Tageszeitung hat vor ein paar Tagen geschrieben, nachdem bei der Bank endlich erste personelle Konsequenzen gezogen wurden, dass der Bank ein Befreiungsschlag gelungen sei oder sie ihn zumindest versucht habe. Auf Senatsseite und auf Regierungsseite ist leider bisher keine entsprechende Reaktion erfolgt. Wie ein Kaninchen auf die Schlange gucken Sie immer noch auf diese Bank, unfähig sich zu bewegen und unfähig zu handeln. Und die Überweisung an den Haushaltsausschuss wird Ihnen am Ende nicht helfen. Sie werden sich irgendwann entscheiden müssen, wie

Sie mit diesem Thema weiter umgehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin! Auf meinen Kollegen Völsch möchte ich ganz kurz eingehen. Wir sind nicht bewegungsunfähig, was eine Sonderprüfung angeht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sehr gut!)

Bevor ich hierher gekommen bin, bin ich beim PUA vorbeigegangen und habe mir erst einmal das Freshfields-Gutachten abgeholt. Sorgfalt und Ernsthaftigkeit verlangen es, dass wir uns zuerst noch einmal mit dem KPMG-Gutachten und auch mit diesem Freshfields-Gutachten intensiv und ernsthaft beschäftigen. Daraus ergeben sich dann weitere Fragen, vielleicht auch viele offene Fragen, die dann im Zweifelsfall mit einer Sonderprüfung geklärt werden müssen. Aber was Sie uns unterstellen, dass wir hier die Augen verschließen, dass wir kein Interesse an der Aufklärung haben und dass wir uns keinen Überblick verschaffen wollen über das, was passiert ist und was aktuell in der Bank los ist, ist einfach falsch. Warten Sie ab. Wir überweisen das Ganze jetzt an den Haushaltsausschuss und da werden wir dann auch inhaltlich weiter diskutieren können. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Meine Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, dann kommen wir zur Abstimmung. Mir ist vom Abgeordneten Niedmers mitgeteilt worden, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen wird.

Zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/4621.

Wer stimmt einer Überweisung an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig erfolgt.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft vom Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 19/4328 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 19 auf, Drucksache 19/4489, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 6, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Nachforderung von Haushaltsmitteln zur Erstellung der im Strategischen Lärmaktionsplan vorgeschlagenen Handlungskonzepte sowie zur Durchführung der lärmbezogenen Maßnahmenplanungen auf bezirklicher Ebene.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3923:****Haushaltsplan 2009/2010****Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt****Nachforderung von Haushaltsmitteln zur****– Erstellung der im Strategischen Lärmaktionsplan vorgeschlagenen Handlungskonzepte sowie zur****– Durchführung der lärmbezogenen Maßnahmenplanung auf bezirklicher Ebene (Senatsantrag)****– Drs 19/4489 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Herr Hesse hat das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute einmal über einen Senatsbericht zum Lärmaktionsplan sprechen können. Es ist an der Zeit, dass wir in unserer Stadt über das Thema Lärm sprechen, denn in den letzten Jahren haben wir diverse Projekte gehabt und wir haben aktuelle Projekte, bei denen das Thema Lärm eine immer größere Bedeutung hat. Dieser Bericht, den wir heute bekommen, ist ein Zeugnis dafür, dass Hamburg seine Hausaufgaben macht, und darauf können wir auch stolz sein.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Dieser Bericht fußt auf der EU-Umgebungslärmrichtlinie, die von den Kommunen fordert, eine entsprechende Aktionsplanung vorzunehmen. Liebe Kollegin Schaal, die CDU-Fraktion hat bewusst den verkehrspolitischen Sprecher gebeten, zu diesem Thema zu sprechen, denn auch wenn dieses Thema gemeinsam mit dem Kollegen Hecht im Umweltausschuss bearbeitet wird, so kann man natürlich nicht nur dieser Drucksache entnehmen, sondern man weiß auch, dass der Verkehr hauptsächlich mitverantwortlich ist für Lärm in unserer Stadt und dass wir, wenn wir über Lärmaktionsplanung sprechen, natürlich gerade die Schnittstelle betrachten müssen zwischen den Menschen, die in unserer lebenswerten Stadt leben und die mehr Lebensqualität in unserer Stadt wollen, und denjenigen, die in dieser Stadt Arbeit leisten, die in dieser Wirtschafts- und Logistikmetropole mit ihren Fahrzeugen darauf angewiesen sind, dass die Infrastruktur vorhanden ist. In dieser Schnittstelle bewegt sich natürlich hauptsächlich auch die Lärmaktionsplanung und deswegen kann man Umwelt- und Verkehrspolitik nicht auseinanderhalten. Es ist unsere Aufgabe, einen gesunden Kompromiss zu finden, und diese Drucksache ist eine gute Grundlage dafür.

(Beifall bei der CDU)

Nun ist es nicht so, dass wir uns in Hamburg, ich habe es angedeutet, erst seit kurzer Zeit mit dem Thema Lärm beschäftigen. Bereits in der letzten Legislaturperiode, als die CDU hier die absolute Mehrheit hatte, haben wir die Grundlagen gerade für Lärmaktionsplanung gelegt. Ich erinnere nur, lieber Ekki, an die Diskussion, die wir hier zum Beispiel zum Lärmschutz an der Güterumgebungsbahn geführt haben, wo wir uns als Stadt und als Parlament, lieber Kollege Quast, ganz eindeutig hinter die Anwohnerinnen und Anwohner gestellt haben und bei der DB eingefordert haben, dass sie sich dort mehr beteiligt. Auch das ist ein Fingerzeig, wie Lärmaktionsplanung in Zukunft aussehen kann und wie sich Politik gemeinsam mit den Menschen, mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, erfolgreich für besseren Lärmschutz einsetzen kann, ohne dass es entsprechende Konsequenzen für den Wirtschafts- und Logistikstandort gibt. Das ist ein guter Punkt, da haben wir auch für die Zukunft eine gute Grundlage geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in der letzten Legislaturperiode im Bereich des Verkehrs auch mit der Radverkehrskonzeption eine Grundlage geschaffen, mit der wir jetzt dafür sorgen können, dass leiser Verkehr auf unseren Straßen gefördert wird. Ich bin optimistisch, dass mit der Umsetzung der Radverkehrskonzeption der Radfahranteil in unserer Stadt gewaltig zunehmen und damit natürlich auch der Lärm auf der Straße zurückgehen wird. Auch das ist etwas, was wir jetzt mit unserem Koalitionspartner ausbauen und wo wir schon in der letzten Legislaturperiode perspektivisch sehr schlaue gehandelt haben. Aktuell gibt es auch Beispiele, die jetzt dank unserer Senatorin Hajduk realisiert werden. Da haben wir die Deckelung über die A7 inahrenfeld, ein Projekt, mit dem wir uns auch als Umwelthauptstadt 2011 beworben haben und bei dem deutlich wird, dass wir hier Lärmschutz nicht nur architektonisch umsetzen, sondern diese interessante Maßnahme auch wirklich zum Schutz der Menschen realisieren wollen. Ich freue mich, lieber Detlef, dass das, was wir in diesem Zusammenhang jahrelang gefordert haben, anscheinend einer Realisierung zugeführt wird. Auch das ist ein gutes Zeichen für Lärmschutz und Lärmaktionsplanung und dem gebührt Dank, dass wir da mittlerweile so weit gekommen sind.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Nicht zuletzt auch ein Dank an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt für das, was wir gerade im Bereich Wilhelmsburg erleben. Auch wenn dort die Verlagerung der Wilhelmsburger Reichstraße kritisch diskutiert wird und wir dazu bestimmt die eine oder andere Debatte, lieber Kollege Bischoff, hier noch führen werden, erwarten wir uns von der Verlagerung Lärmschutz für die Men-

(Klaus-Peter Hesse)

schen in Wilhelmsburg, eine Aufwertung des Quartiers und mehr Lebensqualität vor Ort.

(Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Auch das ist ein gutes Zeichen; hier zeigt man, wie sich Verkehrspolitik sowohl für einen funktionierenden Wirtschafts- und Logistikstandort einsetzen kann, aber auch der Lärmschutz der Anwohnerinnen und Anwohner durch diese Verkehrsmaßnahmen entsprechend gewahrt bleibt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte unendlich mit Beispielen fortfahren und ich freue mich natürlich, dass auch diverse Anregungen von den Bezirken gekommen sind. Wir haben, was die Lärmaktionsplanung angeht, in den einzelnen Bezirken Anhörungen und ein Beteiligungsverfahren gehabt, haben uns einmal angehört, was die Menschen und die Initiativen vor Ort interessiert und da findet jetzt die Auswertung statt. Es wird sicherlich noch hilfreiche Konzepte zur Finanzierung geben, denn in dieser Hinsicht, auch das muss gesagt sein, tut die Stadt Hamburg, was sie tun kann. Es sind nicht nur bereits Mittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes in die Lärmaktionsplanung eingeflossen, sondern es werden in den nächsten Jahren auch weitere Mittel für die Handlungskonzepte zur Verfügung gestellt.

Lassen Sie mich insofern mit einem Punkt enden, der bei der ganzen Lärmaktionsplanung meistens etwas zu kurz kommt. Wie bereits gesagt, ist unser gemeinsames Ziel hoffentlich, durch gute Lärmaktionsplanung eine lebenswertere Stadt zu schaffen, ohne den Logistik- und Wirtschaftsstandort zu schwächen. Unser Ziel muss es aber auch sein, eine Lärmaktionsplanung nicht nur mit Augen-, sondern auch mit Ohrenmaß zu machen. Das heißt aus meiner Sicht, dass wir in einer Großstadt, in der wir leben, auch eine gewisse Toleranz für bestimmten Lärm entwickeln müssen. Zum Beispiel gehört auch Kinderlärm in eine Stadt – die Kolleginnen und Kollegen aus dem Kinder- und Jugendausschuss sind hier jetzt nicht so zahlreich vertreten, Herr Stephan Müller sitzt da – und dazu möchte ich mich hier ganz klar bekennen.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei *Jan Quast SPD*)

Es gibt Lärm, der von Sportstätten ausgeht und der sicherlich für den einen oder anderen Anwohner ein Problem darstellt, aber auch Sportstätten und Sportevents gehören in eine Sportstadt wie Hamburg. Da müssen wir als Politiker nicht nur die Interessen der Betroffenen sehen, sondern auch die der vielen Vereine und Organisationen vor Ort, die wertvolle Arbeit leisten. Daneben gibt es andere wichtige Events in unserer Stadt. Es gibt Straßenfeste und Stadtteilstädte, es gibt den Hafengeburtstag und den Dom, es gibt wirklich viele lohnende Veranstaltungen in Hamburg, die unsere

Stadt erst so attraktiv machen, wie sie ist. Auch da gilt es, nicht nur Augenmaß, sondern auch Ohrenmaß zu haben. Auch so etwas gehört in eine Metropole und in eine lebenswerte Stadt. Lassen Sie uns daher gemeinschaftlich auch mit den politischen Gremien eine Aktionsplanung mit Augen- und Ohrenmaß betreiben. Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Geldforderung, die heute hier gestellt wird, und der Bericht des Senats sind eine gute Grundlage und finden die Unterstützung der Koalition. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In einem gebe ich Ihnen recht, Herr Hesse – wo ist er denn –,

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Näher, als Sie denken!)

es ist sicher richtig, dass es an der Zeit ist, sich endlich einmal mit dem Thema zu beschäftigen. Die Planungen laufen schon längere Zeit und das Gesetz auf Bundesebene ist von 2005, aber bisher hat es Nennenswertes zum Thema EU-Lärmaktionsplanung hier in der Bürgerschaft nicht gegeben.

Mit der vorliegenden Drucksache wird der Eindruck erweckt, hier ginge es um Lärmschutzmaßnahmen. Das ist falsch; es geht um 1,85 Millionen Euro alleine für Gutachten, die hier eingeworben werden. Die Not muss bei Ihnen schon ziemlich groß sein, dass Sie solch eine Drucksache anmelden, die wir überdies noch ziemlich schlecht finden.

(Zurufe von *Ekkehart Wersich* und *Jörn Frommann*, beide CDU)

Lärmschutz ist für uns auch wichtig, aber die EU-Umgebungs-lärmrichtlinie beinhaltet sicher mehr, als sich mit einzelnen Hotspots der Lärmbelastung zu befassen. Es ist richtig, wir haben Erfolge beim Lärmschutz an der Güterumgehungsbahn. Das ist auch ganz wichtig, daran haben alle im Konsens mitgearbeitet. Aber bei den weiteren Projekten, die Sie genannt haben, Herr Hesse, ist überhaupt noch nichts in Sicht. Wo ist das Geld für die Deckelplanung für die A7, wo sind die Flächen? Da ist alles offen. In Wilhelmsburg sehe ich auch noch keine Lösung. Hier muss erst einmal ein Konsens gefunden werden und alle müssen mit ins Boot geholt werden.

(*Jörn Frommann CDU:* Da hat die SPD aber schon zugestimmt!)

Das ist nicht so einfach und geht nicht so, wie es hier bei der Güterumgehungsbahn war, aber darüber kann man dann reden.

(Dr. Monika Schaal)

Der Lärmschutz ist wichtig, aber die EU-Umgebungslärmrichtlinie darf sich nicht in einer Dauerplanung und Prüfung erschöpfen, wie es aus Ihrem Antrag hervorgeht. Die Daten für die Lärmaktionsplanung wurden 2006 erhoben. Die strategische Lärmaktionsplanung wurde von vier Planungsbüros erarbeitet, letztes Jahr in drei öffentlichen Foren erörtert, Sie haben es gesagt, und dieses Jahr in den Bezirken. Aber was da besprochen wird, Herr Hesse, ist keineswegs verbindlich und wird auch erst wieder einer Prüfung unterzogen. Es ist also noch nichts Greifbares da. Außerdem wird die gesamtstädtische Planung dann mit den Planungen der 14 umliegenden Gemeinden abgestimmt und ein Konzept für den Ballungsraum erarbeitet. All diese Arbeiten wurden und werden im Wesentlichen von Planungsbüros erledigt. Wir im Parlament haben davon bisher nichts mitbekommen, es sei denn, wir hätten die Workshops der Planer besucht. Der strategische Lärmaktionsplan steht zwar im Internet und empfiehlt ein Handlungskonzept, aber das soll jetzt erst einmal auf rechtliche und fachliche Machbarkeit überprüft werden und dafür ist das Geld heute gedacht.

Das Bundesgesetz sieht weiterhin vor, dass die Daten alle fünf Jahre überprüft werden. Das wäre dann 2013 und man muss kein Hellseher sein, um voraussagen zu können, dass das wieder Gutachter machen werden. Denn im Ausschuss und auch aus der Drucksache haben wir erfahren, dass die Behörde nicht über das erforderliche Fachpersonal verfügt. Darum müssen wir langsam aufpassen, dass der Senat aus der Lärmaktionsplanung kein Perpetuum mobile für Gutachter macht, ohne dass etwas Greifbares für die Hamburgerinnen und Hamburger dabei herauspringt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sicher müssen Lärm- und Luftreinhalteplanung und auch der Klimaschutz aufeinander abgestimmt werden, aber irgendwann muss doch einmal etwas dabei herauskommen und das ist noch nicht so gravierend viel.

Eines will ich nicht vergessen: Der Senat hat im Sommer 5 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II für Lärmschutzfenster an stark befahrenen Straßen angekündigt und es ist inzwischen auch bei der KfV aufgelegt worden. Doch die Mittel sind so knapp bemessen, dass die Behörde selbst zur schnellen Bewerbung aufgerufen hat. Da fragt man sich natürlich, wer Anträge stellen darf. In der vorliegenden Drucksache wird dargestellt, dass eine Gesundheitsgefährdung durch Lärm tagsüber bei einem Dauerschallpegel ab 65 dB(A) und nachts ab 55 dB(A) gegeben ist. Das Umweltbundesamt hat diese Werte als Auslöschschwelle für die Aktionspläne als notwendig erachtet, weil der Gesetzgeber auf einheitliche Werte zur Identifizierung von Belastungsräumen verzichtet hat. So weit, so gut. Aus der Senatsantwort auf die

Große Anfrage der SPD zur Lärmaktionsplanung geht hervor, dass Hamburg zwar als erstes Bundesland die vom UBA genannten Schwellenwerte von 65 beziehungsweise 55 dB(A) in der Aktionsplanung festgeschrieben hat, aber – jetzt zitiere ich einmal –:

"Um Prioritäten festzulegen und die verfügbaren Haushaltsmittel sinnvoll einzusetzen, sollen zunächst aber die Bereiche und Verkehrsstrassen mit einer Belastung [durch Dauerschallpegel] von [...] 70 dB(A) und hohen Betroffenenzahlen untersucht werden."

– Zitatende. –

Die Schwellenwerte des UBA werden eben einmal weggeputzt. Auch für die Nacht gelten nicht 55, sondern 60 dB(A). Damit setzt sich der schwarz-grüne Senat schlank über die selbst proklamierten Bezugswerte des UBA hinweg.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Der Grund dafür liegt natürlich auf der Hand. Bei den strengen UBA-Werten hätten 144 500 Lärmbetroffene Anspruch auf Förderung von Schallschutzfenstern, bei den niedrigen Hamburger Werten ist es ungefähr ein Drittel weniger. Was haben denn die lärmgeplagten Menschen in Hamburg davon, wenn der Senat sich damit schmückt, als Erstes die UBA-Werte irgendwo im Papier festgeschrieben zu haben? Herr Hesse hat schon auf die Probleme hingewiesen, die Sie da offensichtlich sehen. Sie sind sich da augenscheinlich nicht eins, denn wenn Sie meinen, diese hohen Werte des Umweltbundesamtes gingen nicht in Hamburg, Herr Hesse und auch Frau Senatorin, dann sollten Sie auch ehrlich sein und hier nicht angeben,

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Ich bin immer ehrlich!)

dass Sie ganz besonders hohe Werte in Hamburg zur Geltung gebracht hätten.

(Beifall bei der SPD)

Die Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie ist im Grunde eine Daueraufgabe, deren Erledigung nicht durch Planung und Prüfung allein bewerkstelligt wird. Angesichts der Zeithorizonte, die im Bundesgesetz vorgegeben sind und die sich jetzt andeutungsweise aus den Konsequenzen der vorliegenden Drucksache ergeben, wäre es angebracht zu prüfen, ob es überhaupt von der Sache her vertretbar und von den Kosten her wirtschaftlich ist, dass hier dauerhaft nur immer Gutachter tätig sind. Allein die Entwicklung des computergestützten Verkehrsmodells, das im Haushaltsausschuss erläutert worden ist, wird 1 Million Euro kosten und es wird drei bis fünf Jahre dauern, bis das fertig ist. Die Datengrundlage für die Lärmminimierung soll dann weiterhin alle fünf Jahre überprüft werden und da wäre es doch durchaus an der Zeit,

(Dr. Monika Schaal)

einmal darüber nachzudenken, ob man die externe Bearbeitung durch Planungsbüros auf Dauer wirtschaftlich aufrechterhalten kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden uns in den Ausschüssen weiter mit der Planung beschäftigen, da sind wir uns einig, Herr Hesse. Sie haben dankenswerterweise unsere Große Anfrage schon an den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss überwiesen; sie kann uns als Basis dienen, dieses Thema weiter zu voranzutreiben. Bei der vorliegenden Drucksache werden wir uns enthalten. In der Sache stimmen wir überein, aber die Drucksache ist einfach schlecht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Weggen.

Jenny Weggen GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lärm macht krank. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass dauerhafter Lärm zu Stressreaktionen führt, die Krankheiten verursachen. Er verursacht Schlafstörungen und kann sogar zu Herzinfarkten führen.

(Arno Münster SPD: Och!)

Nach Erkenntnissen der Weltgesundheitsorganisation sterben weltweit jährlich mehr als 200 000 Menschen an den Folgen von Lärm. Das sind so viele Menschen, dass sie viermal in das HSV-Stadion passen würden und es bis auf den letzten Platz füllen könnten.

Besonders Kinder leiden unter andauerndem Krach; bei vielen verursacht er Konzentrations- und Lernstörungen. Darüber hinaus zeigen Lungenfunktions-tests, dass lärmbelasteten Kindern schneller die Luft ausgeht als jenen, die in ruhigen Gebieten wohnen. Bei Kindern, die einer permanenten Geräuschkulisse ausgesetzt sind, sinkt die Lesegeschwindigkeit und die Fehlerzahl steigt.

Vor allem der Umgebungslärm von Straßen-, Schienen- und Flugverkehr wird subjektiv als besonders störend empfunden. Dieses Lärmproblem stellt sich insbesondere uns als Großstadt. In Hamburg sind 120 000 Menschen tagsüber einer gesundheitsgefährdenden Belastung und Dauerbeschallung von mehr als 65 Dezibel ausgesetzt und nachts betrifft dies sogar 145 000 Menschen bei einem Grenzwert von 55 Dezibel, darauf hat Frau Dr. Schaal gerade schon richtig hingewiesen. Diese betroffenen Hamburgerinnen und Hamburger wohnen an viel befahrenen Straßen, an Schienengleisen und in den Einflugschneisen des Flughafens. Es gibt kein Stadtviertel, das nicht betroffen ist, und es gibt kaum Hamburger oder Hamburgerinnen, die nicht von störendem Verkehrslärm zu berichten wissen. Nicht zuletzt ist die Lärmbekämpfung deshalb ein zentrales und wichtiges Ziel

unserer Regierungsarbeit als schwarz-grüne Koalition, darauf hat Herr Hesse eben schon hingewiesen und dies betont. Neben dem geplanten Deckel über die A7, dem Ausbau des ÖPNV, unter anderem durch die Stadtbahn, und dem Einsatz für einen ausreichenden Lärmschutz an der Güterumgebungsbahn ist auch die Umsetzung der EU-Richtlinie für mehr Lärmschutz ein zentral wichtiger Schritt für eine ruhigere und lebenswertere Stadt.

Die besagte EU-Umgebungslärmrichtlinie legt eine Planung fest, um das wichtige Ziel der Lärmminde-rung zu erreichen. Das kann passive Lärmschutzmaßnahmen wie Schallschutzfenster und aktive Maßnahmen wie einen verbesserten Ausbau des ÖPNV beinhalten. Wir als Grüne verteufeln das Auto nicht, möchten aber so viele Anreize wie möglich schaffen, um die Alternativen zum Auto attraktiver zu machen. Denn eine Reduzierung des Straßenverkehrs und jede Reduzierung der gefahrenen Geschwindigkeit ist die sinnvollste und wirksamste Maßnahme für eine ruhigere Stadt und gesunder lebende Bürgerinnen und Bürger.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Bei der strategischen Lärmaktionsplanung handelt es sich aber nicht nur um die Umsetzung von bestimmten Maßnahmen, sondern um einen langfristigen Prozess, der auch darauf ausgerichtet ist, die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner, Verbände und die Wirtschaft mit einzubeziehen. Das ist eine wichtige und richtige Herangehensweise, denn sie stößt auch das öffentliche Bewusstsein an und führt dazu, dass sich mehr Menschen mit dem Thema auseinandersetzen. Nicht nur die Anwohnerinnen und Anwohner von viel befahrenen Straßen sollen erreicht werden, sondern alle Hamburgerinnen und Hamburger. Jede und jeder kann zu weniger Lärm beitragen, indem man auch einmal das Auto stehen lässt und sich an das Tempolimit hält. Schnell zu fahren ist nämlich nicht nur ein Sicherheitsrisiko, sondern trägt auch zu einem enormen Lärmpegel bei. Das Rollgeräusch der Autoreifen nimmt bei ansteigender Geschwindigkeit zu, genauso lassen schnelles Beschleunigen und unnötiges Bremsen den Lärmpegel enorm nach oben steigen. Nebenbei bemerkt, eine lärmsparende Fahrweise deckt sich auch mit einer kraftstoffsparenden Fahrweise und das schont den Geldbeutel.

Auch der private Verzicht auf Motormäher und Laubbläser hilft sehr, Lärm zu mindern; das ist gerade zu dieser Jahreszeit ein wichtiges Thema. Auch der Lärmschutz entlang der Güterumgebungsbahn und allen anderen Bahnstrecken ist ein wichtiges Anliegen, an dem wir weiter gemeinsam mit allen Akteuren arbeiten wollen.

Es wurde schon richtig festgestellt, dass wir an dieser Stelle noch über Planungsmittel diskutieren. Aber die Umsetzung der Maßnahmen wird bald be-

(Jenny Weggen)

ginnen und wir werden demnächst eine umfangreiche Senatsdrucksache vorgelegt bekommen. Ich halte es ebenfalls für zentral wichtig, dass wir weiterhin im Umweltausschuss diskutieren. Wir haben bereits Ihre Große Anfrage, Frau Dr. Schaal, dort vorliegen und es wird eine weitere Drucksache folgen, sodass wir auch zukünftig gemeinsam intensiv über Lösungen für unser Lärmproblem diskutieren können.

Weniger Lärm macht die Stadt noch lebenswerter. Unser klares Ziel ist, dass das Hamburg der Zukunft eine noch ruhigere und grünere Metropole am Wasser sein soll. Dazu gehört auch ein konsequenter Umwelt- und Naturschutz. Wir müssen gezielt Maßnahmen entwickeln und durchsetzen, die den Lärm in die Schranken weisen. Die strategische Lärmaktionsplanung ist dafür ein wichtiger Anfang.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

(Jörn Frommann CDU: Viel Lärm um nichts!)

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Die Bekämpfung des Lärms und die Konzepte dazu sind sicherlich breiter Konsens. Sie werden es mir nachsehen, Herr Hesse und auch Frau Weggen, wenn ich jetzt nicht ganz in Ihre optimistische Sichtweise einstimme.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wenn es nicht ganz ist, ist es doch gut!)

Dass da jetzt etwas auf den Weg kommt – ich spreche gleich noch einmal die konkreten Punkte an –, ist in Ordnung. Ihre positive Sichtweise in Bezug auf das wichtige Projekt Güterumgebungsbahn teile ich aber nicht. Was da schließlich alles erreicht wurde, ist nach einigen Zickzackläufen wirklich bemerkenswert, aber – und das ist der eigentlich strittige Punkt – mir hat dieser ganze Prozess ein bisschen zu lange gedauert. Auch bei Ihrer sehr positiven Bewertung ist das für uns der entscheidende Punkt. Eventuell können wir, vielleicht auch interfraktionell, darauf hinwirken, dass die Umsetzung etwas dynamischer vorgenommen wird. Das wird man im Umweltausschuss und wegen der Finanzmittel auch im Haushaltsausschuss dann begleiten können, aber wichtig wäre, dass wir uns in diesem Bereich des Lärmaktionsplans nicht unbedingt an die Zielvorgabe 2012 halten, sondern vielleicht einmal sehen, ob wir vorher etwas bewegen können.

Wichtig war für uns noch einmal, was in dem Bericht zu Protokoll gegeben worden ist. Das möchte ich hier ausdrücklich noch einmal hervorheben, weil mir in der Dimension gar nicht klar war, dass wir zuerst ein gesamtstädtisches Verkehrsmodell entwickeln müssen, das eine bestimmte Zeit dau-

ert und was einen größeren Finanzaufwand bedeutet, und erst dann auf dieser Grundlage Lkw-Führungskonzepte erarbeiten können. Auf dieser Basis Konzepte zur Reduktion von Lkw-Verkehren aus dem Hafen zu entwickeln – da bin ich anderer Meinung als vielleicht Frau Dr. Schaal –, wird wahrscheinlich nur mit kompetenten Leuten, also in Planungsbüros, möglich sein. Aber es wäre sehr wichtig, dass das umgehend angeschoben und dann rückvermittelt wird und wir spätestens am Ende dieser Legislaturperiode auch mit Blick auf die Bezirke nicht nur über Planungsprozesse reden, sondern auch schon ein paar vorzeigbare Projekte haben. Wenn wir das in dieser Legislaturperiode schaffen könnten – da stimme ich Herrn Hesse zu –, dann hätten wir wirklich eine bestimmte Dynamisierung erreicht und das sollte doch unser aller Ansporn sein. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Monika Schaal SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Hamburg leben mehr als 1,8 Millionen Menschen und sie leben vergleichsweise auf engem Raum zusammen. Wo Menschen zusammenleben, da entsteht Lärm. Man muss mit dem Lärm umgehen und manchmal muss man ihn auch ertragen. Egal ob wir vom Dauerrauschen auf den Straßen, von Laubpustern, von Industrie- oder Eventlärm, von Flug- oder Baustellenlärm reden, Lärm ist eine ständige Belastung für die Menschen in der Großstadt. Es ist eine gute Entwicklung, dass die Bekämpfung von Lärm, auch im Hinblick auf eine Gesundheitsgefährdung, von der Politik zunehmend ernster genommen wird und auch eine viel breitere Unterstützung erfährt. Der Senat macht beim Lärmschutz ernst. In dieser Legislaturperiode haben wir schon entschieden, dass wir, Herr Hesse hat darauf hingewiesen, in der Tat einen Deckel für die A7 realisieren wollen. Eine Lärmschutzmaßnahme in dieser Dimension wird bundesweit Beachtung finden. Sie basiert auf einem Konzept, das es früher im Zuge des achtstreifigen Ausbaus einer Autobahn A7 vielleicht nicht so leicht gehabt hat, sich durchzusetzen. Ich bin froh, dass sich diese Konzeption durchgesetzt hat, aber ich bin auch froh, und das ist eine enorme Anstrengung, dass die Stadt Hamburg eine Erweiterung dieser Investition vornimmt und so noch vielleicht Lärmschutz für viele Menschen im Hamburger Westen bietet.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir können in Hamburg überdies feststellen, dass es eine modellhafte Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den betroffenen Bürgern im Hinblick auf die Realisierung des Lärmschutzes bei der Güter-

(Senatorin Anja Hajduk)

umgehungsbahn gibt. So etwas funktioniert nicht überall gleichermaßen und auch hier können wir festhalten, dass es ein guter Weg ist, dass wir von Hamburger Seite die Mittel aufstocken und zu aktiven Lärmschutzmaßnahmen beitragen, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger selbst so stark engagieren.

Ich möchte auch etwas zu dem durchaus heiß diskutierten und umstrittenen Thema in Wilhelmsburg sagen. Die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße ist eine wichtige Infrastrukturmaßnahme, aus stadtentwicklungspolitischer Sicht allemal, aber insbesondere auch als Lärmschutzmaßnahme.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Die die Bürgerinnen und Bürger wohl wirklich wollen?)

Es ist in der Tat ein wichtiger Punkt, sich mit den Bürgerinnen und Bürgern auseinanderzusetzen. Das ist mir sehr bewusst, dazu hatte ich Gelegenheit und das wird auch weiter ein wichtiges Thema sein. Aber dass wir mit dieser Maßnahme die Gesamtverlärmung Wilhelmsburgs massiv zurückfahren und verglichen mit der heutigen Situation die wirklich sehr belastende Lärmschutzproblematik auch östlich dieser Bahntrasse verbessern können, ist alle Anstrengung wert. Die Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße ist unter dem Lärmschutzgesichtspunkt eine große Chance. Diese Maßnahme ist es wert, in diesem Haus genau zu analysieren, wie die Planung verläuft, aber vor allem, uns geschlossen – da wünsche ich mir Unterstützung auch aus diesem Haus – für den besten Lärmschutz einzusetzen und in sehr guter Kooperation mit der Bahn und anderen Akteuren um Lärmsanierungsmittel zu ringen. Das macht man schließlich nicht alles aus dem Hamburger Haushalt heraus, da hat auch die Opposition ihre Rolle gut wahrzunehmen.

Wir führen in Hamburg große Projekte zum Lärmschutz durch und das ist gut so, weil große Infrastrukturmaßnahmen in einer Großstadt nur die Akzeptanz bei der Bevölkerung finden, wenn zu sehen ist, dass die Politik und die Stadt in ihrer Planung auch bereit sind, erhebliche Mittel in den Lärmschutz zu investieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich habe diese Maßnahmen erwähnt, weil da natürlich das meiste Geld drinsteckt und auch die Mittel und Anstrengungen meiner Behörde. Die Ihnen heute vorliegende Drucksache greift noch einmal einen anderen Aspekt auf, nämlich systematisch Lärmquellen zu identifizieren, um Lärmschutzmaßnahmen voranzutreiben. Ich halte es für das richtige Verfahren, auf Basis der EU-Umgebungsärmrichtlinie jetzt zwei Schritte zu verfolgen.

Erstens erstellen wir einen strategischen Lärmaktionsplan und benötigen dazu für ein Handlungskon-

zept zusätzliche Mittel, die wir einwerben. Das kommt unbedingt auch dem Lärmschutz und den zu Schützenden zugute. In einer zweiten Stufe werden bis 2012 in den Bezirken Möglichkeiten zur Verminderung von Umgebungslärm erarbeitet. Hier spielt insbesondere die Beteiligung der Menschen vor Ort eine ganz wichtige Rolle. Das ist auch eine Aufgabe, die hier Unterstützung finden kann, dass wir genau mit diesen Schritten vorgehen. Es sind Lärmforen durchgeführt worden, es werden noch weitere Lärmforen durchgeführt werden. Diese werden ausgewertet und es beteiligen sich im Durchschnitt 80 bis 100 Bürgerinnen und Bürger an diesen Foren. Das ist eine gute Bilanz und es ist auch eine gute Qualität der Kooperation zwischen Verwaltung und Bürgern, diese Art von Beteiligung ist sehr wichtig. Es ist eine sinnvolle Maßnahme, diese Bewertung aus den Lärmforen zusammenzutragen, daraus auch weitere Bewertungen zu ziehen und diese bezirklichen Maßnahmen dann schließlich mit dem strategischen Lärmaktionsplan zusammenzuführen.

Insofern freue ich mich ausdrücklich, dass wir für diese Drucksache nicht nur das positive Votum der Regierungsfractionen haben, sondern auch das der LINKEN, weil wir hiermit Grundlagen legen für zukünftige Lärmschutzmaßnahmen und solche Instrumente sind wichtig. Es war wichtig, dass im Haushaltsausschuss noch einmal intensiv über das Thema gesamtstädtisches Verkehrsmodell gesprochen wurde, denn es ist deutlich geworden, dass die Simulation von Verkehrsströmen ein wichtiges Instrument für effektiven Lärmschutz ist. Es ist doch gut, wenn wir neue und präzise Instrumente haben, insofern sind wir auf einem guten Weg. Wir machen beides, wir machen systematische Untersuchungen, erstellen Pläne und packen Großprojekte schon heute an, das ist die richtige Mischung. – Schönen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einen kleinen Nachschlag kann ich mir nicht verkneifen.

(Zurufe von der CDU – Klaus-Peter Hesse CDU: Sie stimmen jetzt zu!)

Frau Senatorin, Sie haben gesagt, Sie nehmen den Lärmschutz ernst. Ihnen als Senatorin kaufe ich das auch ab. Aber es gibt schon eine Reihe von Maßnahmen, die in der Vergangenheit von CDU-Senaten angefangen wurden und da kann ich nicht erkennen, dass der Lärmschutz so ernst genommen wird. Die CDU hat den Fluglärmschutzbeauftragten abgeschafft, die Aufgabe ist jetzt in

(Dr. Monika Schaal)

der Behörde verankert, in einer Behörde, die ohnehin personell unterbesetzt ist. Sie haben die Richtgeschwindigkeiten auf Straßen hochgesetzt und wenn Sie Lärmschutz machen wollten, dann könnten Sie ganz einfach wieder auf Tempo 50 zurückgehen. Das ist von allen Experten als eine sehr wichtige Möglichkeit anerkannt, um den Lärm in der Stadt zu mindern.

(Beifall bei Arno Münster SPD)

Was die Laubbläser betrifft, Frau Senatorin, ist es richtig, dass es Richtlinien gibt, wann man diese Dinger benutzen darf, aber ausgerechnet die städtischen Unternehmen, nämlich die Stadtreinigung, hat eine Ausnahmegenehmigung und darf schon frühmorgens damit anfangen. Das ärgert die Bürgerinnen und Bürger, wenn Sie es ernst meinen, dann schaffen Sie diese Ausnahmegenehmigung ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer sich der Ausschussempfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Den sehe ich nicht.

Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu den Punkten 8 und 30 der heutigen Tagesordnung, den Drucksachen 19/4287 und 19/4277, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Neuausrichtung der Arbeitsmarktinstrumente: Wie nutzt Hamburg den gestiegenen Gestaltungsspielraum, wie ist Hamburgs Arbeitsmarkt in der Krise gerüstet? Antrag der SPD-Fraktion: Arbeitsmarktpolitisches Programm und Bericht über die Jobcenter endlich vorlegen.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Neuausrichtung der Arbeitsmarktinstrumente:

– **Wie nutzt Hamburg den gestiegenen Gestaltungsspielraum**

– **Wie ist Hamburgs Arbeitsmarkt in der Krise gerüstet?**

– **Drs 19/4287 –]**

[Antrag der Fraktion der SPD:

Arbeitsmarktpolitisches Programm und Bericht über die Jobcenter endlich vorlegen

– Drs 19/4277 –]

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Badde, bitte.

Elke Badde SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vor genau einem Jahr haben wir an dieser Stelle die Debatte über die Arbeitsmarktpolitik geführt. Wir müssen jetzt feststellen, dass sich die Zeiten erheblich verändert haben, sowohl in der Weltwirtschaft als auch in der Arbeitsmarktpolitik. Es sind mehr Menschen arbeitslos, als noch vor einem Jahr, doch müssen wir ehrlich sein, wir haben es noch schlimmer erwartet. Dass noch viele Unternehmen an den Arbeitnehmern festhalten, beruht einerseits auf der Einsicht, dass Fachkräfte in der heutigen Zeit nicht mehr ohne weiteres zu ersetzen sind. Aber es ist auch einer klugen Bundespolitik zu verdanken, dass das Instrument der Kurzarbeit so intensiv zur Überbrückung der Krise genutzt wird. Wem wir diese kluge Bundespolitik zu verdanken haben, bedarf wohl keiner Betonung. Wir als SPD sind froh, den ehemaligen Arbeitsminister Scholz, der diese Regelung bewirkt hat, nunmehr als Landesvorsitzenden zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Doch mit diesen klugen Zeiten scheint es vorbei zu sein. Die neue Koalition in Berlin verspielt in der Arbeitsmarktpolitik alle Chancen. Wenn wir uns die Vereinbarung des Koalitionsvertrags ansehen, finden sich nur wenige Aussagen hierzu, diese drücken sich in vielen Allgemeinplätzen und in wenigen Grausamkeiten aus. Zu diesen Grausamkeiten ist der Beschluss zur getrennten Aufgabenwahrnehmung in der Arbeitsverwaltung zu zählen. Was mit dem harmlosen Begriff der getrennten Aufgabenwahrnehmung daherkommt, bedeutet die Abkehr von einer kunden- und mitarbeiterorientierten Arbeitsverwaltung. Ich behaupte, dieser Beschluss ist nur entstanden, weil bei den Koalitionsverhandlungen die Fraktion der CDU zu ahnungslos und der Verhandlungsführer der FDP von Rachegeanken gegenüber seinem alten Arbeitgeber, der Bundesagentur für Arbeit, getragen war. Dies ist ein schlechter Dienst an 6 Millionen Leistungsempfängern und 30 000 Beschäftigten in der Arbeitsverwaltung.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat in Hamburg – leider ist der Wirtschaftssenator nicht da – geht nun den Weg der Verzweiflung. Er reklamiert beim Bund, als Optionskommune anerkannt zu werden, um an Gemeinsamkeit zu retten, was noch zu retten ist, wohl wissend, dass gerade dieser Weg nach der momentanen Rechts-

(Elke Badde)

lage verschlossen ist. Herr Senator, ich appelliere hier aus der Ferne an Sie. Die SPD wird sich diesem Weg nicht verschließen, sollten Sie tatsächlich in Berlin eine Ausnahme erwirken können, denn uns als SPD geht es gerade um die Aufgabenverteilung aus einer Hand, die dem Leistungsempfänger den größten Nutzen bringt.

(Antje Möller GAL: Weiß Herr Scholz das auch?)

– Ja.

Die hier vorliegende Beantwortung der Großen Anfrage beweist, dass es langsam bergauf geht mit der ARGE – ich betone: langsam –, dass sie ihre Maßnahmen zielgerichteter als bisher an die Frau und an den Mann bringen kann, besonders aber, dass sie auskunftsfähiger wird als in den Jahren zuvor. Wir können beobachten, dass die personelle Konsolidierung, die wir auch dem Bund zu verdanken haben, bei der ARGE Früchte zugunsten der Leistungsempfänger trägt. Dennoch möchte ich einige Punkte der Kritik anbringen.

Es ist erkennbar, dass die Reform der Arbeitsmarktinstrumente die Dienstleistungen gegenüber den Arbeitslosen nicht wesentlich verändert hat. Dies verwundert auch nicht, da diejenigen Instrumente abgeschafft wurden, die sowieso keine praktische Wirkung entfaltet haben. Andererseits ist die Flexibilität für die Vermittlungstätigkeit erhöht worden, dabei greift man aber auch auf bewährte Mittel zurück.

Kritisch zu betrachten sind aber nach wie vor die Antworten zu den Arbeitsgelegenheiten. Hier wird zunächst schlichtweg geleugnet, dass es hierzu Berichte des Bundesrechnungshofes gibt. Ich frage mich, was das soll. Man kann doch nicht einfach das verleugnen, was einem nicht passt. Das ist wie bei der im Kern gesunden Bank. Wenn ich die Kritik an den fehlenden Voraussetzungen zur Vergabe von Ein-Euro-Jobs nicht wahrnehme, dann wird schon alles in Ordnung sein. Dabei bin ich fest davon überzeugt, dass trotz der hohen Zahl der Arbeitsgelegenheiten in Hamburg diese dennoch größtenteils die Voraussetzung der Zusätzlichkeit und des öffentlichen Interesses erfüllen. Dies ist in Hamburg schon deshalb so, weil die Arbeitsgelegenheiten im Wesentlichen nicht direkt in der freien Wirtschaft vergeben werden.

Was aber wirklich nicht zu akzeptieren ist, ist die fehlende Auswertung der Wirksamkeit der Arbeitsgelegenheiten. Keine unserer Fragen nach der Dauerhaftigkeit der Maßnahmen und der Integration in den Arbeitsmarkt und deren Dauer wurde beantwortet. Es ist nicht erklärbar, dass sich eine Verwaltung damit abfindet, dass sie die Wirkung ihrer Tätigkeit nicht überprüft. Die gleiche Kritik betrifft die fehlende Information über die eigene Dienstleistung der Arbeitsverwaltung. Es ist nicht bekannt, wie Arbeitslose im SGB II bedient wer-

den, zum Beispiel, wie schnell sie eine Eingliederungsvereinbarung erhalten.

Herr Senator, in Abwesenheit, entweder kann ich Ihnen nicht glauben, dass Sie keine Kenntnis von Ihren Verwaltungsabläufen besitzen oder es ist ein Armutszeugnis, dass Ihnen wichtige, für die Vermittlung von Arbeitslosen entscheidende Bedingungen nicht bekannt sind. Daher ist auch unser Antrag auf Berichterstattung nach wie vor gerechtfertigt.

Der Punkt, der mich momentan aber am meisten bewegt, ist der Abbau der Arbeitsgelegenheiten für Hausbetreuer. In der Großen Anfrage wird schlichtweg auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage verwiesen. Dort wiederum erhalten wir nur ein Minimum an Informationen, die bestenfalls verschleiern sind, wenn man nicht sogar Unwahrheit unterstellen müsste. Es wird lapidar geantwortet: Ja, es fielen Hausbetreuer weg. Bei der Frage nach dem Wo wird festgestellt, in Wilhelmsburg. Dies ist schlimm genug. Verschleiert wird aber, dass auch in anderen Stadtteilen ein kräftiger Abbau stattfindet, am Osdorfer Born, in Steilshoop, in Billstedt, in Farmsen-Berne und in Bergedorf-West. Zwei Drittel aller Hausbetreuerlogen sind in Gefahr. Das ist einfach skandalös.

(Beifall bei der SPD)

Das Hausbetreuermodell stellt in meinen Augen die exemplarische Arbeitsgelegenheit dar. Sie ist zusätzlich, im öffentlichen Interesse, sie ist niedrigschwellig und, was für den Senat so wichtig ist, sie ist stadtteilorientiert und integriert. Es kann doch nicht wahr sein, dass der Senat diese Projekte sterben lassen will. Ist das grüne, stadtteilintegrierte Politik?

(Jan Quast SPD: Die ist jetzt ja weg!)

Und was die Widersprüchlichkeit verdeutlicht: Die Hausbetreuer sind ausdrücklich im Programm der integrierten Stadtentwicklung erwähnt als Paradebeispiel einer Verknüpfung von Wohnumfeld und Arbeitsmarkt. Es ist unerträglich, dass diese abgeschafft werden.

(Beifall bei der SPD)

Daher unsere Aufforderung: Denken Sie hier um als Senat, lassen Sie nicht die wirklich guten Projekte sterben und legen Sie der Bürgerschaft endlich den überfälligen Bericht zur Arbeitsmarktpolitik vor. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Hochheim.

Dr. Natalie Hochheim CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Schwierige an der Diskussion ist, dass Frau Badde sehr viele The-

(Dr. Natalie Hochheim)

men gestreift hat, die auf vielen verschiedenen Ebenen liegen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist immer eine Herausforderung!)

– Ganz ruhig, ich habe noch nicht einmal angefangen, inhaltlich zu argumentieren.

Ich versuche, einige Punkte herauszugreifen. Momentan ist viel Bewegung in der Arbeitsmarktpolitik und da ist es auch wichtig, dass wir darüber sprechen. Ich beginne mit Ihrem Antrag, sicherlich das Einfachste. Hier fordern Sie, dass der Bericht endlich vorgelegt wird, der im Koalitionsvertrag zwischen GAL und CDU festgelegt worden ist. Ich habe mich daraufhin an die Behörde für Wirtschaft und Arbeit gewandt und gefragt, wann er kommt. Hier wurde mir gesagt, dass der Bericht sich in der externen Behördenabstimmung befinde, er solle nach dem Fahrplan Ende Dezember den Senat erreichen. Ich denke, dass wir uns Anfang 2010 in der Bürgerschaft damit befassen können. Der Bericht umfasst jedoch nur das SGB II und nicht, wie Sie das in Ihrem Antrag gefordert haben, auch das SGB III. Das hat einen einfachen Grund. Wir haben das damals deshalb so gemacht, weil Hamburg keine Kompetenz für das Arbeitslosengeld I hat. So ist es konsequenter und besser, wenn wir nur das Arbeitslosengeld II betrachten.

Wenn wir bei dem Thema Kompetenzen sind, also den Zuständigkeiten, dann sind wir auch gleich bei der Großen Anfrage und bei dem Thema, das uns am meisten bewegt. Sie haben die Große Anfrage betitelt mit den Worten "Wie nutzt Hamburg den gestiegenen Gestaltungsspielraum in der Arbeitsmarktpolitik". Darauf kann ich kurz eine Antwort geben: meiner Meinung nach intensiv. Wir haben einen arbeitsmarktpolitischen Ansatz, der bundesweit einmalig ist, nämlich eine intensive Verknüpfung zwischen Arbeitsmarktpolitik und der sozialen Stadtteilentwicklung. Ein Drittel unserer Arbeitsmarktmittel geht in benachteiligte Stadtteile und das ist ein Großstadtansatz, den es nur bei uns in Hamburg gibt.

Wenn man sich aber mit dieser Frage auseinandersetzt, nämlich den gestiegenen Gestaltungsspielräumen, dann kommt man sofort zum Koalitionsvertrag auf Bundesebene und dort haben wir tatsächlich ein Problem, das wir als CDU schon in der Presse artikuliert haben, die zwischen CDU und FDP festgelegte getrennte Trägerschaft. Würde das vollzogen werden, dann wären wir aus der Arbeitsmarktpolitik heraus. Wir könnten keine Hamburger Schwerpunkte mehr setzen und müssten hier auch nicht mehr darüber diskutieren; es wäre nämlich eine reine Bundesangelegenheit. Das wollen wir alle im Hause nicht, wie ich das mitbekommen habe, und wir kämpfen auch dagegen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wir als CDU-Fraktion haben am Montag den Beschluss gefasst, dass wir den Senat mit allen Kräften unterstützen, indem wir optieren und damit auch den Gestaltungsspielraum noch erweitern, aber dafür auch jegliche Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik übernehmen. Das wird auf Bundesebene nicht einfach werden. Nächste Woche ist die Arbeits- und Sozialministerkonferenz, da werden wir als Hamburger das Thema klar zur Sprache bringen und sagen, dass wir optieren wollen. Es ist nicht so, Frau Badde, wie Sie sagten, es sei rechtlich nicht möglich. Es gibt Juristen, die der Ansicht sind, dass es rechtlich nicht möglich ist, es gibt aber wiederum andere, die sagen, es sei möglich. Da gibt es ein sehr gutes Gutachten, ich glaube, aus Rheinland-Pfalz. Hier wird gesagt, dass es rechtlich möglich sei und man weiterhin die Optionsmöglichkeiten erweitern könne. Genau in diese Richtung wollen wir ansetzen. Wir versuchen, alle Kanäle in Bewegung zu setzen, um für unsere Position zu werben.

Ich habe jetzt vernommen, dass die SPD uns auch unterstützen möchte, das nehmen wir gern mit auf. Ich würde sogar so weit gehen, die Bitte zu äußern, dass Sie auf Ihre A-Länder zugehen, die SPD-geführten Länder, und dort sagen, dass Hamburg optieren möchte. Hamburg weiß, wenn wir nicht optieren können, dass es wahrscheinlich für die nächsten 20 oder 30 Jahre keine Möglichkeit mehr geben wird, sondern immer eine Bundeskompetenz sein wird. Das wäre für uns als Großstadt eine Katastrophe.

Deswegen zum Schluss meiner Rede eine kurze Bitte: Setzen Sie sich dafür ein, dass sich SPD-geführte Bundesländer ebenfalls dafür öffnen, dass wir optieren können. Wenn Hamburg geschlossen dasteht, können wir wahrscheinlich auf Bundesebene einiges bewegen und dann weiterhin die Möglichkeit herbeiführen, dass wir in Hamburg Arbeitsmarktpolitik gestalten. Dann können wir auch weiter darüber streiten im Sinne der Arbeitslosen, weil wir näher dran sind, wir können es gemeinsam besser. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube auch, dass das Thema Arbeitsmarkt und das Thema Umsetzung dessen, was sich Schwarz-Gelb in den Koalitionsvertrag geschrieben hat, hier noch zu der einen oder anderen spannenden Debatte führen wird. Es freut mich zu hören, dass die SPD den Weg in Richtung Optionskommune unterstützen will. Der Weg ist wahrscheinlich etwas steinig, Frau Dr. Hochheim hat das angesprochen. Unklar sind dabei noch vie-

(Antje Möller)

le Dinge, aber Hamburg hat einen guten Impuls gegeben mit dem öffentlichen Signal, dass wir das schwarz-gelbe Modell nicht wollen, sondern wir gehen unseren eigenen Weg. Andere Städte ziehen nach, Stuttgart wahrscheinlich, München vielleicht und im Ruhrgebiet rührt sich auch einiges; dies vielleicht als kleiner Vorspann.

Ihre Große Anfrage, Frau Badde, finde ich richtig gut, sie stellt die richtigen Fragen. Ich glaube nur, zu einem Zeitpunkt, der noch etwas früh ist, denn die Neuausrichtung der Instrumente hat erst im Jahr 2009 begonnen. Jetzt gibt es zwar Zahlen und erste Ergebnisse, man kann die Platzzahlen abfragen, man kann die ausgegebenen Mittel abfragen, aber an die Wirkungen kommt man noch nicht richtig heran.

Ich bedaure es auch sehr, dass ein großer Teil der Fragen einfach nicht beantwortet wurde. Ich habe allerdings eine etwas andere Analyse, ich glaube, es hat viel damit zu tun, dass ein Teil der Statistiken wieder von der BA geführt wird und nicht von der team.arbeit.hamburg, sodass auch hier scheinbar der Zugriff auf die Daten erschwert wird. Die Große Anfrage zeigt, dass die ARGE schon versucht, die neuen Möglichkeiten zu nutzen. Es zeigt aber auch immer wieder, dass hier vieles geschieht, das sich unserer Debatte einfach verschließt, auch wenn wir das jetzt an den Wirtschaftsausschuss überweisen und hierdurch noch mehr Möglichkeiten zur Diskussion haben. Die Steuerungsmöglichkeiten für die Stadt sind begrenzt und, wenn man das etwas unfreundlich formuliert, dann gibt es einfach immer noch eine Fernsteuerung aus Nürnberg. Das positive Image, das Sie der klugen Bundespolitik verleihen wollen, würde ich an der Stelle eindeutig nicht teilen.

(Ingo Egloff SPD: Jetzt nicht mehr!)

Im Übrigen muss man auch sagen, dass diese getrennte Trägerschaft auch eines der Modelle war, die der Bundesarbeitsminister Olaf Scholz vorgeschlagen hat als Reaktion auf die Karlsruher Entscheidung.

(Ingo Egloff SPD: Scholz wollte die Verfassung ändern!)

Fünf Jahre Hartz IV, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte etwas erreichen. Die Idee war, ineffektive bürokratische Doppelstrukturen zu beseitigen. Die Bilanz ist schlicht und einfach ernüchternd, es ist nicht gelungen, die Hartz-IV-Reform ist zum Synonym für bürokratischen Wildwuchs geworden.

Das Konzept "Fordern und Fördern" hat mit seiner einseitigen Betonung des Forderns in sehr vielen Fällen nicht das Miteinander von Arbeitslosen, Vermittlern und Vermittlerinnen gestärkt, sondern es ist zu einem zähen, sehr mühsamen Miteinanders um die richtige Art von Unterstützung geworden. Deswegen bleibt es also spannend, wie wir, wenn wir dann optimieren können, die Situation

hier für Hamburg verbessern können, denn verbessern müssen wir sie schon allein der Kundinnen und Kunden wegen, aber auch wegen der Notwendigkeit besserer politischer Steuerung.

Wir haben uns viel vorgenommen in der Koalition, in der Unterstützung der Quartiere, im Bereich der Beschäftigung und der damit verbundenen Ziele. Wir müssen sehen, ob wir dies als Optionskommune besser umsetzen können. Wir können es jedenfalls überhaupt nicht umsetzen, wenn es jetzt zu einer getrennten Trägerschaft kommt.

Die getrennte Trägerschaft, um das einmal zu skizzieren, würde bedeuten, dass jeder Kunde und jede Kundin zwei Leistungsbescheide bekommt, mindestens zwei Ansprechpartner oder Ansprechpartnerinnen hat, zweimal Wege gehen muss und zweimal zu Besprechungen kommen muss. Außerdem gäbe es für uns in der Bürgerschaft überhaupt nicht mehr die Möglichkeit, über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die Modelle der Beschäftigung zu reden. Die getrennte Trägerschaft wird im Übrigen ebenfalls verfassungsrechtlich wahrscheinlich keinen Bestand haben. Der Bund ist schlicht und einfach kein Organ der Fürsorge, aber das sollen andere diskutieren. Wir haben deutlich unseren Willen geäußert und werden sehen, wie weit wir damit kommen. Ich hoffe, dass Hamburg, aber auch die eine oder andere Stadt, erfolgreich sein wird.

Die Idee der letzten zwei Jahre war, die Instrumente wie den Beschäftigungszuschuss und die Arbeitsgelegenheiten dazu zu nutzen, den schwächsten Zielgruppen Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben. Die Beispiele, die Sie, Frau Badde, eben genannt haben, Hausbetreuer und andere, machen aber auch wieder deutlich, weswegen das so schwierig ist. Es ist inzwischen eingeführt, dass die Bindung an den Stadtteil durch die Beteiligung der Bezirke bei der Vergabe der jetzt 3000 Arbeitsgelegenheiten stattgefunden hat. Ihre Stimme, die Stimme der Bezirke, wird mit 25 Prozent in die Bewertung der vorgeschlagenen Projekte eingehen. Andererseits gibt es eine Vorabbewertung, die sich lediglich an den bundesrechtlichen formalen Vorgaben orientiert. Schon an dieser Stelle fallen zum Beispiel die Hausbetreuer, aber auch große Teile der Angebote im grünen Bereich, schlicht und einfach heraus.

Im letzten Interessenbekundungsverfahren wurde die Hälfte der von den Beschäftigungsträgern vorgeschlagenen stadtteilbezogenen Arbeitsgelegenheiten vorab, bevor sich die Bezirke überhaupt dazu äußern konnten, aus dem Verfahren herausgekickt mit dem Hinweis auf formale Vorgaben; ich nenne das Stichwort Zusätzlichkeit. Daran muss sich etwas ändern. Alle Angebote müssen bei denen ankommen, die entscheiden. Das geht aber nur, wenn der Einfluss der BA an dieser Stelle geringer wird; das ist vielleicht ein Detailbeispiel. In

(Antje Möller)

Wirklichkeit wollen wir natürlich nicht, dass sich jahrelang eingeschlichene AGHs überhaupt nicht verändern, dass es nicht im Endeffekt doch dazu kommt, hier einmal tatsächlich feste Beschäftigungsperspektiven zu schaffen.

Man darf nicht durch diese formalen Vorgaben langjährig erfolgreiche Projekte einfach auslaufen lassen, ohne überhaupt als entscheidende Instanz zu verstehen, dass es sich hierbei um ein langjähriges Projekt gehandelt hat. Hier muss man immer wieder nachsteuern und die beiden Kolleginnen, die mit dem Thema befasst sind, wissen, dass hier sehr viel nachgesteuert wird, dass ein Großteil der Beschäftigungsgelegenheiten jetzt auch noch weiterentwickelt wird.

Das Problem der Interessenkonflikte zwischen Stadt und Bundesagentur für Arbeit besteht zum Beispiel auch bei der normalen Vermittlungsarbeit. Hamburg hat einen hohen Anteil an ALG-II-Empfängerinnen, die trotz Erwerbsarbeit nicht aus der Hilfebedürftigkeit herauskommen. Die Kritik, die hier deutlich geäußert wird, geht dahin, dass zu oft und zu schnell in schlechte, nicht geeignete und prekäre Jobs vermittelt werde. Warum macht team.arbeit.hamburg das? Weil die möglichst schnelle Arbeitsaufnahme die wichtigste Zielvorgabe ist. Der Effekt ist aber, dass der Lohn, den ein sogenannter Aufstocker erhält – es sind in der Regel Menschen, die zusätzliche Leistungen bekommen –, die Leistungen reduziert, die die ARGE auszuzahlen hat. Die Einsparungen werden aber hier nicht zwischen Bund und Kommunen gerecht aufgeteilt, sondern zuerst wird die Leistung des Bundes angerechnet und erst dann die von der Kommune, also die von Hamburg gezahlten Kosten der Unterkunft. Der Bund ist sozusagen schneller heraus aus seiner Leistungsverpflichtung. Ein schlecht verdienender Aufstocker ist für den Bund kein Kostenfaktor mehr, für die Kommune allerdings noch weiterhin, indem sie zum Beispiel die ganze Miete zahlen muss.

Das sind Details, aber Arbeitsmarktpolitik besteht aus sehr vielen Details und wir wollen etwas daran ändern. Ich glaube, die Debatte im Wirtschaftsausschuss wird uns einen Weg in die richtige Richtung zeigen. Ich hoffe, dass es dann auch mehr Informationen gibt. Sie haben es erwähnt, nach der Sitzung der Arbeits- und Sozialminister wissen wir hoffentlich mehr, ob Hamburg mit seinem Weg erfolgreich ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der SPD auf Vorlage des Berichtes ist auf jeden Fall zu

begrüßen. Allerdings sind Zweifel angebracht, ob so ein Bericht zur Arbeitsmarktpolitik für mehr Erhellung sorgen kann, wenn schon in der Großen Anfrage in der Vorbemerkung erwähnt wird, dass so viele interessante Daten gar nicht erst erhoben würden. Fraglich kann das Ergebnis auch sein, wenn die handelnden Behörden sich selbst beurteilen sollen und müssen. Das wird auch sichtbar, wenn man sich diese Große Anfrage und die gegebenen Antworten genauer anschaut. Problematisch ist, dass Projekte zur Eingliederung von Arbeitslosen ausschließlich von den Beschäftigungsträgern allein geplant und durchgeführt werden. Die benötigten sogenannten Ein-Euro-Jobber für die Arbeitsgelegenheiten werden dann nicht zielgenau von team.arbeit.hamburg zugewiesen, sondern können mithilfe des Infosystems "Mistral" von den Trägern selbst ausgewählt werden. Wie wenig Wissen darüber vorhanden ist, was die Menschen in diesen Arbeitsgelegenheiten an Arbeit leisten und wie wenig darauf geachtet wird, ob diese Arbeit zusätzlich und gemeinnützig ist, kann man auch der Großen Anfrage entnehmen.

Ein Beispiel aus der Praxis: Unsere Bezirksfraktion im Bezirk Hamburg-Mitte hat eine Anfrage zu Beschäftigungsverhältnissen in der Grünpflege im Bezirk gestellt. Herausgekommen ist, dass für die Grünpflege des gesamten Bezirks elf festangestellte Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Für einen so großen Bezirk ist das sehr bitter. Aber keine Angst, damit die Grünanlagen gepflegt werden und nicht vollkommen vermüllen, werden 89 Ein-Euro-Jobber eingesetzt. Was an der Grünpflege von Parks und Grünanlagen zusätzliche Arbeit ist, die sonst nicht getan wird, ist allerdings nicht ganz nachvollziehbar.

Wenn man also seine hoheitlichen Aufgaben nicht mit eigenen Mitarbeitern bestreiten kann, sollte es selbstverständlich sein, dass die Verwaltung Aufträge an Firmen vergibt, die dann die Möglichkeit hätten, reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Hier wird also eigentlich mit staatlichen Mitteln die Einrichtung von regulären Arbeitsplätzen verhindert. Diese Beispiele lassen sich fortführen. Gerade im Dienstleistungsgewerbe ist dies immer mehr zu verzeichnen. Ganze Unternehmen stützen sich inzwischen auf diese Ein-Euro-Jobber und anderweitig staatlich bezuschusste Arbeitnehmerinnen, unter anderem Aufstocker. In dem Film "Die Armutsindustrie" der Reihe ARD-exklusiv wurde dies anschaulich dargestellt. Da putzen zum Beispiel Ein-Euro-Jobberinnen in einem Haushaltsprojekt bei einer Rechtsanwältin, da stellen qualifizierte Facharbeiter für eine Privatfirma, die ihre Fertigung aus China zurück nach Deutschland verlegt hat,

(Elisabeth Baum)

Trampoline her und so weiter. Viele dieser Maßnahmen verhindern reguläre Arbeitsplätze.

Im Anhang der Anfrage befindet sich eine Liste, in der angegeben wird, wie viele Arbeitsgelegenheiten in welchen Institutionen angesiedelt sind. Es gibt Träger, die zwischen 500 und 700 Teilnehmer betreuen. Wie hier von team.arbeit überprüft werden kann, in welchen Bereichen und ob überhaupt Qualifizierung und als zusätzlich zu bezeichnende Arbeit geleistet wird, ist sehr fraglich. Man kann die Qualifizierung und Wiedereingliederung sicher nicht allein den Trägern überlassen.

Dazu kommt die eigene schwierige Personalsituation der team.arbeit, gerade in den Dienststellen, die sich in sogenannten Problembezirken befinden und wo Menschen qualifiziert über die vorhandenen und die passenden Förderinstrumente beraten werden sollten. Im Stadtteil Wilhelmsburg soll es zum Beispiel inzwischen pro Sachbearbeiter 600 zu betreuende Arbeitssuchende geben. Die Überlastung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zeigt sich in einem sehr hohen Krankenstand.

(Jörn Frommann CDU: Da haben Sie die Anfrage nicht richtig gelesen!)

Es ist klar, dass sich dieses Verhältnis in der Situation der Krise – die erst im Frühjahr auf dem Arbeitsmarkt sichtbar werden wird – nicht verbessern wird. Kontraproduktiv ist auch, dass zurzeit Mitarbeiterinnen für die Vermittlung und Beratung nur befristet eingestellt werden. Das führt dazu, dass sich auf solche Stellen weniger qualifizierte und erfahrene Mitarbeiter bewerben als gebraucht würden. Dadurch wächst dann wieder der Druck auf bereits vorhandene Mitarbeiter und es ist stark zu bezweifeln, dass Arbeitssuchende wirklich maßgeschneidert beraten und gefördert werden. Vor diesem Hintergrund ist darüber nachzudenken, ob aus Hamburg eine Optionskommune gemacht werden soll, so wie es Senator Gedaschko publik gemacht hat.

Es gibt aber noch mehr Behinderungen der Vermittlungstätigkeit. So kam uns zu Ohren, dass vor Kurzem eine interne Anweisung veröffentlicht wurde, keine Bildungs- und Qualifizierungsgutscheine mehr zu vergeben. Gerade dieses Instrument ist aber als sinnvoll zu betrachten, was auch in der Anfrage beantwortet wurde. Insgesamt muss man feststellen, dass die Überprüfung der angewendeten Instrumente nicht befriedigend ist. Wie kann es sein, dass Bewerber immer wieder berichten, sogenannte Personalvermittler würden Stellen nur an Arbeitssuchende mit entsprechenden Vermittlungsgutscheinen vermitteln?

Abschließend muss man feststellen, dass einige Instrumente wenig geeignet sind, um Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Eher im Gegenteil, sie verhindern die Schaffung von regulären und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Sie kön-

nen auch noch so sehr an arbeitsmarktpolitischen Instrumenten herumschrauben, wenn die entsprechenden Voraussetzungen nicht stimmen. Wir sind daher gespannt auf den beantragten Bericht und hoffen auf nachhaltig gute Ideen, die die Vermehrung der Arbeitsplätze in Hamburg zur Folge haben und nicht deren Verhinderung.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz auf einige der Aspekte eingehen. Frau Baum, vielleicht zuerst zu Ihnen. Ich bin mittlerweile in vielen Projekten unterwegs gewesen, in denen Ein-Euro-Kräfte eingesetzt sind und teile Ihre Einschätzung, damit keine reguläre Arbeit ersetzt zu wollen, aber ich will auch deutlich sagen, was ich dort höre. Für viele Menschen bedeutet es nämlich Halt, Inhalt und die Möglichkeit zum Aufstieg und viele Menschen bedauern, dass diese Maßnahmen befristet sind oder wenn solche Plätze wegfallen. Die Ein-Euro-Jobs sind für viele Menschen in diesem Land ein Segen.

(Beifall bei der CDU – Wolfgang Rose SPD: Weil sie nichts Anderes haben!)

– Zu dem, was wir stattdessen anbieten, komme ich gleich noch.

Sie bemängeln – das hat Frau Badde auch gesagt – den Abbau von Ein-Euro-Jobs und auf der anderen Seite haben Sie bemängelt, dass wir in der Anfrage nicht auf die Rechnungshofkritik eingehen. In der Debatte ist deutlich geworden – Frau Möller hat es dargestellt, Frau Hochheim hat es dargestellt –, dass genau da der Schlüssel liegt. Wir müssen nämlich darauf achten, die Kriterien einzuhalten und deswegen sind auch Ein-Euro-Jobs nicht mehr in dem Maße möglich, wie sie es früher waren. Wir wollen aber umsteuern mit dem Job-Aktiv-Programm und mit anderen Programmen, um dem Ziel näherzukommen, wirklich Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren zu können.

Deshalb halten wir es auch für so wichtig, die Arbeitsmarktpolitik in Hamburg aus einer Hand gestalten zu können. Denn wir können uns vorstellen, noch sehr viel mehr zu tun, um gerade für die Menschen, die wirklich auf dem ersten Arbeitsmarkt gar keine Chance mehr haben, statt sie mit Ersatzleistungen zu versorgen, tatsächlich sozial vernünftige, für die Kommunen, für die Nachbarschaft wichtige Arbeitsplätze schaffen zu können und zum Beispiel für Menschen mit Behinderungen dauerhafte Nachteilsausgleiche bezahlen zu können, denn bei vielen Instrumenten, die nur kurzfristig

(Senator Dietrich Wersich)

wirken, reicht das nicht aus, um damit tatsächlich dauerhaft Arbeit zu sichern.

Deshalb brauchen wir die Optionskommune und da kann ich mir auch eine Bemerkung Richtung SPD nicht ganz verkneifen. Ich war Vorsitzender der Arbeits- und Sozialministerkonferenz in 2008 und wir haben in dem Jahr unter meiner Leitung intensiv um einen Kompromiss gerungen. Es war nicht nur die CDU-Bundestagsfraktion, es war Olaf Scholz und die SPD, die mit der kompletten Weigerung, eine Ausweitung der Optionskommunen zuzulassen, diesen Kompromiss zu Fall gebracht hat.

(Olaf Ohlsen CDU: Hört, hört! – Beifall bei der CDU)

Ich habe die Nachtsitzung noch in Erinnerung. Diese beinharte Haltung der SPD hat mit dazu geführt, dass wir am Ende nicht das notwendige geschlossene Votum liefern konnten. Insofern ist es also gut und konsequent und aus meiner Sicht wirklich sehr erfreulich, wenn sich das gesamte Haus hinter den Wunsch Hamburgs stellt, Optionskommune zu werden, mit dem Ziel, auch in Zukunft immer mehr dazu zu kommen, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Joithe.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Optionskommune soll es jetzt richten. Wenn die Karre so richtig im Dreck ist, dann hat man die größten Ideen und macht aus einem Land – davon spricht gar keiner, Hamburg ist nicht nur eine Stadt, es ist auch das Land Hamburg – eine Optionskommune. Bisher waren das eher Kleinstädte.

Herr Wersich, Ein-Euro-Jobs sind ein Segen, das hat mir dann doch in den Ohren geklungen. Wenn ich keinen anderen Job bekommen kann, dann ist für denjenigen, der betroffen ist und von dem geringen Regelsatz leben muss, der Ein-Euro-Job sicher ein Segen. Zum einen, weil er sich irgendwo betätigen kann, weil ihm sonst, wie viele sagen, das Dach auf den Kopf fällt, zum anderen natürlich auch aus finanziellen Gründen, aber eben weil es nichts anderes gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Da sind wir gleich beim Thema der sogenannten Hausbetreuer. Es gibt Unterschriftenlisten, wo Tausende von Mietern unterschrieben haben, dass sie gerne weiter diese Hausbetreuer haben würden, und es gibt die Aussagen dieser Hausbetreuer, dass dieser Job sie aufgewertet hat, dass sie wieder das Gefühl haben, etwas tun zu können und diesen Job gerne weiter machen würden. Das ist

nicht verwunderlich. Verwunderlich ist nur, warum, wenn diese Jobs so gut anschlagen, das keine sozialversicherungspflichtigen Jobs sind.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Warum realisieren SAGA und andere halbstädtische Verwaltungen nicht genau das, was notwendig wäre, nämlich sozialversicherungspflichtige Jobs? Das gäbe den Leuten dann auch nicht das Gefühl, dass es nur zehn Monate dauert und sie außerdem irgendwelchen merkwürdigen Anleitern ausgesetzt sind, sondern sie hätten wieder einen richtigen Job. Das wäre es doch eigentlich und nicht dieses Hin und Her und diese Arbeitsgelegenheit. Es ist eine Gelegenheit und nichts anderes, das haben wir immer so gesagt und dazu stehen wir. Ganz sicher kann man aus einem solchen Job sozialversicherungspflichtige Jobs machen und dann sogar ausnahmsweise einmal die Kompetenz nutzen, die in diesem Ein-Euro-Job entstanden ist. Meistens ist das nämlich nicht der Fall, nicht zielführend und auch ohne Perspektive.

Wie schon erwähnt, wird meine Fraktion dem Petition des Antrags grundsätzlich zustimmen, da darin die BWA und mittelbar team.arbeit.hamburg aufgefordert werden, einen arbeitsmarktpolitischen Rechenschaftsbericht vorzulegen, denn dies scheint mehr als geboten. Zwar fällt auf, dass sich team.arbeit.hamburg bei der Beantwortung der Großen Anfrage mehr Mühe gibt als früher – ein Umstand, der vermutlich auf die anstehende SGB-II-Strukturreform zurückzuführen ist –, doch zahlreiche Fragen zur Arbeitsmarktpolitik sind aufgrund einer mangelhaften Daten- und Erhebungsgrundlage unzureichend und ausweichend beantwortet. So scheint namentlich die Ausgabe von Vermittlungsgutscheinen – die wurden vorhin schon erwähnt – im Rechtskreis des SGB II wahllos und unkontrolliert zu verlaufen, siehe Frage 1, Punkt 10. Auch die Evaluation der Arbeitsgelegenheit bleibt weiterhin unzureichend. Dass der Senat sich mit der wichtigen Frage der Wettbewerbsneutralität von Arbeitsgelegenheiten noch immer nicht befasst hat, erscheint fast schon nicht mehr verwunderlich.

Die Große Anfrage zur Neuausrichtung bestätigt im Wesentlichen die arbeitsmarktpolitische Hilflosigkeit des Senats. Dass die Ein-Euro-Jobs noch immer den mit Abstand größten Mitteleinsatz verschlingen – siehe Frage 1, Punkt 2 –, ist ein arbeitsmarktpolitisches Armutszeugnis. Unerklärlich bleibt, dass team.arbeit.hamburg Fallzahlen gegen Null für irregulär durchgeführte Ein-Euro-Jobs ausweist, während der Bundesrechnungshof in seinen Prüfungen von drei Viertel der Maßnahmen ausgeht, die wenigstens gegen eines der Kriterien Zusatzlichkeit und öffentliches Interesse verstoßen. Ebenfalls vom Rechnungshof gibt es Zahlen aus Wandsbek, da geht es um 167 Ein-Euro-Jobs, wo-

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

von nur zwölf den Anforderungen entsprachen. Die anderen waren nicht rechtmäßig.

Der Eindruck bleibt bestehen, dass die Arbeitsausbeutung von billigen und rechtlosen Beschäftigten im Wege des Sozialrechts weiterhin erwünscht ist und man deshalb mit Bedacht nicht so genau hinschauen mag. Ähnlich verhält es sich mit der Förderung durch das sogenannte Hamburger Modell. In 2009 wurden von 6288 Anträgen 6100 bewilligt, wobei lediglich 102 Anträge abgelehnt wurden, 86 wurden nämlich zurückgezogen. Hier entsteht der Eindruck, ein Unternehmen, das sich Lohnanteile aus Steuergeldern erstatten lassen möchte, müsse nur "hier" rufen und schon werde das Geld bedenkenlos hinterhergeworfen. Auch von den 1109 geförderten Maßnahmen gemäß Paragraf 16 e SGB II, die sogenannte JobPerspektive, entfallen 102 direkt auf privatwirtschaftliche Anbieter. Dass die für eine soziale Stadtentwicklung hochwichtige Quartiersarbeit nicht, wie schon erwähnt, durch reguläre und gut bezahlte Arbeitsverhältnisse sichergestellt ist, sondern durch perspektivlose, unterbezahlte und entrechtigte Beschäftigungsverhältnisse, ist eine der grundlegenden stadtentwicklungs- und arbeitsmarktpolitischen Fehlentscheidungen der schwarz-grünen Koalition, Frau Möller.

Unsere Einschätzung der Großen Anfrage und des Antrags der SPD bleibt jedoch ambivalent. Einerseits soll der Senat offensichtlich der arbeitsmarktpolitischen Konzeptionslosigkeit überführt werden, andererseits drängt sich aber der Eindruck auf, dass noch einmal, Frau Badde, die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Errungenschaften des jüngst abgelösten und als Parteichef nach Hamburg zurückgekehrten Bundesarbeitsministers Scholz gefeiert werden sollen. Auch nach dem drastischen Machtverlust im Bund ist die Hamburger SPD nach wie vor nicht bereit, Hartz IV als das zu bezeichnen, was es ist: nämlich volkswirtschaftlich ruinös und unmenschliche Bürokratie. Gerade angesichts der anstehenden SGB II-Strukturreform und der ambitionierten Pläne des Wirtschaftssenators für Hamburg – die Optionskommune – wäre es wichtig zu erfahren, ob die Hamburger SPD sich weiterhin bevorzugt um die 2000 Beschäftigten bei der team.arbeit.hamburg und die umsorgte Trägerlandschaft kümmert oder ob die 200 000 Hamburger, die von der team.arbeit.hamburg so gerne als Kunden bezeichnet werden, endlich ins Zentrum des sozialpolitischen Interesses gerückt werden, und zwar mit den folgenden Prioritäten: Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums, Sicherung der Unterkunft, Schluss mit dem Sanktionsparagrafen 31 SGB II, sinnvolle und selbstbestimmte Aus- und Weiterbildung und Sicherung – das ist sicher mit das Wichtigste – und Schaffung von regulären und auskömmlich bezahlten Arbeitsplätzen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Badde.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das können wir alles im Wirtschaftsausschuss diskutieren!)

Elke Badde SPD:* – Machen wir auch.

Ich möchte nur ganz kurz auf Herrn Wersich reagieren, mit Herrn Joithe kann ich dann im Wirtschaftsausschuss über die Sinnhaftigkeit von Ein-Euro-Jobs diskutieren. Ich fand es sehr positiv, dass Herr Wersich jedenfalls den Rechnungshofbericht kannte. In der Großen Anfrage wurde immerhin noch mitgeteilt, das sei dem Senat nicht bekannt. Vielleicht ist das privates Wissen, aber das ist schon sehr vorteilhaft.

(Beifall bei der SPD)

Über eines sind wir uns einig. Wenn die CDU sich jetzt aufschwingt, die optimale Organisation der Arbeitslosenverwaltung und die Armutsbekämpfung voranzutreiben, so kann man dem nur entgegenen, dass die dauerhafte Absicherung gegen Armut und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse der Mindestlohn ist und der wird systematisch von der CDU-Fraktion verhindert.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn Sie, Herr Wersich, als Augen- und Ohrenzeuge natürlich im Jahre 2008 dabei waren, so ging es nicht um den Begriff der Optionskommune. Damals hat Hamburg das überhaupt nicht ziehen wollen. Was Arbeitsminister Scholz damals verfolgt hat, war die Verfassungsänderung und die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung, die dadurch ermöglicht werden sollte. Es gab überhaupt keine Diskussion darüber, dass die SPD dazu steht, und es war allein durch die Bundestagsfraktion der CDU gekippt worden. Das haben wir zu kritisieren und das wollte ich einmal richtigstellen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksachen 19/4287 und 19/4277 an den Wirtschaftsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen. – Das Überweisungsbegehren ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zum Punkt 33 der Tagesordnung, Drucksache 19/4518, Antrag der SPD-Fraktion: Verbesserungen beim Angebot an Park-and-ride-Stellplätzen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Verbesserungen beim Angebot an Park-and-ride-Stellplätzen
– Drs 19/4518 –]**

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/4625 ein gemeinsamer Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Green Capital 2011 – Qualitätssteigerung bei
Park-and-ride
– Drs 19/4625 –]**

Wer wünscht das Wort? Herr Hesse bitte.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute ein Thema, das es verdient, diskutiert zu werden, da es eine lange Erfolgsgeschichte hat, nämlich das P+R-Konzept. Wir können diese Debatte sehr, sehr kurz halten, denn zwischen allen Fraktionen scheint Einigkeit zu bestehen, dass es sich um ein sinnvolles Mittel handelt, den motorisierten Individualverkehr auf die Schiene zu bringen und dass es sich auch lohnt, heute vielleicht einmal zu schauen, wie man das verbessern kann. Insofern, liebe Kollegin Timmermann, bin ich auch ganz dankbar, dass sich, ähnlich wie bei uns in der Fraktion, in der SPD Mitglieder Gedanken gemacht haben, was man tun könnte. Nur ist uns Ihr Antrag, und das erkennen Sie auch an unserem Zusatzantrag, nicht weitgehend genug.

(Ingo Egloff SPD: Das war völlig klar, Herr Hesse!)

Wenn man P+R etwas intensiver diskutieren will, dann sollte man den einen oder anderen Punkt aufgreifen, der es verdient, auch aufgegriffen zu werden. Die Einigkeit, den ÖPNV zu fördern, bezieht sich auf folgende Punkte. Zum einen besteht Einigkeit darin, schauen zu müssen, wo wir die Konzepte des P+R in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein optimieren wollen. Wir wollen aber auch die Gelegenheit nutzen zu prüfen, ob vielleicht Missbrauchsfälle, die wir auf P+R-Plätzen durchaus feststellen, beseitigt werden können. Ein Beispiel: Bei uns in Ohlsdorf erleben wir es, seit die Flughafen-S-Bahn fährt, schon, dass der eine oder andere aus dem Umland sein Auto dorthin stellt, zwei Wochen nach Malle fliegt und anschließend die P+R-Nutzer, die ihr Auto abstellen wollen, keinen Parkplatz mehr finden. Das ist der Nachteil, wenn alle P+R-Parkplätze jederzeit für jeden offen sind. Man muss sich die einzelnen P+R-Parkplätze anschauen, ob man nicht vielleicht mit anderen Regelungen Verbesserungen herbeiführen kann, sodass ein Missbrauch von P+R-Parkplätzen in Zukunft vermieden werden kann.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Wir wollen aber auch, liebe Kollegin Timmermann, auf das eingehen, was der ADAC vor wenigen Wochen bekanntgemacht hat und ihm steht da nicht

nur ein Fleißlob, sondern auch Anerkennung zu. Es gab eine entsprechende Studie, die Mängel bei P+R-Plätzen aufgelistet hat. Wenn wir attraktive P+R-Plätze haben wollen, dann müssen wir entsprechende Mängel, die dort festgestellt werden, beseitigen. Wir wollen vom Senat einen Plan zur Beseitigung der Mängel an diesen Stellplätzen und wir wollen wissen, wann und wie dies geschieht. Das ist sinnvoll, um das Konzept P+R weiterzuentwickeln.

Insofern möchte ich Sie bitten, heute unserem Antrag, den wir gemeinsam mit unserem grünen Koalitionspartner gestellt haben, zuzustimmen und damit dafür zu sorgen, dass die Qualität auf unseren P+R-Parkplätzen weiter zunimmt und dass auch noch weitere P+R-Parkplätze, insbesondere in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, wo wir die Pendler auf die Schiene bringen wollen, entstehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort hat Frau Karin Timmermann.

Karin Timmermann SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass Hamburg ständig steigende Pendlerzahlen zu verzeichnen hat. Circa 300 000 Menschen fahren täglich nach Hamburg, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Es besteht zunehmend der Bedarf, das Auto auf einer P+R-Anlage abzustellen, um auf den öffentlichen Personennahverkehr umzusteigen. Das ist unser aller Interesse, um damit einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, aber auch, um die Belastung der Haupteinfallsstraßen zu verringern. Lärm und Abgase – darüber haben wir schon ausgiebig gesprochen – auf Hamburger Straßen ließen sich damit natürlich erheblich reduzieren.

Sie haben auf die neuesten Untersuchungen des ADAC hingewiesen. Es steht da aber auch drin – darauf haben Sie nicht hingewiesen –, dass wir 20 000 Stellplätze auf 120 P+R-Anlagen zur Verfügung haben. Das bedeutet, dass die meisten Anlagen morgens um acht Uhr besetzt sind und somit ein Umsteigen auf den ÖPNV nicht möglich ist. Den Forderungen nach mehr Stellplätzen wird vom Senat nur in einem sehr geringen Maß nachgekommen. Das Klimaschutzprogramm legt vor, um circa 200 Plätze pro Jahr zu erweitern. Das ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein und vor diesem Hintergrund völlig unzureichend.

(Beifall bei der SPD)

Letztendlich wird man dieser sehr unbefriedigenden Situation nicht gerecht und wird nichts verändern können. Dazu kommt noch, dass wir seit ungefähr sechs Jahren Planungen in Poppenbüttel

(Karin Timmermann)

haben, wo es ein Versprechen einer Erweiterung des P+R-Platzes gab und die Realisierung noch nicht stattgefunden hat. Wir sind immer noch in der Planungsphase und auf die letzte von mir gestellte Anfrage, wann denn damit zu rechnen sei, hieß es, ein konkreter Termin des Baubeginns läge noch nicht vor. Die gleiche Situation gilt für die Anlage am U-Bahnhof Meiendorf. Vor dem Hintergrund dieser langen Planungs- und Umsetzungsphase ist es umso wichtiger, die bestehenden Kapazitäten auch auszunutzen. Dies betrifft insbesondere P+R-Anlagen, die näher zur Innenstadt liegen und deren Ausnutzung teilweise nur bei 50 Prozent liegt.

Um eine insgesamt bessere und gleichmäßigere Auslastung zu erreichen, ist es erforderlich, den potenziellen Nutzern aufzuzeigen, wo freie Parkplätze zur Verfügung stehen. Mit einem Park-and-ride-Leitsystem können Nutzern freie verfügbare Plätze in den umliegenden Anlagen angezeigt werden. Somit haben wir die Möglichkeit, Alternativen aufzuzeigen und nicht den Effekt, dass man dann doch entnervt mit dem Fahrzeug in die Stadt fährt. Mit der Einrichtung eines Park-and-ride-Leitsystems und einer entsprechenden Ausdehnung auf den gesamten HVV-Bereich nehmen wir eine Stärkung des ÖPNV vor, was eine Entlastung der Straßen, eine Verbesserung der Luftqualität, weniger Staus und weniger Unfälle zur Folge hätte und außerdem natürlich weniger Lärmemission, wieder zu Gunsten der Menschen.

Ein solches P+R-Leitsystem kann eine schnelle und bessere Auslastung der vorhandenen Park-and-ride-Kapazitäten erreichen und somit für eine Verbesserung der Situation sorgen. Was es nicht kann, ist, grundsätzlich das Problem der geringeren Kapazitäten zu lösen, was dann eben nicht zu einer Entlastung führt. Deswegen ist es notwendig, entschlossen ein Ausbauprogramm für Park-and-ride-Stellplätze an U-, S-Bahn und Regionalbahn zu erarbeiten und konkret die Kapazitäten zu erweitern. Das haben Sie auch in Ihrem Antrag stehen, Sie haben das ganz gut abgeschrieben und noch um den einen oder anderen Punkt ergänzt. Sie hätten sich die Mühe sparen und unserem Antrag zustimmen können, Herr Hesse.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Der war ja nicht weitgehend genug!)

– Er ist viel weitgehender, weil wir dafür sorgen möchten, dass vorhandene P+R-Anlagen auch genutzt werden.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Steht doch auch bei uns drin!)

– Das haben Sie nicht drinstehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hesse, Ihr Hinweis zu einer besseren Ausstattung der P+R-Plätze in Punkt vier und fünf ist

für mich gängiges Geschäft, das erwarte ich eigentlich von den Betreibern solcher P+R-Anlagen. Dies muss man nicht dezidiert in einem Antrag schreiben und auch der letzte Punkt, auf den Sie hingewiesen haben, ist ein hübscher Punkt mehr, den Sie dazugefügt haben. Sie hätten aber auch einmal deutlich machen können, dass substantiell etwas vorgelegt worden ist und man hätte auch nach außen hin einmal sagen können, dass es Dinge gibt, bei denen man sich in diesem Haus einig ist,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Hab ich doch gesagt!)

statt dieses Thema mit einem weiteren Antrag zu belegen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Gregersen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Martina kann das noch kürzer!)

Martina Gregersen GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich ist es sinnvoll, Park-and-ride-Plätze zu haben und diese zu fördern, denn je mehr Autos wir von der Straße bekommen, desto besser für unsere Stadt und die Bewohnerinnen und Bewohner. Das ist aus Klimaschutzgründen sehr wichtig. Dazu gehören dann ordentliche Parkplätze, damit wir auch die Gäste von weiter her zum Umsteigen bewegen können. Deshalb sollte das Park-and-ride-Konzept überarbeitet werden, denn die Verbunderweiterung der S-Bahn bis Stade sind natürlich Einflüsse, die wir berücksichtigen müssen. Wir müssen auch darüber nachdenken, ob Park-and-ride-Plätze, die sich in der Innenstadt befinden, wie zum Beispiel am Berliner Tor, überhaupt noch sinnvoll sind, denn ich möchte gar nicht, dass jemand erst in die Stadt bis zum Berliner Tor fährt und dort dann gratis parken kann, um vielleicht noch zwei Haltestellen weiter zu fahren oder gar nicht mehr.

(Karin Timmermann SPD: Jetzt wird gleich die Frage von City-Maut angeschnitten!)

Wir müssen aber auch darüber nachdenken, dass Park-and-ride-Plätze Magneten für Kraftfahrzeugverkehre sind, Zubringerbusse eventuell gar nicht mehr so häufig genutzt werden und deshalb vielleicht auch seltener fahren und das vielleicht nicht ganz so positiv ist, wie wir es uns wünschen. Von daher muss ein Konzept erarbeitet werden, auch gemeinsam mit der Metropolregion, und wir müssen mit den anderen Gemeinden darüber sprechen.

Überfüllte P+R-Plätze lassen sich nur vermeiden, wenn Busse vielleicht schon gleich bis zur nächsten Bahn fahren. Dann brauchen wir auch nicht

(Martina Gregersen)

unendlich viele neue Plätze zu bauen und unendlich viel Geld hineinzustecken. Das ist alles zu bedenken. Die SPD aber fordert, wenn ein Platz überfüllt ist, dann muss ein Leitsystem eingebaut werden. Da müsste die SPD uns bitte auch erklären, gerade vor dem Hintergrund des Haushalts, wo denn das Geld dafür herkommt und ob es wirklich so sinnvoll ist, wenn ich zum Beispiel in Hamburg auf einen Park-and-ride-Platz fahren möchte, dann zu erfahren, dass in Neugraben vielleicht noch ein Park-and-ride-Platz frei ist. Ich glaube nicht, dass das so nützlich ist, und es wird sehr viel Geld verschlingen. Sie sagen in Ihrem Antrag, dass 20 000 Stellplätzen täglich 300 000 Pendler gegenüberstehen. Das glauben wir nicht und von daher konnten wir Ihrem Antrag einfach nicht zustimmen.

(Karin Timmermann SPD: Hätte uns schon sehr gewundert!)

– Entschuldigung, Frau Timmermann, Sie sind der Meinung, dass wir das hätten tun können. Wir sind eben einer anderen Meinung.

Wir möchten weiter entwickeln, die Standorte und die Sinnhaftigkeit prüfen. Wir möchten gerne, dass der Senat uns dazu Konzepte entwickelt. Wir möchten aber auch, dass er uns darlegt, inwieweit die Mängel mit dem dafür zur Verfügung stehenden Geld überarbeitet werden können oder nicht. Mein Kollege Hesse sprach eben schon das Fremdparken derjenigen an, die den Park-and-ride-Platz nach den dafür geltenden Regeln eigentlich nicht nutzen sollten. Hier bitten wir den Senat zu schauen, wie man diesen Missstand vielleicht ändern kann.

Der ADAC hat mit seiner Prüfung festgestellt, dass etliche Plätze nicht mehr der Anforderung genügen; da sollte nachgebessert werden. Die Analyse hat aber auch gezeigt, dass Hamburg Spitzenreiter beim Angebot von kostenlosen Parkplätzen ist, und das wollen wir erhalten. Und damit in den Randgebieten noch mehr Autofahrer einen Anreiz bekommen, schauen wir einmal, ob wir nicht noch ein paar mehr bauen

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

oder sie verbessern können. – Vielen Dank.

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird Sie nicht wundern, dass auch wir es sehr begrüßen, dass in diese P+R-Geschichte etwas Bewegung kommt. Ich verstehe nur wirklich nicht, dass Sie, Frau Gregersen, jetzt sagen, Sie müssten vieles überprüfen und nachdenken. Das hätten Sie vielleicht schon länger einmal machen können.

Im Haushaltsausschuss haben wir eine Aufschlüsselung über die Kosten der geplanten Lärmschutzmaßnahmen bekommen. Unter Punkt 5 heißt es dort:

"Weiterentwicklung einer P+R-Strategie für den Ballungsraum Hamburg zur Reduzierung der Pendlerverkehre [...] Kosten (geschätzt) 70.000".

Wir haben dem bereits zugestimmt und insofern bitten wir Sie, das jetzt auch umzusetzen.

Aus unserer Sicht ist der letzte Satz des SPD-Antrages der wichtigste. Der Senat wird ersucht,

"der Bürgerschaft bis zum 30.06.2010 über die Umsetzung [...] zu berichten."

Vielleicht könnten Sie sich noch einen Ruck geben, in Ihren Antrag hineinzuschreiben, bis wann ein Bericht vorgelegt wird – sonst ist das doch hier bloß wieder eine Fingerübung gewesen.

(Zuruf von der CDU: Ne, ne!)

– Das ist eben der Punkt, das wollen Sie nicht.

Frau Gregersen wollte einen Freibrief, um noch ein Jahr länger nachdenken zu können. Das ist ein bisschen unangenehm. Legen Sie los; wir haben eine Übereinstimmung über die Problemlage und Sie haben das Geld und man könnte wirklich in einem halben oder dreiviertel Jahr einen Bericht erwarten. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/4625. Wer möchte diesen Antrag beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wer stimmt dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/4518 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 29, Drucksache 19/4276, Antrag der SPD-Fraktion: Qualität der Pflege sichern - Pflegeheime in Hamburg wieder mit Heilmärztinnen und Heilmärzten ausstatten

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Qualität der Pflege sichern – Pflegeheime in Hamburg wieder mit Heilmärztinnen und Heilmärzten ausstatten
– Drs 19/4276 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Kienscherf, Sie haben das Wort.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

(Wolfgang Beuß CDU: Wir Sozialdemokraten!)

Dirk Kienscherf SPD:* – Immer denselben Kalauer bringen, das macht es auch nicht besser.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Recht reagieren wir und reagiert auch die Öffentlichkeit mit großer Bestürzung, wenn unhaltbare Zustände in Pflegeheimen aufgedeckt werden. Da hilft es wenig, dass es sich – Gott sei Dank – um Einzelfälle handelt und es in den Pflegeheimen in der Regel gut läuft. Für uns Sozialdemokraten ist jeder Einzelfall ein Fall zu viel. Wir sind aufgefordert, dem entgegenzuwirken.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen vor einer Reihe von Fragen: Wie können wir solche Einzelfälle verhindern? Wie sind die Arbeitsbedingungen für das Fachpersonal? Wie können wir es schaffen, mehr Personal in die Pflege zu bringen? Und, vor allem, wie sieht es insgesamt mit der medizinischen Versorgung in den Pflegeheimen aus?

Aus Sicht der SPD-Fraktion hat jeder Mensch – auch die Menschen in den Alten- und Pflegeheimen – das Recht auf eine gute medizinische Versorgung, und zwar unabhängig vom Geldbeutel.

(Beifall bei der SPD)

Mit Erschrecken haben wir im Sommer aufgrund der Studienergebnisse des rechtsmedizinischen Instituts des UKE zur Kenntnis genommen, wie schlecht es in Hamburg in einigen Bereichen aussieht. Professor Püschel hat in einer großangelegten Studie verstorbene Senioren untersucht und festgestellt, dass es hinsichtlich Ernährung, Zahnzustand und Dekubitusprophylaxe viele Missetände gibt.

Wir alle hier in der Bürgerschaft, und dafür möchte sich unsere Fraktion noch einmal bedanken, haben daraufhin im Sozialausschuss eine sehr erfolgreiche Anhörung durchgeführt, in der das Thema Pflege ausgiebig behandelt wurde. Zwei Dinge haben uns die Experten geschildert: Es gibt in den Alten- und Pflegeheimen immer noch Missetände bei der medizinischen Versorgung und es gibt dort auch einen großen Nachholbedarf bei der Prävention, gerade im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Ärzten. Wir sind der Meinung, dass wir das ernst nehmen, aufgreifen und entsprechend handeln müssen.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Es war uns eine gewisse Genugtuung, dass unsere Forderung, die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Pflege und Medizin zu stärken, von den Experten bestätigt wurde. Der Vizepräsident der Ärz-

tekammer Hamburg hat ganz deutlich gesagt, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht und es hier auch neue Möglichkeiten gibt. Die Reform der Pflegeversicherung beispielsweise ermöglicht – wohl wissend, dass es in den Pflegeheimen Probleme im medizinischen Bereich gibt – die Einführung von Heimärzten. Wir haben also in Hamburg wieder die Möglichkeit, zu einer festen Kooperation zwischen Pflege und Medizin zu kommen. Wir Sozialdemokraten unterstützen dies ausdrücklich.

Deshalb legen wir Ihnen heute unseren Antrag vor. Wir glauben, dass wir durch eine verbesserte Kooperation drei Ziele erreichen können: Wir können die medizinische Versorgung insgesamt verbessern, dadurch die Lebensqualität der Bewohner verbessern und zudem auch noch Kosten sparen. Wir können hier eine Win-Win-Situation schaffen. Daher fordern wir den Senat auf, in entsprechende Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg und den Kranken- und Pflegekassen zu treten mit dem Ziel, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass wir in Hamburg wieder Heimärzte

(Wolfgang Beuß CDU: Wer hat die denn abgeschafft? Das waren die Sozialdemokraten!)

und feste Kooperationen bekommen. Das wollen wir.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass das nicht ganz einfach ist. Hier wird darauf hingewiesen, dass es früher Heimärzte in Hamburg gab. Es war damals sehr schwierig, zu einer finanziellen Einigung mit den Kassen zu kommen. Jetzt, nach der Reform des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes bietet sich aber eine neue Chance, Arbeit mit Heimärzten zu realisieren. Wir appellieren daher an den Senat, diese Chance zu nutzen.

Ein zweiter Punkt. Der Püschel-Bericht hat gezeigt, dass die zahnärztliche Versorgung dringend verbessert werden muss. Es kann nicht sein, dass eine Vielzahl der Senioren in den Alten- und Pflegeheimen über kein eigenes Gebiss mehr verfügt und keine feste Nahrung zu sich nehmen kann. Das wollen wir nicht länger akzeptieren. Wir fordern deshalb neue Verhandlungen mit der Zahnärztekammer, beispielsweise in Anlehnung an das erfolgreiche Projekt "Altern mit Biss" in Sachsen-Anhalt. Es muss ein Konzept entwickelt werden, damit man diese Menschen nicht an ihrem Gebisszustand erkennen kann. Das können wir doch gesellschaftspolitisch nicht erlauben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ein dritter Punkt. Es gibt Probleme, Heimärzte zu installieren, es gibt aber auch das Problem, dass Heimbewohnerinnen und Heimbewohner aufgrund

(Dirk Kienscherf)

mangelnder Barrierefreiheit oder Mobilität Ärzte nicht selber in ihren Praxen aufsuchen können. Zusammen mit der Ärztekammer müssen wir ein Modell entwickeln, das den verstärkten Besuch von Fachärzten in den Heimen ermöglicht. Wenn die Bewohner nicht zu den Ärzten kommen können, dann müssen die Ärzte zu den Bewohnern kommen, um die medizinische Versorgung zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Auf Bundesebene sind die gesetzlichen Möglichkeiten geschaffen worden, Heimärzte einzuführen. Wir haben damals in Hamburg mit PFLEGEN UND WOHNEN Erfahrungen in diesem Bereich sammeln können und wir sehen den Erfolg in Berlin, wo die AOK seit 1989 mit einem solchen Modell arbeitet. Jetzt ist die Gelegenheit gekommen, auch in Hamburg wieder Heimärzte einzuführen. Wir haben schon gemerkt, dass auch Sie eine gewisse Sympathie für diese Idee entwickelt haben und wollen gern im Ausschuss weiter mit Ihnen diskutieren. Wir fordern Sie auf, unseren Antrag zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorweg darf ich zunächst bemerken, dass Hamburg in der Pflege gut aufgestellt ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Herr Kienscherf hat ja selber eingeschränkt, dass wir über Einzelfälle reden. Aber auch wir stehen zu der Aussage, dass jeder das Recht auf eine gute medizinische Versorgung hat. Wo Handlungsbedarf besteht, wird auch gehandelt, das ist ganz klar.

Der Antrag greift eine aktuelle Fachdiskussion auf. Am 5. Oktober hat sich der Landespflegeausschuss mit der ärztlichen Versorgung in Heimen auseinandergesetzt und auch eine Arbeitsgruppe gegründet, die das Thema weiter vorantreibt. An der Thematik wird also aktuell in den zuständigen Gremien gearbeitet.

Ihr Antrag enthält manches, was durchaus richtig ist. Trotzdem sei der Hinweis erlaubt – Sie haben dies zwar in den Vorspann aufgenommen, aber vielleicht hat es nicht jeder gelesen –, dass das, was Sie fordern, zu SPD-Zeiten abgeschafft wurde. Das sollte man der Ehrlichkeit halber nicht unerwähnt lassen. Außerdem verkennt der Antrag die Rolle des Staats und des Senats. Natürlich gelten auch hier grundsätzlich Selbstverwaltung und Eigenständigkeit. Die Träger der stationären Pflege-

einrichtungen, die Kassenärztlichen Vereinigungen, die Zahnärzte und die Kranken- und Pflegekassen sind die handelnden Akteure, der Senat hat eher eine moderierende, vermittelnde Rolle.

Ein Ziel – da gebe ich Ihnen recht, Herr Kienscherf, das hat die Anhörung auch gezeigt – ist die Verbesserung der zahnmedizinischen Versorgung. Bei der Anhörung ist einiges im Unklaren geblieben; Ursache, Wirkung, Umfang – da muss man sicherlich noch einige Fragezeichen setzen. Aber ohne Zweifel ist das ein Bereich, wo etwas geschehen muss, das sagt uns auch die Studie.

In Bezug auf die Studie möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass die Lage insgesamt besser geworden ist. Vor zehn Jahren war Dekubitus, das Wundliegen von älteren Menschen, ein großes Thema. Das hat deutlich abgenommen und das ist eine durchaus positive Nachricht, die wir aus der Anhörung mitnehmen konnten.

Es gibt verschiedene Ansätze. In dem SPD-Antrag wird auf einige hingewiesen, zum Beispiel auf das Modell Sachsen-Anhalt. Es gibt auch ein gelungenes Münchner Modell und man könnte sich auch eine modellhafte Erprobung anderer Ansätze vorstellen. Wir wollen uns heute noch nicht festlegen, was am Sinnvollsten ist.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass die von Ihnen geforderten Punkte 1 und 3 im Grunde genommen in Vorbereitung sind und wir für Punkt 2 heute noch keine Festlegung treffen wollen. Wir würden das gern weiter mit Ihnen diskutieren und deshalb ist unser Vorschlag, dies an den Sozialausschuss zu überweisen mit der Maßgabe, noch einmal eine Anhörung zu diesem Themenbereich zu machen. Dann können wir gemeinsam überlegen, was sinnvoll und machbar ist und wo besondere Handlungsbedarfe bestehen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, wir waren vorhin wieder Zeuge davon, dass Sie Ihre eigene Art haben, Informationen auszulegen. Das ist auch ganz in Ordnung, aber ich möchte doch noch einmal auf zwei oder drei Sachen zurückkommen.

So klang es beispielsweise in Ihrem Beitrag so, als sei die medizinische Versorgung in den Pflegeheimen absolut katastrophal. Die medizinische Versorgung ist gewährleistet. Jeder, der sie braucht, erhält sie – so ist Deutschland glücklicherweise aufgestellt. Natürlich gibt es Unterschiede, auch abhängig vom Geldbeutel. Das ist bei Menschen in den Pflegeheimen nicht anders als bei uns allen und ganz allgemein bei Menschen außerhalb der Pflegeheime. Die Lage ist aber nicht so, dass wir

(Christiane Blömeke)

grundsätzlich von mangelnder medizinischer Versorgung sprechen könnten.

Ein weiterer Punkt. Sie haben die Püschel-Studie erwähnt und sind in dem Zusammenhang auf die zahnärztliche Versorgung zu sprechen gekommen, die dringend verbessert werden müsse. Herr von Frankenberg hat eben schon darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse dieser Studie durchaus sehr widersprüchlich sind. Die Studie gibt keine Auskunft darüber, wann ein Gebiss getragen und wann es entfernt wurde, ob dies beispielsweise im Rahmen des Sterbeprozesses der Fall war. Die Studie hat sehr viele Bereiche angerissen, ist aber – so hat es Herr Püschel auch selber gesagt – nicht repräsentativ.

Natürlich haben wir uns trotzdem mit der Püschel-Studie beschäftigt und wollen die Inhalte auch weiter verfolgen, da geben wir Ihnen durchaus recht, Herr Kienscherf. Aus diesem Grund bin ich auch sehr dafür, Ihren Antrag als Diskussionsgrundlage an den Ausschuss zu überweisen. Anders als Sie es mit Ihrer Drei-Punkte-Forderung tun, wollen wir aber nicht nur den Senat beauftragen, sich etwas zu überlegen, wir wollen auch selber mitreden. Daher unsere Idee der Expertenanhörung, denn die Modelle, die Sie erwähnt haben, sind keineswegs absolute Selbstgänger.

Das 1989 entwickelte Berliner Modell ist in der Tat sehr gut. Vielleicht wissen nicht alle, worüber wir reden: Bei dem Berliner Modell kommt die medizinische Versorgung für die Bewohner der Pflegeheime mit dem Bus. Von 280 Heimen in Berlin nehmen 37 an diesem Modell teil.

Es ist richtig, Herr Kienscherf, was Sie dazu geschrieben haben, man kann das auch überall nachlesen. Das Berliner Modell hat zwei Vorteile. Zum einen haben wir eine bessere medizinische Versorgung der Bewohner in den Pflegeheimen, die zu den regelmäßig vorbeikommenden Ärzten ein besonderes Vertrauen aufbauen. Zum anderen werden Kosten gespart, und zwar in einem enormen Ausmaß. Die beteiligten Kassen haben 2007 1,5 Millionen Euro eingespart. Das ist eine Summe, bei der es sich lohnt, einmal genauer hinzuschauen, ob dieses Modell nicht übertragbar ist. Genau da kommen wir aber vielleicht schon an einen kritischen Punkt. Wir können nicht einfach fordern, alle Modelle für Hamburg eins zu eins zu übernehmen. Es geht uns erst einmal darum, Expertenwissen zugänglich zu machen, zu bewerten und zu vergleichen und zu schauen, was in Hamburg machbar ist.

Eines noch zum Berliner Modell. Es gibt dort das Problem, dass die Ersatzkassen sich nicht an dem Modell beteiligen. Es nehmen hauptsächlich die AOK und die Betriebskrankenkassen teil. Da müssen wir zum Beispiel schauen, wie sinnvoll es wäre, dieses Modell genau so einzurichten, ob es sich lohnt ohne die Teilnahme der Ersatzkassen und

was überhaupt dagegen spricht, dass die Ersatzkassen sich nicht beteiligen.

Durch eine bessere medizinische Versorgung dieser Art hätten wir eine Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit und eine wöchentliche Visite; das sind alles positive Aspekte. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es den Pflegeheimen auch jetzt schon freisteht, vertragliche Bindungen und Kooperationen mit niedergelassenen Ärzten einzugehen. Herr Kienscherf hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz diese Möglichkeit bietet. Es gibt aus diesem Grund auch schon Kooperationen von Pflegeheimen mit niedergelassenen Ärzten; es ist also nicht so, dass es hier eines ganz neuen Modells bedürfte. Trotzdem würde das Berliner Modell auch aus meiner Sicht eine noch bessere Regelmäßigkeit mit sich bringen. Eine Prüfung ist es auf jeden Fall wert.

Interessant ist auch das Modell mit dem schönen Namen "Altern mit Biss", das die zahnärztliche Versorgung in den Heimen verbessern soll. Die Initiatoren stellen dem "Altern mit Biss" die Alternative "zahnlos in das Alter gehen" gegenüber. Das ist vielleicht etwas übertrieben, aber auch in der Anhörung ist hier ein Bedarf deutlich geworden. Wer mit älteren Menschen zu tun hat – vielleicht haben Sie Angehörige in einem Pflegeheim –, der weiß, dass man mit diesen Menschen irgendwann nicht mehr zu einem niedergelassenen Zahnarzt gehen kann. Oft sind die Praxen nicht zugänglich oder die Mobilität ist zu sehr eingeschränkt. Aus diesem Grund halte ich es auch für ganz wichtig, neue Ideen zu entwickeln, wie wir diese Situation verbessern können, damit ein Altern mit Biss gewährleistet werden kann.

Eine Expertenanhörung wäre wirklich sehr gut, damit wir gemeinsam weiter an diesen Punkten arbeiten können, um zu sehen, was sich für uns eignet und was nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen!

"Als Heimärztin tätig zu sein ist weder chic noch trendy, weder hochbezahlt noch gesellschaftlich besonders anerkannt und auch kein Karriereprungbrett. Ich operiere keine Herzklappen, nähe keine abgetrennten Gliedmaßen an und rette niemanden vor dem Ertrinkungstod. Vielmehr erwartet man von mir Einfühlungsvermögen, geduldiges Zuhören, behutsamen Umgang mit Angehörigen und natürlich fundiertes geriatrisches Fachwissen inklusive Palliativmedizin. Ich begleite Sterbende und ihre Familien, halte

(Kersten Artus)

innerbetriebliche Fortbildungen ab und unterstütze die Küche in Ernährungs- und Diätfragen. Unser Ziel ist die umfassende medizinische Betreuung im Heim. Externe Fachärzte kommen ins Haus, intern arbeiten alle Berufsgruppen eng aufeinander abgestimmt, sodass Transferierungen in das Krankenhaus eine Ausnahme bedeuten."

So schildert Dr. Maya Kerschbaum aus Niederösterreich ihren Beruf, den sie als "Beruf mit Zukunft" beschreibt.

Heimärztinnen und Heimärzte wurden in Hamburg abgeschafft. Die Begründung damals: Die Bewohner und Bewohnerinnen

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Raum. – Danke.

Kersten Artus (fortfahrend): Die Bewohner und Bewohnerinnen hätten keine freie Arztwahl. Da hatte sich wohl die Kassenärztliche Vereinigung durchgesetzt, die den Patientenmarkt für Ihre Mitglieder erweitern wollte. So wurde eine extra Kennziffer für Hausbesuche in den Pflegeeinrichtungen eingerichtet.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Die Herren haben es verstanden? Danke.

Kersten Artus (fortfahrend): Natürlich finden wir die freie Hausarztwahl sehr wichtig, aber die ehemaligen Hausärzte und Hausärztinnen sind in der Regel nicht bereit oder zeitlich nicht in der Lage, ihre Patienten und Patientinnen in den Pflegeeinrichtungen zu besuchen, wenn diese weit weg von ihren Praxen liegen. Insofern ist ein Heimarzt oder eine Heimgärtin eine gute Alternative. Die freie Arztwahl bleibt zusätzlich bestehen.

Ich kenne ein Heim, in das einmal wöchentlich ein Hausarzt kommt. Die Bewohner und Bewohnerinnen müssen sich vorher anmelden und werden, wenn sie nicht etwas sehr Schlimmes haben, ganz schnell und mal eben so abgefertigt. Das ist also wirklich keine Alternative zu einer Heimgärtin oder einem Heimarzt.

Die Vorteile von Heimgärzten und Heimgärtinnen liegt zudem auf der Hand. Sie kennen ihre Bewohner und Bewohnerinnen umfassend und können Visiten auch allein durchführen, während Hausärzte und Hausärztinnen immer von Pflegepersonal begleitet werden müssen. Den Menschen werden außerdem lange Wege erspart, das wurde schon erwähnt. Heimgärzte und Heimgärtinnen kennen in

der Regel auch die Pflegedokumentation ihrer Patienten und Patientinnen. Sie können diese auch kurzfristig aufsuchen. In der Vergangenheit gab es zudem nie Probleme damit, dass Heimgärzte und Heimgärtinnen an Fachärzte und Fachärztinnen überwiesen haben.

(Wolfgang Beuß CDU: Frau Artus, wer hat Ihnen denn das erzählt, dass die Ärzte alleine Visite machen?)

– Herr Beuß, ich pflege mich entsprechend bei Fachleuten zu erkundigen, wenn ich meine Rede vorbereite.

Wir unterstützen die Vorschläge zur Verbesserung der Zahngesundheit von älteren Menschen. Es ist erschreckend, in welchem Zustand die Zähne der Verstorbenen waren, die Professor Dr. Püschel vom Institut für Rechtsmedizin für seine Studie untersucht hat. Adäquater Zahnersatz steigert die Lebensqualität. Ich finde, es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass ein Großteil der Menschen über 80 Jahre aufgrund nicht mehr vorhandener Zähne und nicht vorhandenem oder nicht passendem Zahnersatz offensichtlich nicht mehr in der Lage ist, Fleisch, Rohkost oder Vollkornbrot zu essen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir stimmen also dem Antrag der SPD beziehungsweise der Überweisung an den Sozialausschuss zu und hoffen, dass sich die Regierungsparteien GAL und CDU dort nicht auf die Position zurückziehen, die sie noch in den Antworten zur Großen Anfrage zur Frauengesundheit zum Thema Pflege zum Besten gegeben haben. Aber darüber reden wir dann morgen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/4276 an den Sozialausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig überwiesen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 24 auf, die Drucksache 19/4514, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Einführung einer Niederflurstadtbahn – Festlegung des Zielnetzes und eines ersten Bauabschnittes.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/4330:

Einführung einer Niederflurstadtbahn – Festlegung des Zielnetzes und eines ersten Bauabschnittes (Senatsantrag)

– Drs 19/4514 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/4622 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)**[Antrag der Fraktion der SPD:
Stadtbahn seriös planen und finanzieren
– Drs 19/4622 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Frau Gregersen, Sie haben das Wort.

Martina Gregersen GAL: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit unserem heutigen Grundsatzbeschluss setzen wir die Stadtbahn auf das Planungsgleis. Dieser Beschluss ist für die Beantragung der Bundesmittel, aber auch für die Rechtssicherheit der weiteren Planung des Zielnetzes notwendig.

Begonnen wird mit einer Strecke von Bramfeld über Steilshoop, City Nord und Winterhude erst einmal bis Eppendorf; für später ist eine Weiterführung nach Altona geplant. Diese Streckenführung wurde gewählt, weil mit ihr viele neue Fahrgäste für den öffentlichen Personennahverkehr hinzugewonnen werden können, weil sie Bramfeld und Steilshoop endlich an das Schienennetz bringt, den Betriebshof am Gleisdreieck anbindet und obendrein für eine bessere Anbindung des Planetariums sorgt.

Diese Streckenführung ist auch wirtschaftlich sinnvoller als eine weitere Linie in die Innenstadt hinein. Querverbindungen sind in Hamburg selten, werden aber gebraucht. Die Stadtbahn wird eine schöne Querverbindung sein, wenn sie die U1 und die U3 an der Kellinghusenstraße mit der S1 am Rübenkamp und mit den Zentren verbindet. Wir brauchen so etwas in Hamburg und es ist gut, dass wir damit beginnen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Diese Strecke ist auch wirtschaftlich sinnvoll, weil – und das ist wichtig – parallel zu ihr verlaufende Buslinien eingestellt werden können. Man muss da eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufstellen. Möglich wäre dies für die Linien 118, 20 und, wenn die Stadtbahn bis Richtung Eimsbüttel fährt, auch für die Linie 25. Für die Anwohner würde das ein sehr viel angenehmeres Umfeld bedeuten, eine ganze Menge Russ, Lärm und Erschütterungen würden damit wegfallen.

Wer sich den Bericht des Stadtentwicklungsausschusses auf Seite 3 genau anschaut, findet dort weitere Gründe für die Wahl dieser Trasse. Damit wären dann auch viele Fragen beantwortet, die die SPD in ihrem Antrag stellt.

(Olaf Ohlsen CDU: Genau!)

Derzeit laufen detaillierte Planungen in Wandsbek und Nord. Seit Tagen und Wochen werden Anwohner, Gewerbetreibende, Verwaltungen, Parlament und Ausschüsse sowie die Träger der öffentlichen Belange in diese Planungen eingebunden. Durch diese Einbindung, die uns sehr wichtig ist, können

sich noch Teile der Trassenführung verändern. Solide und verlässliche Zahlen können wir erst vorlegen, wenn diese Dialoge geführt worden sind und die Trassenführung bis Eppendorf wirklich feststeht. Unsere Zahlen sollten solide und verlässlich sein, denn Sie kritisieren immer – wir auch –, dass man grob über den Daumen peilt und nachher bei der Kostenschätzung nicht richtig gelandet ist. Das wollen wir vermeiden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vergleichszahlen zeigen, dass die Stadtbahn schneller, leiser, barrierefreier, sicherer, wirtschaftlicher und dazu noch umweltfreundlicher fährt als Busse. Ein Bus braucht auf der geplanten Strecke pro 100 Kilometer 40 Liter Diesel, der Gelenkbus 61 Liter und der Doppelgelenkbus 72 Liter.

(Olaf Ohlsen CDU: Wasserstoff!)

– So viele Wasserstoffbusse, Herr Kollege, fahren noch nicht, um das alles umzusetzen.

Die Stadtbahn kann mehr Fahrgäste aufnehmen und verursacht wesentlich weniger CO₂ als die Busse. Wir werden eine Ersparnis von 20 Gramm pro Personenkilometer haben, und wenn wir neue Fahrgäste dazu gewinnen, sparen wir zusätzlich 100 Gramm CO₂ pro Auto.

Auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen schneidet die Stadtbahn besser ab als Busse. Professor Siefer und Diplom-Ingenieur Schröter haben in der April-Ausgabe des "Nahverkehrs" dargelegt, dass die Stadtbahn im langjährigen Vergleich wirklich besser abschneidet. Bei den Kosten schneidet die Stadtbahn natürlich auch besser ab. Ich habe einmal den Kilometerpreis der zwei Haltestellen in die HafenCity ausgerechnet. Er beträgt 90 Millionen Euro pro Kilometer. Die Stadtbahn soll 15 bis 20 Millionen Euro kosten, das hängt davon ab, wie wir es arbeiten. Von daher sollten wir eigentlich beschließen, dieses sinnvolle Projekt weiter voranzutreiben. Zum SPD-Antrag kann ich nur sagen, dass sich viele Fragen klären, wenn man die Drucksache liest.

(Zurufe von der SPD)

– Schauen Sie sich die Tabelle auf Seite 3 an.

Wenn Sie wirklich solide Zahlen haben wollen, dann warten Sie ein bisschen. Ich frage mich, warum Sie 2001 dafür waren, die Stadtbahn zu bauen.

(Ekkehart Wersich CDU: Das war ein Lippenbekenntnis!)

Ihre gesamte Einleitungsprosa erläutert, wie toll die Stadtbahn sei, aber stattdessen mäkeln Sie nur an den Kosten herum. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Lafrenz.

Hans Lafrenz CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Haben Sie Dank, Frau Kollegin Gregersen, für die schöne Vorlage. Ich werde versuchen, Ihren Ball weiterzuspielen.

(Beifall bei der SPD – *Ingo Egloff* SPD:
Dann muss er nur noch ins Tor kommen!)

Wir alle wissen, dass nur eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur die Mobilitätsbedürfnisse befriedigt. Wenn die Mobilitätsbedürfnisse nicht mehr befriedigt werden können, wird aus einer wachsenden Stadt eine stagnierende Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Die will niemand, wir wollen die wachsende Stadt. Ziel unserer nachhaltigen Verkehrsinfrastrukturpolitik ist es, mehr Verkehr von der Straße auf spurgeführte Systeme zu bringen und mehr Verkehr vom Individualverkehr hin zum öffentlichen Personennahverkehr. So entwickeln wir unsere Verkehrsinfrastruktur und Hamburg bleibt zugleich eine lebenswerte Stadt. Hamburg wächst mit Weitsicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ein wichtiger Baustein zum Erreichen unseres verkehrspolitischen und auch unseres umweltpolitischen Konzepts ist die Stadtbahn. Mit der Stadtbahn wird Hamburg wieder vier Systeme betreiben, um den öffentlichen Personennahverkehr zu bedienen. Schon einmal – bis 1978 – hatte der hamburgische Nahverkehr vier Systeme. Damals hat dieses Haus die Aufgabe der in die Jahre gekommenen Straßenbahn beschlossen, nur noch drei Systeme sollten zukünftig den öffentlichen Personennahverkehr bedienen: die hochleistungsfähige, hochkomfortable S-Bahn, die U-Bahn sowie der hochflexible Bus. Wozu dieses Hin und Her? Tempora mutantur, nos et mutamur in illis. Der Zeitgeist wandelt sich und wir wandeln uns mit ihm. In der Tat haben sich die Zeiten gewandelt.

(*Andy Grote* SPD: Inwiefern denn?)

In Zeiten knappster öffentlicher Mittel werden wir uns den hohen Standard von U-Bahn und S-Bahn nicht mehr für alle Linien des öffentlichen Personennahverkehrs leisten können, wo der Bus es nicht mehr schafft. Das gilt auch, wenn die erwarteten hohen Zuschüsse des Bundes uns einen Teil der Investitionslast abnehmen werden. Die Systemerweiterung hat ihren Preis. Wir werden 50 Kilometer Stadtbahnnetz bauen und betreiben, um die Kostenvorteile gegenüber U- und S-Bahn zu erschließen. Daran mögen Sie ermessen, welche herausragende Bedeutung dieses Projekt im kommenden Jahrzehnt für Hamburg haben wird.

Auch die technische Entwicklung ist seit 1978 nicht stehen geblieben. Die alte Straßenbahn hat sich

zur modernen Niederflurstadtbahn entwickelt, die weitgehend auf eigenen, vom Individualverkehr getrennten Spuren geführt werden soll. Die Haltestellen werden mit sicherem Zugang direkt an die Gleise gelegt, sie werden ein bequemes Ein- und Aussteigen erlauben und den Wartenden Wetterschutz bieten.

(*Carola Veit* SPD: Darum geht es doch gar nicht!)

Nun möchten Sie, verehrte Kollegen und Kolleginnen von der SPD, gerne wissen, was das alles kostet.

(Zurufe von der SPD)

Das möchte ich auch. Da müssen wir uns selbst helfen und das geht ganz einfach. 50 Kilometer multipliziert mit einem Richtwert von 15 bis 20 Millionen Euro je Kilometer plus Kosten für Planung, den Betriebshof, den Fuhrpark, die Neugestaltung der öffentlichen Räume, die Finanzierung und schließlich die Kostensteigerung während der Bauzeit, da kommt man auf einen mindestens zehnstelligen Betrag.

(*Juliane Timmermann* SPD: Da freut sich die Senatorin auch!)

Für weniger werden Hamburg und der Bund die Stadtbahn nicht bekommen. Der Senat hat Konzepte für ein neues Stadtbahnnetz entworfen und wird in Kürze das in einen intensiven öffentlichen Dialog eingebettete Planfeststellungsverfahren für einen ersten Streckenabschnitt und den Betriebshof einleiten. Antragsteller ist die Hamburger Hochbahn. Sie soll auch Betreiber der neuen Stadtbahn werden. Das wird im Wege der beabsichtigten öffentlichen freihändigen Vergabe nur möglich sein, wenn wir heute den beantragten Beschluss fassen, bevor nämlich eine neue EU-Richtlinie in Kraft tritt, die eine europaweite öffentliche Ausschreibung verlangen wird. Dafür braucht der Senat unsere Entscheidung. Die Zeit drängt, der Senat braucht unsere Entscheidung heute. Geben Sie unserer Stadt die Chance, dass wir dieses für den ÖPNV so wichtige System Stadtbahn zusammen mit der Hamburger Hochbahn planen, bauen und betreiben können. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Grote.

Andy Grote SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sprechen über die Stadtbahn und damit über ein modernes Verkehrsmittel, das für Hamburg die Chance bietet, die Verkehrslasten einer Metropole in Zukunft besser zu bewältigen und viele Menschen in großen und heute schlecht erschlossenen, aber wichtigen Wohngebieten mit mehr Mobilität und Lebensqualität auszustatten.

(Andy Grote)

Die Stadtbahn ist deshalb ein wichtiges, fortschrittliches und richtiges Verkehrsmittel, ein wichtiges Zukunftsprojekt für Hamburg und die SPD steht zu diesem Projekt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist und bleibt unsere Haltung, und zwar eine Haltung, die wir auch schon hatten, als Teile dieses Hauses und insbesondere die CDU-Fraktion das noch ganz anders gesehen haben. Die CDU-Fraktion hat nach der Regierungsübernahme 2001, als alle Argumente, die heute aufgeführt wurden, natürlich schon genauso galten, mit großem Jubel das damals startbereite Stadtbahnprojekt beerdigt, übrigens mit größerem Jubel als heute bei Ihrer Rede, Kollege Lafrenz. Sie haben das Geld stattdessen in zwei Stationen der U-Bahn HafenCity gesteckt. Das war eine Ihrer krassesten Fehlentscheidungen.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Insofern Glückwunsch an die GAL-Fraktion, der allein es zu verdanken ist, dass dieses Projekt heute wieder auf der Tagesordnung steht.

(Ekkehart Wersich CDU: Beton-Eugen hätte sie nie gebaut!)

Allerdings ist kein Projekt so gut, als dass es dieser Senat nicht auch wieder gegen die Wand fahren könnte. Damit sind wir bei der heute vorliegenden Drucksache. Man hätte sich natürlich schon gewünscht, dass in einer solchen Drucksache auch etwas steht. Es ist ein bisschen traurig, dass ein solches Projekt, von dessen Bedeutung wir alle überzeugt sind, in derart dürftiger und unzulänglicher Form heute hier präsentiert wird. Die Drucksache enthält keine nachvollziehbare Begründung für die Trassenauswahl und wir wissen alle, dass sich die Menschen in Bramfeld und Steilshoop natürlich eine andere Art von Anbindung an die Innenstadt vorgestellt haben. Gleichzeitig musste die Senatorin auf Drängen der CDU-Fraktion in der Ausschussberatung ausdrücklich zu Protokoll geben, dass sich an dieser Trassenführung natürlich auch noch alles Mögliche ändern kann.

Zum Zeitplan, Baubeginn 2012/2013, der in der Drucksache ohnehin nur angedeutet ist, hat Ihr Bürgermeister schon gesagt, dass man, wenn es so weit ist, sehen müsse, ob er gehalten werden könne. Und das Entscheidende: Die Drucksache enthält nicht eine einzige Aussage zu den Kosten. Bei aller Unterstützung für die Einführung einer Stadtbahn, aber in einer Situation der größten Haushaltskrise Hamburgs in der Nachkriegsgeschichte, in der Sie ernsthaft überlegen, Hilbedürftigen den Zugang zu gesetzlichen Leistungen zu verbauen,

(Martina Gregersen GAL: Das ist doch Quatsch!)

in der Sie überlegen, Bezirke, die schon jetzt stark in ihrer Leistungsfähigkeit geschwächt sind, weiter auszubluten, in einer solchen Situation neue Milliardenprojekte, egal wie nützlich und wichtig sie sind, an den Start zu bringen, ohne einen Finanzierungskontext herzustellen, das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD – Uwe Grund SPD: Das ist doch schon Tradition!)

Natürlich ist es nicht so, dass Ihre hohe Seriosität und Solidität Ihnen verbieten würde, hier Zahlen zu nennen; in Wahrheit gibt es natürlich Zahlen. Sie sind in einem Planungsstadium, in dem Sie die Baumaßnahmen schon relativ detailliert beschreiben können und Sie schon relativ weit im Verfahren sind. Natürlich können Sie nicht bis auf den letzten Euro verlässliche Angaben machen, aber Sie können die Kosten in relativ klaren Korridoren beschreiben. Sie haben diese Zahlen, Sie machen sie nur nicht transparent. Insofern ist es nicht die böse Opposition, die hier irgendwelche Zahlen fordert und die Frechheit besitzt, von Ihnen zu erwarten, dass Sie diese vorlegen, sondern es ist eine Frechheit von Ihnen, dass Sie das in einer solchen Drucksache nicht tun.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dann heute die GAL, Frau Gregersen, in ihrer Pressemitteilung erklärt, das würde man ablehnen, das seien verfrühte und unseriöse Kostenfestlegungen, so hatten Sie in Ihrem Pressegespräch vom Februar 2008 aber keine Probleme, Kosten zu benennen. Damals haben Sie der Presse erklärt, die Streckenkosten für die Stadtbahn, die übrigens bis 2011 schon fahren sollte, würden 135 Millionen Euro betragen zuzüglich 180 Millionen Euro für den Betriebshof und Fuhrpark. Das teile sich auf in 55 Millionen Euro für den Betriebshof und 2,7 Millionen Euro für 46 Stadtbahnwagen und, und, und.

(Ekkehart Wersich CDU: Nun warte doch einmal ab! – Martina Gregersen GAL: Ich habe nie dazu eine Pressekonferenz gegeben!)

Sie haben das damals alles ganz genau angegeben und der Betriebshof war 2001 an derselben Stelle geplant wie jetzt. Die Kosten kann man angleichen an den heutigen Stand, aber Sie hatten bereits klare Grundlagen. Inzwischen scheint jedoch alles im Nebel der Senatspolitik verschwunden zu sein, plötzlich gibt es keine Zahlen mehr. Das ist unredlich, natürlich gibt es die Zahlen.

(Beifall bei der SPD)

Auf derart schwankender und dünner Grundlage soll die Bürgerschaft nun über die Einführung der Stadtbahn beschließen. Sie wissen in Wahrheit genau, dass eine solche Drucksache nicht entscheidungsreif ist. Wir werden ihr trotzdem heute zu-

(Andy Grote)

stimmen, denn das Projekt ist grundsätzlich richtig und kann nichts dafür, dass Sie es so schlecht vorbereiten.

Aber ich möchte betonen, dass diese Zustimmung heute kein Blankoscheck ist, auch wenn Sie das gerne hätten. Erst wenn die wesentlichen Eckdaten für das Projekt wirklich vorliegen, insbesondere wenn der Senat hier eine verlässliche und nachvollziehbare Kosten- und Finanzierungsplanung vorlegt, kann es wirkliche tragfähige Entscheidungen geben.

In Wahrheit wissen Sie auch, dass diese Entscheidung das heute noch gar nicht bewirken kann. Der Zweck dieser Drucksache ist auch ein anderer. Sie haben das in Ihrer Pressemitteilung beschrieben als Bekenntnis, das heute gefordert ist. Der Zweck ist ein politisch-symbolischer und gerade der GAL geht es dabei darum, eine politische Bindungswirkung zu erzeugen, und zwar bei Ihrem Koalitionspartner. Das ist auch allzu verständlich. Dieses Dokument ist ein Dokument des Misstrauens gegenüber Ihrem Koalitionspartner CDU und Sie haben dafür auch einen Anlass. Frau Gregersen, Sie wissen genau, dass die Zustimmung der CDU heute natürlich nicht abweichend zu dem, was vorher vertreten wurde, der Ausfluss einer höheren, neu gewonnenen Erkenntnis aufgrund großartiger Argumentation innerhalb der Koalition ist, sondern dass es natürlich wie in vielen anderen Politikfeldern auch schlicht der Preis des Machterhalts ist.

(Hans-Detlef Roock CDU: Was Sie alles wissen!)

Der größte Teil der CDU will das Projekt lieber heute als morgen kippen und das wissen wir alle hier.

(Beifall bei der SPD)

Wir kennen die kritische Position, die außerhalb der CDU-Bürgerschaftsfraktion auch öffentlich, zum Beispiel in der CDU-Fraktion in Wandsbek, geäußert wird. Wir kennen die Position des Bürgermeisters, der das vom Zeitplan alles noch sehr offen hält und insofern werden wir Sie hier auch nicht aus der Verantwortung lassen, das innerhalb der Koalition zu klären, Verlässlichkeit herzustellen sowie Eckdaten und belastbare Finanzierungsbedingungen vorzulegen. Das ist Ihre Aufgabe, die Arbeit daran hat heute gerade erst angefangen und dann werden wir einmal sehen, ob Sie die Stadtbahn tatsächlich aufs Erfolgsgleis oder wieder aufs Abstellgleis bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE.* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben als

Grundlage der Beratung heute den Bericht des Stadtentwicklungsausschusses und ich bin mit der festen Absicht in diese Sitzung gegangen – so hatte die Fraktion das auch diskutiert –, diesem Projekt so, wie es begründet worden ist, nicht zuzustimmen.

(Olaf Ohlsen CDU: Aber?)

Frau Gregersen betont immer wieder, hier würde doch alles drinstehen. Wenn Sie sich die Seite 4 anschauen, dann steht da, dass im Frühjahr 2010 im Rahmen einer standardisierten Bewertung eine umfassende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die erste Linie durchgeführt werde. Dann gehe das weiter und erst dann haben wir verlässliche Zahlen. Im Stadtentwicklungsausschuss haben wir uns beispielsweise gerade mit dem Drama um den ZOB Bergedorf beschäftigt, wo man einfach angefangen hat zu bauen, wo sich die Kosten verdoppelt haben und es hoffentlich eine genaue Analyse des Rechnungshofs geben wird.

Meiner Meinung nach – Herr Grote hat das auch sehr deutlich gesagt – ist diese Vorlage nicht beschlussreif. Mit der Option bin ich in die Ausschussberatungen gegangen. Und dann will ich Ihnen sagen, warum es eine bestimmte Veränderung gibt; Herr Lafrenz hat einen Punkt angesprochen. Es geht erstens darum, dass Hamburg keinen gültigen Verkehrsentwicklungsplan hat beziehungsweise da noch eine alte U-Bahn-Linie drin ist. Man hatte nicht die Zeit und auch nicht den politischen Willen, diesen Verkehrsentwicklungsplan zu verändern. Man braucht aber, wenn man überhaupt die nächste Planungsstufe ansteuert und auch eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung machen will, Frau Gregersen, einen rechtsverbindlichen Beschluss; das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Wenn Sie dann eine Strecke genauer planen wollen, Planfeststellungsverfahren et cetera, dann brauchen Sie auch da eine bestimmte rechtliche Rückbindung.

Drittens, das hat Herr Lafrenz vorhin gesagt, gehen wir einer EU-Veränderungsrichtlinie entgegen, die auch bestimmte Sachen einschränkt.

Das sind die drei wichtigen Gründe, warum gesagt wurde, wir müssen das jetzt machen. Frau Hajduk hat gesagt, der politische Wille dahinter sei, dieses Projekt – ich sage es einmal in meiner Interpretation – nicht wieder auf die lange Zeitschiene zu schieben, sondern Druck dahinter zu machen. Insofern muss man jetzt ein Sonderverfahren wählen, was mit den Ausgangsbedingungen zu tun hat.

Eines ist aber ganz wichtig – ich sage das hier auch, weil wir das in der Fraktion erörtert haben und damit weiche ich als jemand, der für die Finanzen zuständig ist, von dem Verfahren ab, was ich mir zur Grundlage machen will –: Solche Sachen müssen einigermaßen sicher ausgewiesen sein,

(Dr. Joachim Bischoff)

bevor wir zustimmen. In diesem Punkt weichen wir ausdrücklich davon ab und verlassen uns auf die Zusage, dass wir im Frühjahr eine ausführlich begründete Kosten- und Wirtschaftlichkeitsanalyse bekommen und wir nicht hinterher sagen müssen, jetzt haben sie uns doch in einer schwachen Minute erwisch und wir haben ihnen einen Blankoscheck ausgestellt.

Das werden wir uns in dem Fall noch einmal anschauen und ich sage das deswegen, damit Sie sich daran halten, denn alle Fraktionen wollen dieses Projekt. Wir wollen auch, dass es vertretbare Kosten sind, und wir wollen auch einen Blick darauf werfen, was die Wirtschaftlichkeit angeht, weil es natürlich im Detail noch Probleme bei der Streckenführung gibt. Das kann man aber erst wirklich verhandeln, wenn wir eine Grundlage haben.

Ein letzter Punkt, der nicht unerheblich ist: Hamburg – das sei auch allen gesagt, die meinen, das komme nie – finanziert das Ding Gott sei Dank nicht alleine, sondern es gibt einen Kofinanzierungsfaktor aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz et cetera. Auch das ist Bestandteil einer solchen Kostenrechnung und ich appelliere an Sie, dieses Entgegenkommen von meiner Fraktion aufzugreifen und uns rechtzeitig eine vernünftige Drucksache vorzulegen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der GAL – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Das ist selten, dass wir bei Ihnen klatschen! Das kommt nie wieder vor!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hamburg braucht eine Stadtbahn. Da muss man sich auch noch einmal die Frage stellen, warum eigentlich? Wir halten die Stadtbahn für die beste Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrssystems in Hamburg. Und da wir einen öffentlichen Nahverkehr haben, dessen Fahrgastzahlen weiter steigen – das ist in diesen Zeiten nicht überall eine Selbstverständlichkeit –, wird auch in Zukunft, da bin ich sicher, die Nachfrage weiter steigen und damit brauchen wir auch eine Antwort darauf, wie es denn weitergehen soll, wenn diese gestiegene Nachfrage zum Beispiel durch Busse nicht mehr überall bewältigt werden kann. Dann ist die Stadtbahn vor dem Hintergrund der Nachfrage die richtige Antwort, insbesondere deshalb, weil man wirtschaftlich einen so intensiven Ausbau, wie wir ihn mit der Stadtbahn planen, als Erweiterung des S- und U-Bahn-Netzes nicht darstellen kann. Wenn man die letzten Jahre oder meinetwegen Jahrzehnte Revue passieren lässt und sich einmal überlegt, wie viele Kilometer

Erweiterung S- und U-Bahn wir denn hinbekommen haben, dann fällt die Antwort nicht so schwer. Wenn man eine Intensivierung des öffentlichen Nahverkehrs auf der Schiene vorantreiben will, dann ist die Stadtbahn nicht nur auf die Nachfrage bezogen, sondern auch auf die Wirtschaftlichkeit bezogen die Lösung, die man wirklich realistisch finanzieren kann, und das ist auch ein wichtiger Gesichtspunkt bei dieser Entscheidung.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich bin Herrn Lafrenz auch sehr dankbar für seine sehr grundsätzlichen Einlassungen zu dem Thema. Natürlich ist die Stadtbahnentscheidung auch eine, die den Maßstab anlegt, wie wir denn die Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs im Sinne eines ökologisch nachhaltigen Nahverkehrssystems haben wollen. Da ist natürlich ein elektromobiles System auch eines, das wichtig und richtig ist, und die Einführung zu diesem Zeitpunkt ist von daher sinnvoll.

Ich möchte nicht so sehr eingehen auf die Fakten, darüber haben wir im Ausschuss diskutiert und auch schon informiert, was das Zielnetz und den ersten Bauabschnitt angeht, aber ich möchte noch einmal kurz Stellung zu einer Kritik von Ihnen, Herr Grote, nehmen. Wir haben im Ausschuss sehr ausführlich vorgetragen und auch die Zahlen und die Untersuchungszahlen nachgeliefert. Deswegen finde ich Ihre Kritik hier ein bisschen harsch,

(*Jörn Frommann CDU*: Das kennen wir nicht anders!)

denn mir ist nicht bekannt, welche Fragen gegebenenfalls nicht beantwortet worden wären. Wir haben die Zahlen auch zu den Personenfahrten, die gerade zu der Auswahlentscheidung zwischen der einen oder anderen Strecke geführt haben, dargelegt. Wir haben ausführlich Stellung genommen, das halte ich auch für richtig, weil auch ausführliche Untersuchungen zu dieser Entscheidung geführt haben.

Eine Zahl will ich hier noch einmal nennen. Mit unserem Zielnetz verfolgen wir das Ziel, 100 000 Menschen auch einen Schienenanschluss in Hamburg zu ermöglichen und das ist eine beachtliche Zahl trotz des vorhandenen U- und S-Bahn- und Bussystems, das ja keinesfalls schlecht ist.

Wichtig ist mir auch zu sagen, dass wir jetzt dabei sind, das Planfeststellungsverfahren vorzubereiten. Wir haben die Diskussionen mit den Trägern öffentlicher Belange und uns ist bei der Einführung dieses Systems wichtig, viel Transparenz herzustellen. Das habe ich auch den Oppositionsfraktionen zugesichert, wir bleiben da keine Information irgendwie schuldig, denn ich habe ein Interesse daran, dass alle hier im Hause, aber auch die betroffenen Bürgerinnen und Bürger bestmögliche Informationen über unsere Planungen erhalten. Das

(Senatorin Anja Hajduk)

zeigt auch die Veranstaltung, die wir zum Beispiel mit Einzelhändlern und Betroffenen im Bereich Winterhude gemacht haben. Man kann nämlich heute auch an Stellen, wo es eng scheint, tragfähige Lösungen darstellen, wie ein solches System eingeführt werden kann, wie man sich den engen Straßenraum sinnvoll teilen kann. Da bin ich ganz zuversichtlich, dass wir Lösungen finden werden, die auf Akzeptanz stoßen, und insgesamt ist die Stadtbahn auch ein System, das unter dem Gesichtspunkt der Stadtentwicklung und des Stadtbildes sehr attraktive Lösungen zulässt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte noch einmal eingehen auf die Drucksache und den Beschluss, denn das ist mir schon wichtig, dass zwischen Senat und Bürgerschaft klare Regeln herrschen. Da bitten wir um Zustimmung, denn mein Verständnis ist, dass ich eine Befassung der Bürgerschaft haben möchte, bevor man als Exekutive weitermacht. Dazu haben wir auch im Ausschuss sehr deutlich Stellung genommen und das hat auch dazu geführt, dass die LINKE ihre Zustimmung oder ihr Abstimmungsverhalten neu bedacht hat und anders gefasst, nämlich zugestimmt hat; dazu hat auch Herr Bischoff etwas gesagt.

Dieser Grundsatzbeschluss der Bürgerschaft ist sinnvoll und auch diese Befassung für die Opposition ist sinnvoll, Herr Grote, weil in Hamburg die Bürgerschaft das öffentliche Verkehrsinteresse definiert, was bei Genehmigungen zu beachten ist. Weil das so ist, ist es mein Verständnis, dass ich die Bürgerschaft dann damit befasse, wenn wir solche Planungen anstreben für ein neues Verkehrssystem, was im alten Verkehrsentwicklungsplan natürlicherweise nicht enthalten ist. Das ist mein Verständnis von Zusammenarbeit zwischen Senat und Bürgerschaft und ich war ganz froh, dass einige Mitglieder Ihrer Fraktion das im Ausschuss goutiert haben; die haben das nur heute leider nicht vorgetragen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir brauchen also diese Beratung in der Bürgerschaft, um die Rechtssicherheit auch für das Genehmigungsverfahren zur Linienführung zu erhöhen. Es ist dargestellt worden, dass es auch wegen der neuen EU-rechtlichen Regelungen sinnvoll ist, diese Beschlussfassung zu diesem Zeitpunkt hier zu suchen.

Es ist richtig, dass ich noch einmal ausdrücklich zu Protokoll gegeben habe, dass so ein Grundsatzbeschluss über das Zielnetz weiterhin die Möglichkeit eröffnet, dass wir, wenn weitere vertiefte Planungen dazu führen sollten, Varianten der Trassenführung neu zu bewerten, dann auch diese Flexibilität haben. Es ist sinnvoll, wenn man konkrete Planungen macht und zu neuen Erkenntnissen kommt, Planungen dann auch noch beeinflussen zu kön-

nen. Herr Grote, ich kann Ihre Kritik überhaupt nicht verstehen, ich finde sie sachlich schlicht falsch.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Insofern frage ich mich jetzt auch, wie viel eigentlich Ihre Unterstützung wert ist, Herr Grote,

(*Ekkehart Wersich CDU*: Nix! Trümmertruppe!)

Eingangs Ihrer Rede erklären Sie für die SPD, wir stehen hinter der Stadtbahn, und dann kommen Sie hier mit einer solch dürftigen Begründung,

(*Andy Grote SPD*: Dürftig ist ja wohl etwas anderes!)

zwar heftig im Ton vorgetragen, hier würde noch nicht die richtige Kostenschätzung vorliegen.

(*Andy Grote SPD*: In der Drucksache steht fast gar nichts drin!)

Ich will Ihnen jetzt einmal Folgendes sagen, dafür bin ich lange genug Haushaltspolitikerin gewesen: Es gibt notwendige Voraussetzungen für seriöse Kostenunterlagen und es gibt notwendige Voraussetzungen, sich eine Finanzierungszusage beim Parlament zu holen. Und ich halte mich daran, ich möchte Ihnen seriöse Zahlen vorlegen und keine politischen Zahlen, das wundert Sie vielleicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Ekkehart Wersich CDU*: Das begreift Herr Grote aber nicht!)

Deswegen – das sage ich auch ausdrücklich an Herrn Bischoff – ist das selbstverständlich kein Blankoscheck, den ich hier heute entgegennehme, weil ich nämlich überhaupt nicht die Zusage von der Bürgerschaft zur Finanzierung der Stadtbahn bekomme und das ist auf der Grundlage dieser Drucksache auch berechtigt, aber ich bitte Sie auch gar nicht darum. Man muss doch auch einer Oppositionsfraktion einmal die Differenzierung zumuten können, einen Grundsatzbeschluss mit Blick auf höhere Planungssicherheit für ein Planfeststellungsverfahren gewinnen zu wollen, wo eine Definitionszuständigkeit der Bürgerschaft vorliegt, und dass das zu trennen ist von einem Beschluss, der die Finanzierung beinhaltet. Ich kann das öffentliche Interesse an den Kosten für die Stadtbahn verstehen und bevor sich die Stadt bindet und festlegt, muss auch sicher sein, wie man das finanzieren will. Das ist alles in Ordnung, aber ich habe jetzt auch bei Diskussionen um so manche Projekte, die sich deutlich verteuert haben, große Bauprojekte der öffentlichen Hand, viel Post von verdienten Sozialdemokraten bekommen, die einmal in bestimmten Ämtern waren, die mich bitten und darauf hinweisen, doch bitte Kostenschätzungen so seriös vorzunehmen und die Bürgerschaft erst dann zu befassen, wenn sie auch vorliegen, und

(Senatorin Anja Hajduk)

diese Sozialdemokraten haben in diesem Punkt recht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Deswegen ist es richtig, dass wir die Stadtbahn sehr entschlossen vorantreiben. Wenn man nach anderthalb Jahren Regierungszeit ein Zielnetz definiert und einen Bauabschnitt identifiziert hat, das Planfeststellungsverfahren zügig vorbereitet, viel Öffentlichkeitsarbeit leistet und weiter bereit ist zu leisten, dann sehen Sie, wie ernsthaft wir dieses Projekt gemeinsam vorantreiben. Machen Sie sich keine Sorgen, das haben die Worte aus der CDU-Fraktion sehr deutlich gemacht.

(Zuruf von der SPD: Ja, das war total überzeugend!)

Machen Sie sich keine Sorgen, auch die GAL-Fraktion wird genau auf die Finanzierung schauen. Wir sind überzeugt, dass die Stadtbahn ein sinnvolles Projekt ist, und ich fände es schön, wenn man nach einer Debatte einmal wieder den Eindruck haben könnte, die grundsätzliche Unterstützung einer SPD-Fraktion sei auch eine Unterstützung in der Sache. Das ist heute sehr unklar geblieben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Grote, ich möchte einiges von dem aufgreifen, was Sie gesagt haben.

Erstens: Sie fragen, warum wir das denn eigentlich beschließen müssten. In der uns vorliegenden Drucksache wurde genau erklärt, dass es die Gleichwertigkeit eines Verkehrsentwicklungsplanes aufweisen muss, um Planungssicherheit zu haben. Ich erkläre es Ihnen aber gerne noch einmal, wenn Sie es der Drucksache nicht entnehmen können.

(Andy Grote SPD: Anders als Sie war ich im Ausschuss dabei und hab' das mitdiskutiert!)

– Dann spreche ich zur SPD, wenn es kein Zwiesgespräch werden soll, Herr Kollege.

Zweitens: Was Herr Bischoff sagte, ist sehr richtig gewesen und eigentlich könnte die SPD darüber nachdenken, wie die LINKE damit umgeht, denn auch die LINKE möchte gut berechnete Kosten haben und trotzdem hat sie nicht die Probleme, die die SPD hat, sondern kann die Debatte im Stadtentwicklungsausschuss nachvollziehen und eine Drucksache lesen. Von daher vielen Dank an die Linksfraktion.

(Beifall bei der GAL – Karin Timmermann SPD: Sie waren doch gar nicht im Ausschuss!)

– Ich war auf einer Reise nach Shanghai, wir haben unsere Partnerschaft besucht. Entschuldigen Sie bitte, dass ich bei der einen Sitzung nicht anwesend sein konnte.

(Karin Timmermann SPD: Deswegen können Sie nicht über alles mitreden!)

In den letzten Tagen habe ich aber das Protokoll sehr aufmerksam gelesen und auch noch einmal alle Wortbeiträge durchgesehen.

Drittens: Herr Kollege Grote, ich habe niemals eine Pressekonferenz gegeben, in der ich Zahlen genannt habe, was die Stadtbahn kosten wird.

(Andy Grote SPD: Ich habe gesagt, die GAL!)

Ich lasse mir von Ihnen auch keine derartigen Zahlen in den Mund legen.

(Dirk Kienscherf SPD: Die GAL war das! – Ingo Egloff SPD: Sie waren nicht immer für die Verkehrspolitik zuständig!)

Viertens: Hinsichtlich solider, berechneter Daten kritisieren Sie zu Recht, dass der ZOB in Bergedorf teuer wird. Sie kritisieren zu Recht, genau wie wir, dass die U 4 teuer wird. Das liegt aber doch daran, dass man nicht die richtigen Daten und Fakten hatte, wonach man rechnen konnte.

(Ingo Egloff SPD: Wir wollen aber, dass die Fakten hier vorgelegt werden!)

Schauen wir noch einmal Ihren Antrag an. Sie wollen ganz genau wissen, wie viele Parkplätze wegfallen werden. Wie will man das denn wissen, wenn man noch nicht genau weiß, wo die Trasse verläuft. Sie wollen wissen, wie viele Straßenbäume wegfallen. Woher sollen wir das jetzt wissen? Sie wollen wissen, wie viel Grunderwerbskosten wir haben. Sagen Sie mir, woher man das wissen sollte.

Dann kommen Sie mit Ihrem Punkt 2 d. Wir sollen die genauen Kosten von 52 Kilometern Stadtbahntrasse festlegen. Erklären Sie mir, wie wir das berechnen sollen, wenn man nicht weiß, welchen Grunderwerb man tätigen muss, wo die Trasse verläuft, um welche Parkplätze, Bäume, Ersatzpflanzungen es geht. Meinen Sie es wirklich ernst, dass Sie die Stadtbahn wollen? Was ist denn das für ein Antrag?

Sie fordern unter Punkt 3 Zahlen zum Fahrgastaufkommen auf den einzelnen Strecken. Liebe Kollegen von der SPD, wir beschließen heute die Drucksache 19/4514, und in dieser Drucksache steht das alles auf Seite 3 und das beschließen wir hier. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU:*

(Zurufe von der SPD)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verstehe, dass die Aufregung bei der SPD jetzt groß ist, und sie ist zu Recht groß, weil Sie mit dem, was Sie eben versucht haben, lieber Herr Grote, gnadenlos gescheitert sind. Zum einen sind Sie gnadenlos mit dem Versuch gescheitert, uns glaubhaft zu machen, dass auch nur ein Blatt Papier zwischen die Position von GAL und CDU zur Stadtbahn passt.

(*Andy Grote SPD*: Im Bezirk Wandsbek wird das anders gesehen!)

Und Sie sind auch damit gescheitert, diesem Parlament glaubhaft zu machen, dass die SPD sich für das Projekt Stadtbahn einsetzt. Sie hätten heute nicht diesen Schaufensterantrag stellen dürfen, der weiß Gott alles andere aussagt, aber nicht, dass die SPD hinter diesem Projekt steht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Als der Kollege Lafrenz und ich in der letzten Debatte über die Stadtbahn gesprochen haben, haben wir mehrfach deutlich gemacht, dass es unstrittig in diesem Parlament ist, dass wir alle eine Stadtbahn wollen. Das Einzige, was zurzeit zu diskutieren ist, ist, wo sie fährt und wie man die Belastung möglichst gering halten kann.

(*Ingo Egloff SPD*: Und was sie kostet!)

Es geht in dieser Drucksache darum, die nächsten Planungsschritte anzugehen und nicht um irgendwelche Finanzierungsfragen. Wenn Sie, lieber Kollege Grote, fordern, dass wir Zahlen vorlegen, dann frage ich Sie doch, ob Sie sich einmal ein bisschen im Parlamentsarchiv umgehört haben, wie die Planungen zur Stadtbahn 1997 bis 2001 liefen. Wann sind denn da die Zahlen vorgelegt worden? Das war genau das gleiche Verfahren. Natürlich schaut man sich erst einmal die Trassenführung an. Natürlich fängt man mit einem Planfeststellungsverfahren an. Natürlich schaut man, was man alles berücksichtigen muss, welche Brückenbauwerke berücksichtigt werden müssen.

(*Ekkehart Wersich CDU*: Herr Grote ist noch neu hier!)

Sie fordern, bevor wir überhaupt das erste Planfeststellungsverfahren gemacht haben, dass wir sämtliche Kosten für das Projekt auf den Tisch legen. Das ist unseriös und hat nichts mit Zustimmung für ein Stadtbahnprojekt zu tun.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Nun noch einmal zur Geschichtsklitterung, ich dachte, ich hätte das letztes Mal schon sehr deutlich gesagt.

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

Es ist Geschichtsklitterung, dass die Stadtbahn jetzt schon fahren würde, wenn 2001 nicht der Regierungswechsel gewesen wäre.

(*Ingo Egloff SPD*: Genau! – Zuruf von der SPD: Aber natürlich!)

– Dann unterhalten Sie sich doch einmal mit Senator Wagner. Erinnern Sie sich doch an den Wahlkampf. Die Grünen werden sich erinnern. 2001 haben die Grünen plakatiert: "Stadtbahn nur mit uns". Das haben sie plakatiert, weil sie genau wussten, dass in der Baubehörde die Blockierer saßen und dass die Baubehörde unter Eugen Wagner dieses Projekt nur widerwillig vorangetrieben hat.

(Zurufe von der SPD)

Wir gehen es gemeinsam mit unserem Koalitionspartner an und wir werden dieses Projekt auch umsetzen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kienscherf?

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Meinetwegen soll Herr Kienscherf eine Frage stellen.

Zwischenfrage von Dirk Kienscherf SPD:* Ich darf fragen, wunderbar.

Herr Hesse, ist Ihnen bekannt, dass das Planfeststellungsverfahren zur Stadtbahn 2001 am Ende des Jahres abgeschlossen war und dass Ihr Senat das Ding 2002 zum Scheitern gebracht hat?

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Das ist falsch, lieber Kollege Kienscherf. Wir haben die Planung 2001 nicht fortgesetzt, weil wir uns tatsächlich um Projekte wie die U4, die Flughafen-S-Bahn und andere Projekte gekümmert haben.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Aber Sie in Ihrer Regierungsverantwortung, und Sie sollten es wissen als Mitarbeiter der Baubehörde,

(Zurufe von der CDU: Uih!)

haben dieses bis zum Wahltag verschleppt in der Hoffnung, dass Sie es anschließend nicht weiter verfolgen müssen.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Wenn Sie es gewollt hätten, hätten Sie vorher auch ganz klare Voraussetzungen schaffen können. Sie hätten dieses Projekt fortsetzen können, wir tun es. Insofern will ich das jetzt nicht verlängern.

(Klaus-Peter Hesse)

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen hinter dem Projekt Stadtbahn. Wir werden die Planung konstruktiv begleiten. Wir brauchen kein Ja mit einem großen Aber von der SPD und keine Schaufensteranträge. Ihren Blankoscheck brauchen wir schon gar nicht, lieber Kollege Kienscherf.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Sie brauchen nur das Geld!)

Wir nehmen aber heute sehr gerne den Blankoscheck von der LINKEN, denn der Beitrag des Kollegen Bischoff hat mich erfreut. Wir werden darauf achten, dass wir, wenn es soweit ist – das hat die Senatorin dankenswerterweise zugesagt –, verlässliche Zahlen auf den Tisch bekommen und nicht irgendwelche Zahlen, an denen Sie sich nachher wieder aufziehen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Karin Timmermann.

(Egbert von Frankenberg CDU: Da gibt's jetzt nichts mehr zu retten!)

Karin Timmermann SPD:* Herr Präsident! Herr Hesse, wir lassen uns mit Ihrer Polemik, dass wir gegen die Stadtbahn seien, nicht in die Ecke stellen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Da können Sie jetzt noch so viel herumgröhlen und Dinge erzählen, die nicht richtig sind. Sie haben 2001 das Projekt eingestellt und da können Sie sich jetzt drehen und wenden, wie Sie wollen, da kommen Sie nicht mehr heraus, auch wenn Sie sehr laut werden.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD ist für die Stadtbahn. Wir haben sie in allen Wahlprogrammen gefordert und sind froh, dass wir jetzt diesen Schritt gehen. Ich hätte mir einen besseren Start gewünscht. Das ist sehr schade für ein Projekt, für das wir eigentlich alle gekämpft und es auch nach vorne gebracht haben.

Einige Punkte würde ich ganz gerne noch einmal klarstellen und hinterfragen. Wenn Sie sagen, sie bräuchten diesen Grundsatzbeschluss, was verständlich ist und was wir dann auch mittragen, dann stellt sich allerdings die Frage, warum jetzt. Wenn bei den Koalitionsverhandlungen herausgekommen ist, dass es eine Stadtbahn gibt und Sie die Unterlagen kennen, dann hätte man diesen Grundsatzbeschluss auch sofort einfordern können und nicht zu einem Zeitpunkt, zu dem die Planungen schon so weit fortgeschritten sind. Es hat, bevor überhaupt der Ausschuss damit befasst worden ist, in den einzelnen Bezirken schon Diskussionen gegeben und von daher haben wir das

schlechte Gefühl, dass uns Zahlen einfach nicht gesagt werden. Wenn man überlegt, dass in 60 Städten Stadtbahnen auf fast über 3000 Kilometern Strecke fahren, dann können Sie mir doch nicht erzählen, dass Sie in der Planung bei Null anfangen. Das wäre wirklich erschreckend.

Nun zu Frau Gregersen. Ich will Sie noch einmal aufklären.

(Martina Gregersen GAL: Ja, tun Sie das!)

Es kann angehen, dass Herr Lühmann Ihnen das nicht erzählt hat oder dass Sie es nicht mitbekommen haben, weil Sie noch nicht so intensiv in der bürgerchaftlichen Fraktion eingebunden waren. Am 18. Februar hat Herr Lühmann für die GAL eine Pressekonferenz gegeben. Daran haben Herr Veit von der "tageszeitung" und der NDR teilgenommen. Herr Lühmann hat eine ganze Reihe von schönen Dingen erzählt, wann das Planfeststellungsverfahren beginnen soll und was es kosten soll, insgesamt 315 Millionen für den ersten Bauabschnitt. Das alles hat heute keinen Bestand mehr? Das ist doch kaum nachzuvollziehen. Zu diesem Zeitpunkt wussten Sie es und jetzt wissen Sie es nicht mehr. Das kann man Ihnen nicht abnehmen und das Ganze hat einen schalen Beigeschmack.

(Beifall bei der SPD)

Nachzufragen nach den Finanzen ist die Aufgabe der Politik. Man kann uns nicht als negativ anhängen, dass wir unsere Aufgabe sehr ernst nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Meinen Damen und Herren! Frau Timmermann, nur ganz kurz. Wenn Sie der Abgeordneten Gregersen vorhalten, dass damals Kosten genannt wurden und wir die Kosten jetzt nicht benennen, hat das vielleicht auch etwas damit zu tun, dass wir jetzt einen anderen Bauabschnitt betrachten. Wir sollten einfach eine gewisse Sachlichkeit in der Debatte suchen, auch wenn uns das Thema alle sehr interessiert.

Wenn es um eine Zahl geht, die man richtig als Gesamtsumme für den Bauabschnitt berechnen will, dann brauchen wir bei den verschiedenen Trassenvarianten – dazu hat Frau Gregersen etwas gesagt – schon auf die jeweiligen konkreten Kilometer bezogene Erkenntnisse. Meine Vermutung ist, dass der damalige verkehrspolitische Sprecher der GAL-Fraktion sich auf die alten Planungsunterlagen und die Vorzugstrassenauswahl berufen hat, die die Grünen in der vergangenen Legislaturperiode bevorzugt haben. Deswegen glaube ich, dass es im Grunde keine Differenz gibt.

(Senatorin Anja Hajduk)

Wir haben jetzt einen etwas anderen Bauabschnitt und deswegen untersuchen wir das. Wir verschieben das überhaupt nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Es ist gut, Zustimmung zu Kosten und Finanzierung auf Basis der haushaltsrechtlichen Regelungen und in der Konkrektion dann auch von Ihnen einzufordern, wenn wir sie haben. Wir haben in der Drucksache im Übrigen deutlich gemacht, dass wir zur Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts eine validere Kostenschätzung haben; also werden wir uns auch zu dem Zeitpunkt äußern.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Frau Senatorin, ich begrüße ausdrücklich, dass Sie sich positiv von Ihren CDU-Senatskollegen abheben und endlich dem Parlament eine seriöse Kostenschätzung vorlegen wollen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das wäre wirklich einmal ein neuer Stil.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Sie wollten ja etwas Anderes mit dem Antrag!)

Das begrüßen wir und genau diesem Ziel dient der SPD-Antrag. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich über diesen Antrag so aufregen, der genau das zum Ziel hat.

(Wolfgang Beuß CDU: Weil der lächerlich ist!)

– Nein, Herr Beuß, lächerlich ist, dass Sie als CDU uns erklären wollen, wie man am besten eine Stadtbahn baut. Das ist bei der Historie dieses Themas wirklich lächerlich.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie, Herr van Vormizeele, das Geld für die U4 nicht aus dem Fenster geworfen hätten, dann hätten wir auch eine solide finanzielle Basis, um die Stadtbahn zu bauen, die die Stadt braucht.

(Beifall bei der SPD)

Sie brauchen nicht den Blankoscheck der SPD, Sie brauchen das Geld der Steuerzahler für Ihr Projekt, und das sollte Ihnen zu denken geben.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Sie haben keine Stadtbahn gebaut! Sie haben sie abgeschafft! – Gegenruf von Karin Timmermann SPD: Herr Vormizeele, ausgerechnet Sie müssen das sagen!)

Ich sage Ihnen, was mir nicht gefällt. Die SPD, ich weiß nicht, ob auch die Linksfraktion, wir jedenfalls haben uns gewünscht, über diese Drucksache im Haushaltsausschuss beraten zu können. CDU und GAL haben sich mit Händen und Füßen dagegen gestäubt. Mit Ihnen, Frau Senatorin, hätte ich gerne darüber gesprochen, wie das mit Grundsatzbeschlüssen, Planungsvarianten, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Finanzplanung zusammenhängt. Das hätte man als Mitglied dieses Haushaltsausschusses gerne einmal mit Ihnen besprochen. In einigen Punkten haben Sie Recht und wenn Sie viele Jahre in Haushaltsausschüssen gesessen haben, dann werden Sie auch wissen, dass dieser Wunsch durchaus berechtigt ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/4622.

Wer möchte diesen annehmen? – Die Gegenprobe? – Enthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 19/4514.

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Einstimmig angenommen.

Ich stelle das Ende der Sitzung fest.

Ende: 20.18 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Wilfried Buss, Lydia Fischer, Ties Rabe, Berndt Röder und Stefan Schmitt